

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Klein, Dieter (Ed.); Wahl, Joachim (Ed.)

Book

Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika : auf der Suche nach produktiven Balancen

Provided in Cooperation with:

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin und Brüssel

Reference: (2015). Progressive Transformationsprozesse in Lateinamerika : auf der Suche nach produktiven Balancen. Redaktionsschluss: März 2015. Berlin : Rosa-Luxemburg-Stiftung.

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/2016>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

PAPERS

DIETER KLEIN, JOACHIM WAHL (HRSG.)

**PROGRESSIVE
TRANSFORMATIONSPROZESSE
IN LATEINAMERIKA
AUF DER SUCHE NACH
PRODUKTIVEN BALANCEN**

DIETER KLEIN/JOACHIM WAHL (HRSG.)

PROGRESSIVE TRANSFORMATIONSPROZESSE
IN LATEINAMERIKA –
AUF DER SUCHE NACH PRODUKTIVEN BALANCEN

IMPRESSUM

PAPERS 1/2015 wird herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Martin Beck
Franz-Mehring-Platz 1 • 10243 Berlin • www.rosalux.de
ISSN 2194-0916 • Redaktionsschluss: März 2015
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Dieter Klein/Joachim Wahl PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?	7
1 Divergierende Einschätzungen des lateinamerikanischen Transformationsprozesses	8
2 Grundgedanken des Konzepts doppelter Transformation	11
3 Doppelte Transformation auch in lateinamerikanischen Ländern?	12
4 Die Radikalität alternativer populärer Bewegungen als Chance für postneoliberale und weiter reichende Transformationsprozesse	16
5 Der Extraktivismus-Streit und der Konflikt um die Mitte-Links-Regierungen – soziale (indigene) Bewegungen	18
6 Die Rolle des Staates in lateinamerikanischen Transformationsprozessen	27
7 Brasilien – Wege einer komplizierten und offenen Transformation	35
8 Eigene Charaktere lateinamerikanischer Transformation	43
9 Eine Zusammenfassung: Transformation linksregierter Länder Lateinamerikas und das Konzept doppelter Transformation	49
Literatur	54
Dieter Boris KOMMENTAR ZUM TEXT: PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?	61
Klaus Meschkat KOMMENTAR ZUM TEXT: PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?	67
Michael Brie/Dieter Klein DIE BUNDESTAGSWAHL – ANSTOSS FÜR KONZEPTIONELLES NACHDENKEN IN DER LINKEN!	77

Vorwort

Lange war Lateinamerika Objekt imperialer und kolonialer Politik der USA und anderer westlicher Mächte. Es war ein von Militärdiktaturen beherrschter Kontinent. Chile war das erste Land, in dem das neoliberale Wirtschaftsmodell – gestützt auf den Militärputsch gegen die Regierung Allende – praktisch exekutiert wurde. Noch immer ist Lateinamerika von tiefer sozialer Polarisierung geprägt.

Doch zu Beginn der 2000er Jahre wurde Lateinamerika zum Kontinent der Hoffnung. In keiner anderen Erdregion haben so viele linksorientierte Regierungen getragen von breiten sozialen Bewegungen und spontanen Initiativen aus dem Unten der Gesellschaft begonnen, Sozialprogramme gegen die Armut mit demokratischer Selbstbestimmung der Bevölkerung zu verbinden. In einigen Ländern hat eine breite öffentliche Diskussion zu Verfassungen geführt, in denen politische und soziale Menschenrechte, Rechte der Mutter Erde und Rechte der indigenen Völker als Maßstab der Politik verankert wurden.

Progressive Transformationsprozesse haben begonnen. Ihr gemeinsamer Nenner ist der Postneoliberalismus: weitgehende soziale Reformen, zum Teil mit der Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftssektoren und in manchen Ländern mit der Deklaration sozialistischer Perspektiven durch die Regierung verbunden. In einer Reihe von Ländern wurde die Verfügung multinationaler Unternehmen über die bisher von ihnen rücksichtslos angeeigneten nationalen Wirtschaftsressourcen erheblich eingeschränkt.

Die Probleme des Übergangs zu mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit und nachhaltiger Umweltpolitik treten dabei mit besonderer Schärfe hervor. Die popularen Bewegungen, die in zum Teil langen und oft blutigen Auseinandersetzungen schließlich progressiven Regierungen zum Sieg in demokratischen Wahlen verholfen haben, erwarten von den Regierenden schnelle und tief greifende Verbesserungen für die Bevölkerungsmehrheit. Aber die Staatsapparate sind selbst umkämpft und zu großen Teilen noch in der Hand oder unter starkem Einfluss restaurativer Kräfte. Die Wirtschaftsstrukturen sind von den Folgen imperialer und halbkolonialer Abhängigkeit geprägt, die Staatseinnahmen und Exportmöglichkeiten noch überwiegend von extraktiven Sektoren abhängig und eingebettet in die neoliberal verfasste Weltwirtschaft. Über den richtigen Weg brechen Konflikte auf, mit der politischen Rechten, aber eben auch innerhalb der politischen Linken.

Auseinandersetzungen werden darüber geführt, ob zunächst eine schnelle Befriedigung sozialer Interessen erfolgen muss, bevor auch ökologische Interessen in vollem Umfang berücksichtigt werden können, ob für eine Übergangsphase zwangsläufig noch am Extraktivismus – der fortschreitenden Ausbeutung von Naturressourcen – festzuhalten ist, oder ob genau damit Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Transformation verstellt werden. Denn dabei werden unkorrigierbare ökologische Schäden angerichtet, die zugleich die Lebensbedingungen indigener Völker und anderer Bevölkerungsgruppen gefährden oder zerstören. Kritiker befürchten auch, dass damit zugleich die Abhängigkeiten einer einseitig ausgerichteten Wirtschaftsstruktur eher vergrößert werden, eine Diversifizierung gerade nicht stattfindet, ein Wechsel des Entwicklungsmodells versäumt wird. Dagegen wird argumentiert, dass solche Transformationen Zeit bräuchten und immer mit dem Widerstand der Rechten und der globalen Mächte rechnen müssten. Unvermeidlich brechen tiefe Widersprüche auf.

Verteidigung und Kritik der Regierungspolitik prallen aufeinander. Transformationspolitik wird zum umkämpften permanenten Balanceakt.

Angesichts der großen Bedeutung der Kämpfe der lateinamerikanischen Linken für Veränderungen im globalen Maßstab werden die Diskussionen dort auch von der internationalen Linken aufgenommen und oft kontrovers geführt. In der hier vorgelegten Schrift werden Ziele und Widersprüche lateinamerikanischer Transformationsprozesse skizziert. Unterschiedliche Bewertungen des Umgangs mit diesen Widersprüchen auch in der deutschen Linken werden in den Beiträgen von Klaus Meschkat und Dieter Boris sichtbar. Im ersten Beitrag wird zur Diskussion gestellt, ob das Konzept der „doppelten Transformation“ (Klein 2013), wie es zunächst für einen Kontext des Globalen Nordens entwickelt wurde, Anregungen auch für die theoretische Transformationsdebatte in Lateinamerika birgt und zwischen unterschiedlichen Auffassungen zu vermitteln vermag. Zum Verständnis dieser Frage für Leserinnen und Leser in Lateinamerika wird ein kurzer Artikel von Michael Brie und Dieter Klein zur möglichen Rolle des Konzepts doppelter Transformation für eine linke Strategie in Deutschland aufgenommen.

Wir hoffen, dass die hier vorgelegte Schrift als Beitrag zur Versachlichung der oft hitzig geführten Diskussionen über die großen Fragen lateinamerikanischer Transformation aufgenommen wird.

PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?

Nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung, nach Jahrzehnten der Herrschaft von Militärdiktaturen und neoliberaler Dominanz vollziehen sich in Lateinamerika progressive Transformationsprozesse, deren revolutionärer Atem emanzipatorische Perspektiven eröffnet – mit beeindruckenden Erfolgen und zugleich voller Gefahren für den begonnenen Aufbruch. Im hier vorliegenden Beitrag wird erwogen, ob das im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung zunächst mit Blick auf die Verhältnisse in Deutschland und anderen europäischen Ländern zur Diskussion gestellte Konzept doppelter Transformation auch bei der Analyse lateinamerikanischer Transformationsprozesse dienlich sein kann. Dabei ist jedoch eine Gefahr sorgsam zu vermeiden. Die europäische Linke hat immer wieder universelle Geltungsansprüche für ihre Theoriegebäude und Formen der Wissensproduktion und -zirkulation erhoben. Das überlagerte emanzipatorische Denkansätze aus dem globalen Süden, verdrängte oder ignorierte sie einfach (Lang 2012: 9 f.). Tatsächlich existiert jedoch in der lateinamerikanischen Linken ein breites Spektrum differenzierter Auffassungen zu Transformationsprozessen. Sader (2009) meint zwar, dass „der Kontinent bisher keine eigene politische Theorie produziert hat“, obwohl die dortige Linke über wesentliche praktische Erfahrungen verfügt. In der Studie „Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke“ stellten die Autoren fest, dass „in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika ein deutliches Auseinanderfallen zu verzeichnen war zwischen der praktischen Auseinandersetzung der neuen politischen und sozialen Bewegungen mit der neoliberal geprägten gesellschaftlichen Wirklichkeit, der raschen Entwicklung ihrer innovativen Praktiken und Organisationsformen und kreativen Utopien einerseits und dem Diskurs darüber andererseits, der dahinter zurückblieb, auf die akademische Sphäre beschränkt blieb“ und bei manchen Beteiligten auch auf alte Konzepte abgestellt war (Chrenko/Wahl 2009). Die hier vorliegende Arbeit kann sich jedoch auf eine anregende theoretische Diskussion in Lateinamerika beziehen.

Nach einem Deutungswert des in der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelten Konzepts einer doppelten Transformation für Prozesse in Lateinamerika zu fragen, soll die Aufmerksamkeit und Aufnahmefähigkeit für die originären Theorieansätze lateinamerikanischer WissenschaftlerInnen und anderer Akteure des Subkontinents nicht mindern – etwa für spezifische Ansätze einer postneoliberalen Entwicklung (Houtart 2013), die Entwicklung von Formen partizipativer Demokratie (wie z. B. der Bürgerhaushalte) und die Grundintentionen des *buen vivir* (Gudynas 2012a), für die Perspektive der Plurinationalität (de Sousa Santos 2012), der kommunitären Demokratie (Antillano 2013) und für die Erfahrungen der *consejos comunales* in Venezuela (Harnecker 2009; Lebowitz 2007). Tatsächlich muss es uns im internationalen Dialog darum gehen, die unterschiedlichsten

Denkzugänge zu gegenwärtigen Transformationsprozessen wechselseitig zu verstehen und zu einer produktiven Ergänzung zu führen.

Der hier vorliegende Beitrag ist konzentriert auf die Entwicklungen in Venezuela, Bolivien, Ecuador und Brasilien. Der Charakter der vor Kuba liegenden Transformationsprozesse unterscheidet sich erheblich von den Übergangsprozessen in diesen Ländern. Deshalb wurde Kuba nicht in dieses Papier einbezogen.

Zu untersuchen ist längerfristig, wie sich Transformationsprozesse in Ländern der Peripherie vollziehen, welche Besonderheiten sie aufweisen und unter welchen konkreten historischen Bedingungen innerer und äußerer Kräfteverhältnisse sie ablaufen. Da diese Transformationsprozesse auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse vor sich gehen, stellt sich auch die Frage nach dem Entwicklungsstand des Kapitalismus, der vor kurzem in den besprochenen Ländern noch als abhängig entwickelter Kapitalismus charakterisiert wurde.

1 Divergierende Einschätzungen des lateinamerikanischen Transformationsprozesses

In den Diskursen der lateinamerikanischen – und auch der europäischen – Linken werden die gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika, insbesondere in Venezuela, Bolivien und Ecuador, sehr unterschiedlich eingeschätzt. In Venezuela wurde im Dezember 2005 der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Regierungsprojekt ausgerufen – als „eines neuen produktiven Modells, das in der Lage ist, das kapitalistische langfristig zu überwinden“, wie Edgardo Lander (2009) interpretiert. Lander bezeichnet diesen Sozialismus kritisch als „etatistischen Sozialismus“ (Lander 2007). Álvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens, sieht Bolivien auf dem Weg zu einem „kommunitären Sozialismus“ (Linera 2010). Wenn Morales und Linera über „Sozialismus“ reden, meinen sie nach Ansicht von Prada einen „Sozialismus, der von den Bolivianern erfunden wird, der sozialistische Ziele in einem Prozess der Radikalisierung der Demokratie in sich aufnimmt und das Projekt der Wiederbelebung der kommunitären Gemeinschaften und der indigenen Völker verwirklicht“ (Prada 2010: 81). Helma Chrenko unterscheidet deutlicher zwischen einem gegenwärtigen demokratisch-sozialen Prozess und einer sozialistischen Orientierung als fernem Horizont. Sie schreibt nach unserer Ansicht zutreffend über den Charakter der jüngeren Entwicklung in Bolivien: „Das Gesellschaftsprojekt, das die MAS vorschlägt, ist kein sozialistisches Projekt im bekannten Sinne. Ohne sozialistische Orientierungen aufzugeben, steht eine sozialistische Gesellschaft noch in weiter Ferne. Der demokratische Prozess richtet sich auf die Konstituierung eines Sozialstaates, der seine Politik durch Konsultationen mit den sozialen Organisationen als Vertretern der Bevölkerung definiert und über verschiedene informelle und institutionelle Gremien mit Unternehmern, Exporteuren, Landwirten, Comunidades abstimmt.“ (Chrenko 2008: 95)

Während also in Venezuela von Regierungsseite der Anspruch formuliert wird, an einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu arbeiten, wird von vielen lateinamerikanischen und europäischen Linken dieser Sozialismus mehr als Ziel aufgefasst und die Aufmerksamkeit auf einen langen demokratischen Prozess dorthin konzentriert. Ahmed Abed, Maximilian

Jablonowski, Lucia Schnell und Ben Stolz allerdings sehen Venezuela bereits gegenwärtig als „ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus“ (Abed et al. 2008: 102).

Raul Zelik und Aaron Tauss formulieren weitaus kritischer: „Doch im politischen Alltag werden partizipative, direktdemokratische und gemeinschaftliche Formen der Demokratie häufig von klientelistischen Praktiken neuer und alter Staatlichkeit konterkariert. Ähnlich auch die ökonomische Entwicklung: Der Neoliberalismus mag in Teilen Lateinamerikas besiegt erscheinen, doch das herrschende Entwicklungs- und Akkumulationsmodell steht nicht zur Disposition.“ (Zelik/Tauss 2013: 10) Zelik und Tauss unterscheiden deutlich zwischen konzeptioneller Proklamation und davon abweichender gesellschaftlicher Realität: „Dass der von den Regierungen Venezuelas, Boliviens und Ecuadors programmierte ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ als antikapitalistische Alternative verstanden wird, stellt einen bemerkenswerten Paradigmenwechsel dar, materialisiert sich – wie wir in diesem Buch zeigen wollen – bislang aber kaum in praktischer Politik.“ (Ebd.) Andrés Antillano geht noch weiter: „Die venezolanische Gesellschaft ist weiterhin kapitalistisch und läuft Gefahr, sich in eine staatskapitalistische zu verwandeln.“ (Antillano 2013: 47) Jairo Estrado Álvarez glaubt, einen regressiven Richtungswandel der Transformationsprozesse zu erkennen: „Während sich Lateinamerika vor einem Jahrzehnt die Frage nach Alternativen zum Kapitalismus stellte, wird heute verstärkt über das Problem diskutiert, ob einige der neuen Projekte nicht viel mehr Ausdruck einer Rekonfiguration der Klassenmacht und der Bündnisse innerhalb und außerhalb des Blocks an der Macht sind.“ (Álvarez 2013: 152) Gerade unter diesem zuletzt genannten Aspekt ist die Analyse der brasilianischen Entwicklung seit dem Wahlsieg Luiz Inácio Lula da Silvas 2002 nach nun zehn Jahren Mitte-links-Regierung Lula/Rousseff interessant. Jedoch: „Es lässt sich noch nicht einschätzen, ob die politisch-ökonomischen Projekte in Venezuela, Ecuador und Bolivien wirklich einen langjährigen und soliden Strukturwandel nach sich ziehen.“ (Ebd.: 154) Anders schätzt das Ernesto Kroch ein: „Die drei Jahrzehnte währende neoliberale Politik in Lateinamerika kann als abgeschlossen betrachtet werden. Was nicht heißt, nun gäbe es keine Länder mehr auf diesem Kontinent, die nach den Rezepten der Chicago Boys regiert würden, aber sie sind in der Minderheit.“ (Kroch 2008: 9) „Radikale“ und „gemäßigte“ linke Regierungen würden in Ländern mit mehr als drei Vierteln der Bevölkerung Lateinamerikas residieren. Darin glaubt Kroch den vorherrschenden Entwicklungstrend zu erkennen. Auch Joachim Wahl sieht in den letzten Jahrzehnten einen Aufschwung der Volkskämpfe (Wahl 2008: 121), die letztlich für die Wahlsiege von Mitte-links-Parteien ausschlaggebend waren.

Zelik schwankt in seinen Urteilen. Im Unterschied zu der zitierten Aussage über das Fortwirken des neoliberalen Entwicklungsmodells stellt er an anderer Stelle für Venezuela, Bolivien und Ecuador eine postneoliberale Entwicklung fest, jedoch nicht eine sozialistische Entwicklung jenseits des Kapitalismus. „Die ecuadorianische ‚Bürgerrevolution‘ trägt Züge eines bürgerlich-nationalen Modernisierungsprojekts. In Venezuela und Bolivien kann man von einer sozialen Demokratie [...] unter antiimperialistisch-revolutionären, aber auch caudillistischen Vorzeichen sprechen. Im Großen und Ganzen verbleibt diese soziale Demokratie jedoch innerhalb kapitalistischer und staatszentrierter Entwicklungsmuster.“ (Zelik 2011: 68) Álvaro García Linera definiert: „Wir denken nicht an Sozialismus, sondern an eine profunde demokratische, dekolonisierende Revolution.“ Er nennt den Status Boliviens den „eines andinen Kapitalismus“ (Linera 2006).

Das Spektrum linker Einschätzungen der in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse in Venezuela, Bolivien und Ecuador oder auch in Brasilien und Argentinien („humaner Kapitalismus“) reicht also von „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, „etatistischem Sozialismus“, „demokratischem Sozialismus“ über „antiimperialistisch-revolutionäre, antikoloniale soziale Demokratie mit autoritären Zügen“ und mit noch neoliberal geprägten ökonomischen Grundlagen bis zu „postneoliberalem andinem Kapitalismus“ und einer „Rekonfiguration kapitalistischer Klassenmacht“. In diesen unterschiedlichen Auffassungen spiegelt sich vor allem die extreme Widersprüchlichkeit in den realen Verhältnissen, der Kampf zwischen ganz unterschiedlichen Tendenzen und ihren gegensätzlichen Akteuren wider. Ähnlich wie Karl Kraus schrieb:

„Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen,
die darunter oft leider zerfällt.
Immer noch meint ihr, es gehe um Meinungen,
aber der Widerspruch ist in der Welt.“
(Kraus 2000: 116; zitiert nach Mayer 2000)

AnalystInnen und BeobachterInnen der Entwicklung in Ländern mit linksorientierten Regierungen, die dort bereits einen sozialistischen Transformationsprozess zu erkennen meinen oder ihn auf der unmittelbaren politischen Agenda glauben, sind versucht, an diese Regierungen Maßstäbe anzulegen, als seien sozialistische Voraussetzungen für ihr Handeln bereits erfüllt oder zum Greifen nahe. Dass die Regierungen zwangsläufig unter den Bedingungen dominierender kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und (noch) nicht oder nur teilweise überwundener politischer Macht bürgerlicher und halbfeudaler Eliten handeln müssen, wird häufig übersehen. Das führt unvermeidlich zu linksradikaler Kritik an diesen Regierungen, die an deren realen Handlungsspielräumen vorbeigeht. Bei der Einschätzung von postneoliberalen Prozessen in Lateinamerika sind also Nüchternheit der Erwartungen und Realismus der Analyse angemessen.

Andere verteidigen mit Blick auf die überwiegend oder stark kapitalistischen Strukturen, also auf begrenzende Konditionen für die Politik linksorientierter Regierungen, deren Handeln auch dann, wenn sie hinter bereits möglichen Zielsetzungen zurückbleiben, wenn sie in ihrer schwierigen Lage Kritik von unten unterdrücken, wenn sie autoritär vorgehen oder die Enge ihrer ökonomischen Handlungsfähigkeit zulasten der Umwelt in problematischer Weise überschreiten.

In allen Fällen gehören zu den Hintergründen für die unterschiedlichen Bewertungen linker Regierungspolitik Differenzen zwischen einseitigen und abgewogen-realistischen Einschätzungen des Charakters der sich real vollziehenden Transformationsprozesse oder/und der unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Transformationsstrategien.

Für die Versachlichung der Diskussion könnte hilfreich sein einzuschätzen, welche Tendenzen bedingt durch die realen Verhältnisse in den einzelnen Ländern für die gegenwärtigen Transformationsprozesse bestimmend sind. Sind es überwiegend Tendenzen radikaler Demokratisierung, des Antikolonialismus, der Behauptung nationaler Souveränität, der Anerkennung plurinationaler und pluriethnischer Verhältnisse, Tendenzen der Armutsbekämpfung und Selbstermächtigung der Subalternen noch im Rahmen bürgerlich-

kapitalistischer Verhältnisse? Oder erstarken – etwa in Venezuela – in der jüngsten Zeit auch rückwärts gerichtete Kräfte, wirkt eine Tendenz zur Entfremdung zwischen Regierungen und Teilen ihrer ursprünglichen Anhängerschaft und treten als Reaktion darauf autoritäre Momente der Regierungspolitik deutlicher hervor? Oder zeichnet sich in einzelnen Ländern bei noch kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen in wichtigen gesellschaftlichen Sphären schon ein Vorstoß über den Kapitalismus hinaus ab und eröffnet neue Handlungsräume, die zu höheren Erwartungen und Forderungen berechtigen? Die mit diesen Fragen angedeuteten Entwicklungen wirken gleichzeitig. Als eine erstrangige Aufgabe für Forschung und Politik zeichnet sich ab, die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern und die Tendenzen ihrer Entwicklung fundiert einzuschätzen.

Zu prüfen ist, ob für eine solche differenzierende Betrachtung das im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit Blick auf die Bedingungen in Europa entwickelte Konzept einer doppelten Transformation Anregungen birgt.

2 Grundgedanken des Konzepts doppelter Transformation

Das Konzept einer doppelten Transformation (Klein 2013; Brie 2014) umfasst, grob vereinfacht, folgende Grundgedanken:

- Die jüngste mehrdimensionale Krise widerspiegelt die Dringlichkeit gravierender postneoliberaler Veränderungen in der Gesellschaft. Das Zeitfenster dafür ist angesichts globaler Gefahren überaus knapp bemessen.
- Eine Revolution im Sinne eines großen zeitlich gerafften Umsturzsakts ist in Europa weder in Sicht noch könnte sie angesichts der Kompliziertheit, Komplexität und Größe der aufgestauten Probleme schnelle Lösungen ohne lang andauernde sozial-ökologische Reformprozesse versprechen. Wohl aber bedingen diese Probleme eine Tiefe der kommenden Umwälzungen von revolutionärer Qualität in einer Wechselwirkung von Reformveränderungen, kleinen und großen Brüchen. Nicht auszuschließen ist auch, dass künftige extreme Konfliktkonstellationen doch zu revolutionären Explosionen führen – mit neuen Anstößen für Reformprozesse. Harvey unterstreicht diese Feststellung und meint: „Die Revolution ist ein Prozess, keine Veranstaltung. Wir sprechen über eine Transformation auf lange Sicht. Das bedeutet, dass wir Ideen entwickeln müssen, wie wir die Welt verändern. Es gibt viele Momente, die aktuell praktiziert werden, das mehrheitlich aber nur in geringem Umfang.“ (Harvey 2014) Dazu zählt er die solidarische Ökonomie in Brasilien und Menschengruppen, die Momente alternativen Lebens entwickeln, UmweltaktivistInnen sowie die Übernahme stillgelegter Unternehmen in Argentinien. Das heißt, es gibt „viele Bewegungen dieses Typs und das inmitten der Krise.“ (Ebd.)
- Herkömmliche Reformen sozialdemokratischen Typs haben viele Fortschritte gezeitigt, haben aber in der Krise des Fordismus ein neoliberales Rollback nicht verhindert, entsprechen nicht der Tiefe der erforderlichen künftigen Umbrüche und werden häufig durch den Herrschaftsmechanismus der Machteliten einverleibt.
- Ein „Aufheben“ von Reform und Revolution jedoch, das heißt eine Bewahrung der Stärken von beiden und eine Überwindung ihrer Defizite, verspricht eine Transformation der gegenwärtigen Gesellschaften. Die Perspektive für das 21. Jahrhundert ist eine Große

Transformation, das heißt der Übergang vom Kapitalismus zu einer solidarischen, gerechten Friedensgesellschaft im Einklang mit der Natur bzw. zu einem demokratischen grünen Sozialismus.

- Für eine lange Zeitspanne ist aber in Deutschland und in Europa im glücklichsten Fall auch unter der notwendigen Voraussetzung weitreichender Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links eine progressive demokratische, stärker soziale und mehr ökologische postneoliberale Transformation im Rahmen des Kapitalismus zu erwarten.

- Um jedoch ein Zurückrollen solcher möglichen systeminternen Transformationen – wie des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg durch den neoliberalen Kapitalismus – auszuschließen, muss die plurale Linke alle potenziell sozialistischen Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen aufgreifen und entfalten. Sie muss bereits in die systeminterne bürgerliche Transformation den Einstieg in eine Große Transformation hinein holen. Das meint der Begriff doppelte Transformation, der auf eine Verschränkung progressiver bürgerlicher Transformationsprozesse mit dem Beginn einer Großen Transformation über den Kapitalismus hinaus zielt.

- Für lange Zeit werden selbst künftige Regierungen, die einen progressiven Richtungswechsel der Politik anstreben, also weder nur an bloßen herkömmlichen, in das Herrschaftssystem integrierbaren Reformen noch am unmittelbaren Übergang zu einem sozialistischen Gesellschaftssystem zu messen sein – wohl aber an sozialistischen Maßstäben für viele Teilprojekte und ihre Perspektiven sowie an der Fähigkeit, einzelnen emanzipatorischen Projekten durch Vorstellungen von den Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts eine gemeinsame Richtung zu geben.

3 Doppelte Transformation auch in lateinamerikanischen Ländern?

Zu fragen ist, ob die zitierten unterschiedlichen Einschätzungen lateinamerikanischer Transformationsprozesse und die Widersprüche zwischen ihnen im Lichte des Konzepts doppelter Transformation besser verstanden werden können und ob dies zu einer Versachlichung des vielfach polarisierenden Diskurses beizutragen vermag.

Die Verflechtung 1) andauernder kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen, 2) emanzipatorischer Transformation noch unter den Bedingungen dieses kapitalistischen Rahmens und 3) von Ansätzen zu weiter reichender Transformation über die bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften hinaus gibt Anlass für gegensätzliche Positionen von PolitikerInnen, BewegungsaktivistInnen und WissenschaftlerInnen. Die einen kritisieren den Verbleib in kapitalistischen Strukturen, als ließen sich diese in beliebigem Tempo überwinden. Andere sehen schon den Sozialismus herangereift und sind für seine beschleunigte Durchsetzung bereit, auch autoritäre Herrschaftsformen in Kauf zu nehmen. Wieder andere wollen mit dem Verweis auf die sich bereits mit Erfolgen vollziehenden progressiven Transformationsprozesse die dabei auftretenden Konflikte, Defizite, Schwächen und Fehlentwicklungen am liebsten verschweigen, weil sie fürchten, sonst der Reaktion Schützenhilfe zu geben. Deshalb kann es nützlich sein, sich die genannten drei widersprüchlichen Realprozesse kurz vor Augen zu führen, um mit ihrer Verflechtung sachlich umgehen zu können.

Erstens: Die gegenwärtig bestimmenden ökonomischen Verhältnisse in Lateinamerika, auch in Venezuela, Bolivien, Ecuador und erst recht in Brasilien sind bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern überall durch kapitalistische Profitdominanz gekennzeichnet – trotz der Verstaatlichungen, trotz Genossenschaften, Selbstbewirtschaftung stillgelegter ehemals privater Betriebe durch die Belegschaften, solidarischer und kommunitärer Wirtschaftsformen. Überdies sind diese kapitalistischen Wirtschaften tief gekennzeichnet durch die Folgen von Kolonialismus, Imperialismus und Neoliberalismus. Das heißt unter anderem, dass der Primärsektor dominiert und andere Wirtschaftszweige unterentwickelt sind. Kapitalistische Grundstrukturen der Gesellschaft bedeuten zwangsläufig Ausbeutung, Festhalten ausländischer und inländischer kapitalistischer Unternehmen an der für sie profitablen Ausbeutung von Naturressourcen im Primärsektor, Wachstumsorientierung ohne Rücksicht auf die Umwelt und insbesondere auf die naturverbundenen Lebensweisen der indigenen Bevölkerungsgruppen, Androhung des Exit von Unternehmen bei zu weit gehender Bedrohung ihrer Interessen durch die Regierungspolitik, erbitterter und leider erfolgreicher Widerstand der Großagrarien gegen die Bodenreformpläne der progressiven Regierungen und Stärkung von konservativen und marktliberalen Parteien in Wahlkämpfen.

Ein Beispiel für diese Auseinandersetzung ist die von den Mitte-links-Regierungen Lulas und Dilmás in Brasilien verschleppte Agrarreform. Sowohl im Kongress wie auch in der Regierung selbst haben VertreterInnen des sogenannten Agrobusiness die Oberhand und verhindern ihre Durchführung.

Wie oben bereits festgestellt: Kritik ist auf Wegen in gesellschaftliches Neuland unverzichtbar. Aber eine Kritik, die außer Acht lässt, dass die lateinamerikanische Transformation noch im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und kapitalistischer internationaler Arbeitsteilung verläuft und damit die Handlungsspielräume der Regierungen und aller anderen progressiven Akteure begrenzt sind, geht an der lateinamerikanischen Realität vorbei und wird destruktiv. Edgardo Lander fügt deshalb diesen Debatten – trotz eigener kritischer Position – realistisch hinzu, dass „eine Art struktureller Unterschätzung geopolitischer Dimensionen, Dimensionen globaler Machtverhältnisse und der Formen der internationalen Arbeitsteilung, bes. hinsichtlich des Südens“ festzustellen ist. (Lander 2013) Gleichwohl bedarf es weiterer Untersuchungen der Kräfteverhältnisse und ihrer Entwicklung in den einzelnen Ländern, um die für die Regierungen real vorhandenen Handlungsspielräume sachlich beurteilen zu können. Klaus Meschkat vertritt beispielsweise die Auffassung, Chávez hätte einer stärkeren Besteuerung der ökonomischen Eliten nicht ausweichen müssen. Der nur sehr knappe Sieg Maduros in den Präsidentschaftswahlen nach Hugo Chávez' Tod verweist allerdings auf einen heute äußerst geringen Spielraum. Florian Wilde hat in der Diskussion einer ersten Fassung des hier vorliegenden Beitrags die – wenn auch gescheiterten – Militärputsche gegen progressive Regierungen als ein Indiz für deren nur sehr begrenzte Handlungsspielräume beschrieben.

Zweitens: Die politische Grundtendenz in der Gegenwart und in der absehbaren Zukunft ist eine radikal-demokratische, sozial progressive, plurinationale und pluriethnische antikoloniale Transformation, die unter zunehmend postneoliberalen Vorzeichen verläuft – trotz der noch starken neoliberalen Bastionen.

Diese Grundtendenz wird jedoch vielfach gebrochen durch die Wirkungen der weiter existierenden kapitalistischen Verhältnisse in der Wirtschaft, durch Auslandsunternehmen und

das internationale Kapital, durch die nur zum Teil bereits überwundene Abhängigkeit von den neoliberal geprägten Weltwirtschaftsbeziehungen, durch das Handeln konservativer bürgerlicher und großagrarischer Kräfte und durch die von diesen Akteuren beeinflussten Teile der Bevölkerung.

Diese widerspruchsvolle Konstellation führt dazu, dass etwa die Sozialpolitik von Linksregierungen auf Grenzen stößt, dass die in den Verfassungen ihrer Länder festgeschriebenen Rechte und Freiheiten der indigenen Bevölkerungsgruppen nicht selten mit der Verfassungswirklichkeit kollidieren, dass die Regierungspolitik insgesamt nur in ständigen harten Kämpfen durchsetzbar ist. Ihre Verwirklichung erfordert einen starken Staat und führt wiederholt auch zu Konfrontationen mit Bevölkerungsgruppen, die ihre Interessen verletzt sehen. (Siehe Abschnitt 6) Zu fragen ist deshalb auch, inwieweit die gegenwärtigen Entwicklungsmodelle an ihre Grenzen stoßen und neue Perspektiven durch gemeinsames Handeln der emanzipatorischen Kräfte eröffnet werden können.

Wie im Folgenden am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Extraktivismus zu zeigen ist, kommt dabei auch die Gewalt des Staatsapparats zum Einsatz gegen kritische Bewegungen, die wesentlich zum Zustandekommen linksorientierter Entwicklungen beigetragen haben und sich nun in einer widersprüchlichen Position gegenüber den neuen Regierungen befinden.

Drittens: Erkennbar zeichnen sich Schritte des Einstiegs in eine systemüberschreitende Große Transformation bereits im Verlauf der progressiven innersystemischen Transformationsverläufe ab, das heißt Schritte zu solidarischen und umweltgerechten Gesellschaften. In keinem dieser Länder sind jedoch solche Gesellschaften, die auch als demokratischer Sozialismus unter spezifisch lateinamerikanischen Bedingungen bezeichnet werden könnten, bereits herausgebildete Realität. Und selbst die Tendenzen in diese Richtung sind mit der möglichen Veränderung der Kräfteverhältnisse im Inneren oder durch die Änderung der äußeren Bedingungen durchaus umkehrbar, das heißt sie sind noch keineswegs gefestigt. Aber die den Rahmen des Kapitalismus potenziell überschreitenden Prozesse, die auf eine doppelte Transformation hinweisen, sind in einigen lateinamerikanischen Ländern stärker als in Europa ausgeprägt – trotz ihrer entschieden schwierigeren Wirtschaftslage.

Beispielsweise verlief der Verfassungsprozess in Bolivien, Ecuador und Venezuela durchaus im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer ökonomischer Verhältnisse; aber besonders im Geburtsprozess dieser Verfassungen, im öffentlichen Diskurs der Verständigung über die Konturen einer besseren Gesellschaft vollzog sich eine Selbstermächtigung beachtlich großer Bevölkerungsteile. Eine breite Zustimmung zu Verfassungsnormen entstand, die eindeutig auf eine solidarische, plurinationale und pluriethnische Gesellschaft in Harmonie mit der Natur zielen, auf eine Neukonstituierung des Staates, die politisch und kulturell über den Kapitalismus hinausweist. Mit dem Verfassungsprozess in Ecuador wurde nach dem Urteil von Anibal Quijano, dem Direktor des Zentrums für Soziale Forschungen in Lima, die Möglichkeit einer „historischen Option“ zur Veränderung der Gesellschaft ergriffen (Quijano 2004).

In der boliviarischen Verfassung Venezuelas wurde das Ziel formuliert, „die Partizipation des Volkes bei der Ausarbeitung, der Ausführung und Kontrolle der öffentlichen Politik“ durchzusetzen und die „Selbstverwaltung, alle Formen der Kooperation, der demokratischen Planung und des partizipativen Haushalts auf allen Ebenen der Gesellschaft zu garantieren“

(Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela, 1999. Kapitel IV, erster Teil). Auf dieser Grundlage vollzog sich – nicht zuletzt als Antwort auf den reaktionären Staatsstreich vom April 2002 – im ganzen Land territorial- und aufgabenspezifisch die Bildung von *consejos comunales*, von Kommunalräten, die erhebliche Tendenzen zu realer Volksmacht in sich bergen. Mit einer Erhöhung der Finanzausstattung der Kommunalräte auf 30 Prozent der Finanzen von Lokal- und Regionalregierungen fand nach 2007 eine merkliche Stärkung der Selbstorganisation und basisdemokratischer Elemente statt (Abed et al. 2008: 110). Allerdings wuchs mit dieser weitgehend aus den Einnahmen der staatlich kontrollierten Erdölgesellschaft gespeisten Finanzierung auch die Abhängigkeit der Bewegung von unten von der staatlichen Administration.

Die Realprozesse selbst verlaufen höchst ambivalent. Soweit beispielsweise die *consejos comunales* zu Fortschritten für Volksbildung, Gesundheitsversorgung und Armutsminderung führen, ist dies ein progressiver Reformprozess, der an sich keineswegs Sozialismus bedeutet. Soweit diese Räte der befriedenden Einbindung populärer Bewegungen in das Funktionieren der alten Bürokratie dienen oder neue Bürokratien hervorbringen, geraten sie sogar zu einem Moment passiver Revolution (Gramsci), das heißt der Herrschaftssicherung durch Integration von VertreterInnen subalternen Akteure und durch deren Ruhigstellung. Soweit sich die *consejos comunales* dem aber entziehen und eine Selbstermächtigung von unten praktizieren, soweit sie also Gegenmacht von unten zu den alten Staatseliten konstituieren, entfalten sie bereits eine Potenz der Systemüberschreitung.

Notwendig ist eine konkrete Analyse dieser drei widerspruchsvollen Entwicklungen, um das Verhältnis von kapitalistischen und patriarchalen Herrschaftsstrukturen, progressiven demokratischen Transformationsprozessen im gegebenen Rahmen und systemüberschreitenden Transformationsschritten sowie die Entwicklungstendenzen in diesem Verhältnis auf diesem konkreten Feld einschätzen zu können.

Ein weiteres herausragendes Beispiel für die Selbstermächtigung indigener und anderer sozialer Bewegungen sind die über 30 Sozialprogramme in Venezuela in Gestalt der *misiones*. Diese sind nicht bloße Fürsorgeprogramme in der Art herkömmlicher Sozialreformen. Sie bilden ein Institutionengefüge, das von den AktivistInnen sozialer Bewegungen getragen wird und das den Charakter eines parallelen alternativen Staatsapparats von unten herausbildet. Die *misiones* entscheiden über die Verwendung der Finanzen, die überwiegend aus dem Gewinn der halbstaatlichen Erdölgesellschaft PDVSA stammen, und organisieren beispielsweise die Gesundheitsversorgung in armen Stadtvierteln, Bildungsarbeit, Wohnprojekte usw. in eigener Verantwortung. Damit entwachsen sie der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsstruktur und bergen die Potenz einer Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus.

So vollziehen sich unterschiedliche reale Prozesse, die mit dem Konzept einer doppelten Transformation erfasst werden können. Das heißt, dass eine progressive innersystemische Transformation stattfindet, die in unterschiedlichen Formen für den Einstieg in eine systemüberschreitende Große Transformation geöffnet wird.

Die Regierungspolitik muss unter solchen Bedingungen sowohl dem lang andauernden Verlauf progressiven Wandels im Möglichkeitsrahmen kapitalistischer Verhältnisse entsprechen als auch jede Chance wahrnehmen, diesen Rahmen dort bereits zu sprengen, wo reale – nicht illusionär gewünschte – Ansätze dafür entstehen. Eine solche Gratwanderung

führt zwangsläufig zu Auseinandersetzungen über die Grenzen des Machbaren und über die Chancen zur Durchbrechung dieser Grenzen.

4 Die Radikalität alternativer populärer Bewegungen als Chance für postneoliberale und weiter reichende Transformationsprozesse

Sowohl die progressiven lateinamerikanischen Transformationsprozesse im Rahmen des Kapitalismus als auch die Ansätze zu dessen Überschreitung sind vor allem das Resultat der Kämpfe sozialer, oft indigener Akteure. Viele ihrer Aktionen und Initiativen zeichnen sich durch eine erheblich höhere positive Militanz und größere revolutionäre Kühnheit als in West- und Osteuropa aus, durch eine in Entscheidungssituationen manchmal explosive Selbstmobilisierung, durch ein Zusammenfinden oft sehr unterschiedlicher Akteure und im Fall der indigenen Völker durch die Gewinnung von Widerstands- und Gestaltungskraft aus historisch tief verwurzelten Kulturen, Weltansichten und Verhaltensnormen. Boaventura de Sousa Santos schätzt ein: „Seit 1998 mit der Machtübernahme durch Hugo Chávez hat die Linke Lateinamerikas eine brillante Periode ihrer Geschichte durchlaufen, vielleicht sogar die beste der Weltlinken. Offensichtlich dürfen wir nicht die Anfänge der Revolutionen in Russland, China und Kuba, nicht die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg vergessen. Aber die progressiven Regierungen der letzten 20 Jahre sind aus verschiedenen Gründen besonders beachtenswert.“ (de Sousa Santos 2014)

Anders als in Europa haben in Lateinamerika bis in die jüngste Vergangenheit blutige Militärdiktaturen, skrupellose Ausbeutung durch die GroßgrundbesitzerInnen, die Ausplünderung des Subkontinents durch ausländische Mächte, besonders durch die USA, die Nachwirkungen 500-jähriger Kolonialherrschaft, das Ausmaß des Elends großer Teile der Bevölkerung und in einigen Ländern das Widerstandspotenzial großer indigener Bevölkerungsgruppen weit militantere rebellische Bewegungen als in Europa hervorgerufen. Dieser revolutionäre Druck von unten kann jene Fülle komplexer und komplizierter gesellschaftlicher Probleme, deren Bewältigung eine große Zeitspanne verlangt, nicht aus der Welt schaffen. Aber er hat das Potenzial, die Politik zu radikalisieren und eher als in den meisten europäischen Ländern ein Gemisch von zwangsläufig begrenzten Reformen und Brüchen von bereits revolutionärer Tiefe hervorzubringen. In Südeuropa provoziert die von der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem IWF diktierte Austeritätspolitik ähnliche Tendenzen (Candeias/Völkel 2014). In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union bleibt die Durchschlagskraft alternativer Akteure jedoch hinter der aufständischen Macht sozialer und indigener Bewegungen in einer Reihe lateinamerikanischer Länder zurück.

Den Wahlen linksorientierter PräsidentInnen und Regierungen in mehreren lateinamerikanischen Ländern waren in der Regel heftige und langjährige außerparlamentarische Auseinandersetzungen, Rebellionen, Aufstände und Straßenkämpfe vorangegangen. So schreibt Andrés Antillano am Beispiel Venezuelas: „Ende Februar 1989 erhoben sich die Bewohner der Armenviertel von Caracas zu einem mehrtägigen, erst nach brutaler Repression und unzähligen Toten niedergeschlagenen Aufstand. Diese wahrscheinlich erste populäre Rebellion gegen den Neoliberalismus auf dem lateinamerikanischen

Subkontinent stellt einen Einschnitt in die Geschichte Venezuelas dar.“ (Antillano 2013: 30) 1992 folgten zwei Armeeaufstände von Militärs, die ihre Waffen nicht mehr gegen das Volk richten wollten. Ein „neues populares Subjekt“ ist nach Antillanos Befund entstanden. „Die Rebellierenden waren Arbeitslose und prekäre Arbeiter“ (ebd.), die in die bis dahin vorwiegend von Gewerkschaften, Bauern und Studierenden getragenen Auseinandersetzungen eingriffen. Sie führten ihren Kampf um sämtliche elementaren Lebensbedingungen – mit Straßenprotesten, in Besetzungen von Institutionen, Fabriken, Land und Gebäuden. „Die unerwartete Mobilisierung vom 12. und 13. April 2002, mit der innerhalb von 48 Stunden der reaktionäre Staatsstreich gegen Chávez in die Knie gezwungen wurde, oder die selbst organisierten Aktionen, durch die der Unternehmer-Lockout im Dezember des gleichen Jahres besiegt wurde, sind sowohl Ausdruck der popularen Macht als auch ihrer Autonomie gegenüber den Institutionen.“ (Ebd.: 39)

In Bolivien war es der „Krieg um das Wasser“ gegen die Privatisierung der Wasserversorgung von Cochabamba, der einschneidende Bedeutung für Mobilisierungen im ganzen Land gewann. Bäuerliche Gruppen, IndustriearbeiterInnen, Arbeitslose, HändlerInnen, Stadtteilorganisationen und Selbstorganisationen der Straßenkinder kämpften bis zur Blockierung wichtiger Verbindungsstraßen in blutigen Auseinandersetzungen mit Polizei und Armee um eine nationale Verfügung über die Naturressourcen, um öffentliche Dienstleistungen zu bezahlbaren Preisen, um eine Wiederverstaatlichung privatisierter Betriebe und stellten dabei Grundzüge der neoliberalen Wirtschaftspolitik infrage (Chrenko 2008: 90 f.). Der Wahl von Evo Morales als Präsident Boliviens gingen weitere Kämpfe voraus, beispielsweise die militanten Aktionen von Widerstandsnetzwerken gegen die Veräußerung der bolivianischen Gasförderung an ausländische Unternehmen und Straßenblockaden in den Armenvierteln von El Alto, deren gewaltsame Räumung durch die Militärs Dutzende Menschen das Leben kostete (Moldiz Mercado 2007: 158 ff.).

Überaus bemerkenswert ist, dass die außerordentliche Dynamik der Bewegungen alternativer Akteure in Bolivien, Ecuador und Venezuela im Verlauf breiter öffentlicher Diskussionen zu verfassungsgebenden Prozessen und schließlich zu Verfassungen führte, die eine menschenrechtlich begründete Konstituierung dieser Gesellschaften grundgesetzlich festschreiben und den progressiven Kräften Rückhalt für weitere Kämpfe bieten. Nirgendwo in Europa ist dies gelungen.

Doch das aufständische und revolutionäre Potenzial Lateinamerikas, das zu progressiven Aufbrüchen geführt hat, wird durch die aufreibenden Mühen der langen Wege zur Verwirklichung der Verfassungsziele permanent bedroht. Die Hoffnungen der Bauern und Bäuerinnen auf Landreformen sind an der Macht der GroßgrundbesitzerInnen vielfach zerbrochen. Die Rebellion der Armen ist, wie Raul Zelik mit Verweis auf Venezuela feststellt, die Kehrseite dessen, dass das Land kaum organisierte zivilgesellschaftliche Kräfte hervorgebracht hat. Dieses Defizit veranlasste Präsident Chavéz zu einer Politik jahrelanger Dauermobilisierung von oben – mit der Gefahr ihres Erlahmens und von Blockierungen der Selbstermächtigung von unten. Die ökonomischen und sozialen Fortschritte in den progressiv regierten Ländern haben neue Mittelschichten hervorgebracht. Teils führt ihr Aufstieg dazu, dass sie, wie in Brasilien, weiter gehende Forderungen stellen und dafür auf die Straße gehen. Teils wirkt aber die Tendenz, sich in den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen zu etablieren und den Fortgang progressiver Transformation eher aufzuhalten. Die starken

Impulse der indigenen Bevölkerung in den Andenstaaten und der sozialen Bewegungen (u. a. der Landlosenbewegung MST) in Brasilien für eine Linksorientierung in Lateinamerika dürfen ebenfalls nicht idealisiert werden. Viele jüngere Indigene fühlen sich den Traditionen, auf denen das *buen vivir* basiert, nicht mehr ungebrochen verpflichtet. Sie bewegen sich im Spannungsfeld zwischen ererbten Werten und Naturbindungen und den Angeboten der Moderne und ihres Wachstumswahns.

Eine Vielzahl gravierender Widersprüche in den lateinamerikanischen Transformationsprozessen verweist auf größte Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Verfassungstexte in Verfassungswirklichkeit. Exemplarisch wird dies deutlich in den Konflikten um eine nach wie vor auf Extraktivismus fokussierte Politik in Bolivien, Ecuador und Venezuela, aber auch in Brasilien und weiteren Ländern.

5 Der Extraktivismus-Streit und der Konflikt um die Mitte-links-Regierungen – soziale (indigene) Bewegungen

Einer der gravierendsten Widersprüche in der Realität progressiv regierter lateinamerikanischer Länder und in ihrer diskursiven Widerspiegelung ist der Widerspruch zwischen der Forderung nach einem schnellen Abbruch extraktivistischer Politik und der Unvermeidbarkeit, für rasch wirksame Sozialprogramme eine Finanzierung zu sichern, noch bevor diese durch eine neue Produktionsstruktur jenseits des Primärsektors erwirtschaftet wird.

Die Wirtschaftsstruktur in Venezuela, Bolivien, Ecuador und anderen lateinamerikanischen Staaten wird auch nach der Wahl linksorientierter Regierungen weiter von der Förderung und vom Export des Erdöls und anderer Rohstoffressourcen dominiert. In Venezuela machten die Güter aus dem Primärsektor im Jahr 2000 90,9 Prozent des Gesamtwerts der Exporte aus (CEPAL 2008: 186). In den Jahren 2010/2011 stieg dieser Anteil nach Angaben der Banco Central de Venezuela auf 96 Prozent (Lander 2014, unv. Manuskript). In Bolivien betrug dieser Anteil im Jahr 2005 89,4 Prozent und stieg bis 2010 auf 92,6 Prozent (CEPAL 2011: 97). In Ecuador wuchs der Anteil der Erdöleinnahmen an den gesamten Exporteinnahmen von 34 Prozent 1994 auf 55 Prozent im Jahr 2010 an (Peralta 2013: 125).

Präsident Chávez setzte nach seiner Regierungsübernahme sowohl zur Finanzierung der Sozialprogramme als auch für die wirtschaftliche Fundierung von regionalen lateinamerikanischen Integrationsprojekten – wie der ALBA (Bolivarische Alternative für Lateinamerika) und den Programmen Petrocaribe und Petroandino – auf die Gewinne aus der Förderung und Vermarktung des Erdöls. Klaus Meschkat hat darauf aufmerksam gemacht, dass der Fortschritt staatlicher Verfügung über große Teile des Ressourcenreichtums neben dem neuen Spielraum für Programme der Armutsüberwindung die Verführung birgt, die neue Macht auch künftig stark auf die Ausbeutung von Naturressourcen zu stützen.

Die linksgerichteten Regierungen Lateinamerikas sehen sich gezwungen, einen Kurs zwischen Scylla und Charybdis zu suchen. Die andauernde Abhängigkeit der Staatsfinanzen von Erdöl- und anderen Rohstoffexporten vernichtet unwiederbringlichen Naturreichtum und gefährdet die Biosphäre. Die starke Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums von der Ausbeutung kostbarer Naturressourcen trägt zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen

der Menschheit und von Teilen des Lebensraums der indigenen Völker bei, deren rebellische Bewegungen in den Andenstaaten, aber auch in Brasilien erheblich zu den neuen politischen Machtverhältnissen beigetragen haben. Deshalb ist die Kritik an dieser Entwicklung legitim und darf nicht unterdrückt werden (Brand/Dietz 2013).

Aber sie wird dort unglaublich und destruktiv, wo sie die Zwänge für die progressiven Regierungen ignoriert und verschweigt, die diese trotz der Gefahren für die Umwelt und des Widerstandes in Teilen ihrer eigenen sozialen Basis dazu bewegen, mittelfristig weiter an der Gewinnung und am Export von Ressourcen der Erde festzuhalten (Boris 2013a). Nach 500 Jahren Kolonialismus, nach Militärdiktaturen und neoliberaler Herrschaft ist die Erwartung an linke Regierungen übergroß, schnelle Verbesserungen für die große Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Die Sowjetunion hat in den 1920er und 1930er Jahren des letzten Jahrhunderts im Verlauf von Industrialisierung und Kollektivierung neue Volkswirtschaftsstrukturen in kürzester Zeit aus dem Boden gestampft. Aber dies wurde mit der Zwangsarbeit und dem Blut von Millionen Opfern bezahlt. Die Arbeitsinitiativen von Millionen Menschen verloren durch Diktatur und Terror ihren Antrieb. Dieser Weg ist für die demokratisch gewählten, den Menschenrechten verpflichteten Regierungen Lateinamerikas kategorisch ausgeschlossen. Aber sie stehen unter extremem Zeitdruck, wenn sie ihre soziale Basis im erwartungsvollen Volk nicht verlieren wollen – und ihre Regierungsmacht nicht an konservativ-neoliberale Kräfte. Deshalb setzen sie ihre auf die Ausbeutung nationaler Naturressourcen gestützte Wirtschaftspolitik fort und verknüpfen sie mit der Finanzierung sozialer Programme zur Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung, besonders der Armen. Mittelfristig gibt es kaum einen anderen Weg. Sachlich zu streiten ist aber darüber, in welchem Maße der gegenwärtig praktizierte Extraktivismus tatsächlich unverzichtbar ist, wie stark der Primärsektor sein soll und auf welchen Wegen so schnell wie möglich andere ökologisch orientierte Wirtschaftssektoren entwickelt werden können, um den Extraktivismus zu begrenzen.

Von Land zu Land nehmen die Proteste gegen große Bergwerksprojekte zu. Indigene Völker wehren sich, Bauern befürchten, vom Land vertrieben zu werden. Soziale Bewegungen in Bolivien und Ecuador fordern, in die Planung und Erschließung einbezogen zu werden – ein Recht, das ihnen von den neuen Verfassungen ihrer Länder zugestanden wird. Verständlich sind Kritiken, die eine Zementierung der Abhängigkeit vom Rohstoffexport verringern wollen.

Diese Abhängigkeit wird von VertreterInnen des lateinamerikanischen kritischen Denkens thematisiert und erkannt. Diese gehen aber davon aus, dass ihr nur begegnet werden kann, wenn es gelingt, die Länder zu industrialisieren und in diesem Prozess vor allem die Bedürfnisse der Menschen und ihre soziale Gleichstellung im Auge zu haben. Kritik am Extraktivismus muss deshalb mit Alternativen verbunden werden, die Auswege aus der gegenwärtigen Situation aufzeigen.

Wenn – wie Gudynas meint – in einem Vergleich der Politik von progressiven Regierungen mit konservativer Politik keine Änderungen festzustellen sind, kann nicht außer Acht gelassen werden, welche Zeit und Möglichkeiten die neuen linken Regierungen hatten, um andere Entwicklungspfade zu beschreiten. Denn sowohl in Brasilien und Argentinien als auch in Venezuela und Bolivien wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Binnenmarkt zu stärken. Ein wesentlicher Anteil des Wirtschaftswachstums, circa 50 Prozent, ist somit einer

Binnenmarktexpansion zuzuschreiben. Indikatoren dafür sind der Anstieg der Reallöhne, die Erhöhung der Mindestlöhne, die Zunahme des Anteils formeller Arbeitsverhältnisse und bessere Tarifabschlüsse. Hinzu kommt die Ausweitung des Handelsaustausches in der Region, der weiter diversifiziert wurde. Die vormals abhängige Position lateinamerikanischer Länder konnte – für jedes Land gesondert genommen – gemindert und zu deren Gunsten verändert werden. Besonders in Ländern wie Bolivien, Venezuela und Ecuador veränderten sich die Eigentumsverhältnisse und die Kontrolle über die Gewinne. Mit Unterschieden – aber in gleicher Tendenz – wurden bessere Ergebnisse im Export erzielt, die wirtschaftlichen Beziehungen verändert und eine größere Aktivität der Binnenwirtschaft angeregt. Nur so ist es möglich, eine bessere Verteilung des Erwirtschafteten zu erreichen, Sozialprogramme aufzulegen und Kurs auf die Einschränkung der einseitig auf Rohstoffexport orientierten Wirtschaft zu nehmen. Noch ist die produktive Basis auf Extraktivismus ausgerichtet. Überwunden werden kann dies nur, wenn bedeutende Industrialisierungsprogramme realisiert und vor allem die Rohstoffe im Land verarbeitet werden. Für Projekte dieses Charakters werden Investitionen benötigt, die in Bolivien aus den vorhandenen internationalen Reserven genommen werden.

Die These Gudynas', dass durch die „progressiven Regierungen eine Ausweitung und Intensivierung der Rohstoffausbeutung stattgefunden“ hat, kann tendenziell bestätigt (Matthes 2012), sollte aber relativiert werden:

Die Ausweitung der Rohstoffausbeutung hat nicht gleichermaßen in allen Staaten und Primärsektoren stattgefunden. In Argentinien beispielsweise stiegen die Exporte im Agrarbereich, während die Erdölexporte zurückgegangen sind. In Venezuela fand ein Rückgang der Exportmengen statt. Exporte nichtextraktiver Industrien wurden unter anderem in Argentinien, Brasilien und Ecuador ausgeweitet.

Den progressiven Regierungen muss Zeit gegeben werden, strukturelle Veränderungen vorzunehmen. Dieser Prozess kann nur in seiner Widersprüchlichkeit beurteilt und gesehen werden. Unbestreitbar ist nach unserer Auffassung, dass die Regierungen Boliviens und Ecuadors – und das nicht nur mit Worten – Schritte in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens eingeleitet haben.

Eduardo Gudynas nennt eine Reihe notwendiger Schritte, um einen „plündernden Extraktivismus“ schnell durch einen „behutsamen Extraktivismus“ abzulösen, „bei dem beispielsweise die Bergbau- und Erdölprojekte tatsächlich die sozialen und ökologischen Normen erfüllen und die zur Minimierung der Umweltfolgen am besten geeignete Technologie verwenden, der Staat ihnen wirksame und rigorose Kontrollen auferlegt, wo die Folgekosten in den Kosten und Preisen [bei Kompensationen für die Armen! Anm. d. Verf.] enthalten sind“. Dies könne aber nur ein Übergang zu einem stark eingeschränkten „unverzichtbaren Extraktivismus“ sein, der in eine Alternative zum herrschenden Entwicklungstyp und in entsprechende Wirtschaftsstrukturen eingebettet werden soll. Gudynas hält eine deutliche Erhöhung der Besteuerung des extraktiven Sektors im Interesse von Investitionen im Tertiärsektor für durchsetzbar, wenn die progressiven Regierungen dies im Rahmen regionaler Integration abstimmen, um ein Ausweichen von Unternehmen in Nachbarstaaten zu verhindern. Von erheblicher Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz verspricht er sich Einspareffekte, die die Zwänge zu extraktivistischer Wirtschaftspolitik spürbar mindern würden. (Gudynas 2012b: 144–161)

Bei all dem ist die Ausgangslage für die Mitte-links-Regierungen nicht zu vergessen. Boliviens Wirtschaftsstruktur war eine vom Kolonialismus geprägte Wirtschaft, die die alten Eliten bevorzugte. Die politischen und wirtschaftlichen Institutionen waren auf Extraktivismus ausgerichtet, zum Nachteil der großen Masse des Volkes. Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung des Landes waren dadurch nicht gegeben. Dagegen stellt Álvaro García Linera zu Recht fest, dass in den letzten Jahren „eine Veränderung der sozialen Klassen [...] und durch die Übernahme der Kontrolle eine Modifizierung der politischen Macht, der Kontrolle der wirtschaftlichen Überschüsse und einer Veränderung der Struktur des Staates vor sich ging.“ (Linera 2010: 18). Das entspricht dem Artikel 353 der Verfassung Boliviens, nach dem die Naturressourcen dem Volke gehören und der Staat als wirtschaftlicher Akteur sie zum Nutzen des Volkes einsetzt (siehe auch Artikel 349 und 351). Ziel ist es, die Verarbeitung der Rohstoffe im Lande zu realisieren, wozu umfangreiche Investitionen erforderlich sind, die – wenn auch bisher in bescheidenem Umfang – aus den internationalen Reserven genommen werden sollen (2005: 1,7 Millionen US-Dollar, 2012: 14 Millionen US-Dollar, nach Angaben der Zentralbank Boliviens, www.bcb.gob.bo). Erarbeitet wurde der „Plan Patria“, der vorsieht, 32 Milliarden US-Dollar in den nächsten Jahren in die Schaffung neuer Industrien zu investieren.

Die Veränderung der Produktionsstruktur in Venezuela sieht zum einen die Schaffung neuer Formen sozialen (also öffentlichen), populären und kommunalen Eigentums und zum anderen die Transformation des Rentierkapitalismus in eine diversifizierte sozialistische Wirtschaft vor, die in der Lage ist, die essenziellen Forderungen der Bevölkerung zu befriedigen, die Importabhängigkeit zu vermindern und den Export zu diversifizieren, um damit die Abhängigkeit vom Erdöl zu verringern. Diese Schritte sind dringend notwendig, um eine Verarbeitung der Rohstoffe mit Wertschaffung im Lande zu gewährleisten. Aber der Erdölreichtum des Landes hat historisch eine Kehrseite hervorgebracht. In Venezuela ist nie eine im produktiven Sektor der Wirtschaft verankerte Industriebourgeoisie entstanden, sondern eine Rentierbourgeoisie, die in hohem Maße von der Erdölrente lebt. Die neue Führung des Landes kann sich – anders als zum Beispiel in Brasilien – kaum auf ein innovatives Unternehmertum stützen, das nach Joseph Schumpeter die dynamische Seele des Kapitalismus ausmacht. Das trägt erheblich zu einer Pfadabhängigkeit in der Tradition der Erdölförderung und des Ölexports bei und erschwert einen diversifizierenden Strukturwandel erheblich.

Auf der ersten Entwicklungskonferenz im November 2013 in Brasilien wurde festgestellt, dass das Profil der brasilianischen Wirtschaft immer noch vom Export von Rohstoffen abhängt. Das aktuelle Wirtschaftsmodell, so die Schlussfolgerung, ist nicht in der Lage, qualitativ gute Arbeitsplätze zu schaffen, eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten und höhere Löhne zu ermöglichen. Brasilien muss seine Beziehungen zur Welt verändern, was unter anderem bedeutet, die regionale Integration zu fördern und massive Mittel in Bildung zu investieren. In Brasilien ist eine eigene „interne Bourgeoisie“ entstanden, deren unternehmerische Interessen durch die Regierung ausgeschöpft werden können – allerdings nur, soweit dies im Rahmen des Kapitalismus verbleibt (siehe Abschnitt 7).

Edgardo Lander bezeichnet die gegenwärtige Entwicklung Venezuelas als „Erdölsozialismus“ und sieht sie als Indiz dafür an, dass die Regierung Venezuelas mit dem alten Wirtschaftssystem nicht gebrochen hat (Lander 2010). Mit Blick auf die Erdölrente klagt

auch Margarita López Maya: „Der venezolanische Rentiersozialismus zeigt bedeutende Züge des kapitalistischen Modells, das dem heutigen vorausging.“ (Maya/Lander 2009: 239) Doch selbst Lander, der die extraktivistische Politik der Regierungen Venezuelas, Boliviens und Ecuadors für unverantwortlich hält, räumt gleichwohl ein: „Eine schnelle Antwort auf diese Bedürfnisse und Erwartungen zu finden, hatte für die Regierungen oberste Priorität, sowohl aus sozialen Gründen und Gründen der Gerechtigkeit sowie auch aus der Notwendigkeit heraus, ihre Legitimität zu bewahren und ihre WählerInnen bei Laune zu halten. Ohne deren weitere Zustimmung würden sie die angestoßenen Transformationsprozesse nicht weiter vorantreiben können.“ (Lander 2014) Und verallgemeinernd zur Extraktivismusdebatte fügt er hinzu: „Ein Aspekt, den die linke Kritik am Extraktivismus viel zu wenig berücksichtigt, ist der Kontext, in dem die Regierungen sich bewegen. Zuerst einmal sind eine Post-Development- und Post-Extraktivismus-Gesellschaft zwar zentrale Anliegen der sozialen Bewegungen, insbesondere der indigenen Gruppen, in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador verankert – sie stellen jedoch in keiner Weise einen allgemeinen nationalen Konsens dar. [...] Damit tut sich eine Kluft auf zwischen den langfristig angelegten politischen und kulturellen Agenden der Führungsspitzen der zahlreichen sozialen Bewegungen, vor allem der indigenen Bewegungen, und der Bedeutung, die die kurzfristige staatliche Sozialpolitik für die armen Bevölkerungsschichten, einschließlich der sozialen Basis eben dieser Bewegungen, hat. Dieser Umstand könnte erklären, weshalb zum Beispiel in Ecuador die Regierung nach wie vor ein hohes Ansehen und große Wählerunterstützung genießt.“ (Ebd.)

Aber Lander warnt nicht nur mit größtem Nachdruck vor den Umweltkatastrophen, die in der Fortsetzung extraktivistischer Politik lauern, beispielsweise vor einer Wiederholung des Desasters der Erdölförderung im venezolanischen Maracaibo-See, wenn künftig im großen Stil im Orinoco-Gürtel Erdöl gefördert würde, oder vor den sozialen und Umweltfolgen des Baus einer Megastraße quer durch das indigene Regenwaldterritorium Tipnis (Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécuré) in Bolivien. Er beklagt wie andere KritikerInnen linksorientierter Regierungen Lateinamerikas deren repressive Reaktionen auf den Widerstand aus sozialen und besonders indigenen Bewegungen gegen verschiedene Seiten ihrer Politik, besonders gegen ihren Extraktivismus.

In der Tat ist eine tragische Entwicklung für den progressiven transformatorischen Prozess in Lateinamerika nicht auszuschließen. Vor allem indigene Bevölkerungsgruppen Boliviens und Ecuadors – weniger in Venezuela – leisten zunehmend verhärtete Gegenwehr gegen eine Wirtschaftspolitik, die ihre natürlichen Lebensräume, aber auch ihre Jahrhunderte hindurch bewahrte Selbsteinordnung in die Naturkreisläufe der Mutter Erde, ihre ursprünglichen Kulturen und gemeinschaftlichen Lebensweisen zu zerstören droht – trotz der ihnen in den Verfassungen Boliviens und Ecuadors zugesicherten plurinationalen und pluriethnischen Rechte.

Die nicht zuletzt durch die Kämpfe dieser Bewegungen zur Macht gelangten Regierungen halten dagegen die verstärkte Ausbeutung der Naturressourcen für eine unverzichtbare Übergangspolitik bis zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise auf nicht-extraktivistischen Grundlagen, die nur bei Strafe eines Scheiterns des revolutionären Prozesses aufgegeben werden könne. Beide Seiten handeln in ihrer Sicht aus existenziellen Gründen. Zur Durchsetzung ihrer Politik bedienen sich die linksorientierten Regierungen auch administrativer Gewalt, um Gegenkräfte zu unterdrücken, und werfen diesen vor, der

Reaktion in die Hände zu spielen (Mokrani 2011). Im „Manifest der Plurinationalen Koordination der Neuausrichtung – Für die Wiederaneignung des Wandlungsprozesses durch das Volk und für das Volk“ wird der Regierung Morales „eine starke autoritäre Wendung gegenüber der gesamten Gesellschaft“ mit „systematischer Einschüchterung oder gewaltsamer Repression“ angelastet. Sie habe „in ihrer Gänze das subimperiale Muster des brasilianischen Kapitalismus übernommen, um Megaprojekte“ durchzusetzen (ebd.: 23 f.). Präsident Correa setzt gegen solche Vorwürfe: „Ich habe schon immer gesagt, die größte Gefahr für unser Projekt waren und sind nach unserem Sieg über die Rechte an den Wahlurnen die kindische Linke, die infantile Umwelt- und Indigenenbewegung.“ (Correa, 2010). In einem Interview in *Rebellión* vom 2. Februar 2014 sagte Correa: „Wir verausgaben uns in Fragen des Abtreibens, der Homoehe, in moralischen Fragen oder im infantilen Ökologismus. Wollen wir, dass die Leute Hungers sterben, indem wir unsere Ressourcen erhalten oder verstehen wir, dass wir so nicht funktionieren können?“ Boliviens Vizepräsident Linera reagiert auf die Kritik sachlich argumentierend: „Es handelt sich um diesen Widerspruch, Staat der sozialen Bewegungen‘ zu sein und zu entscheiden zwischen Demokratisierung der Macht und dem Monopol des Staates. Offensichtlich müssen wir mit diesem Widerspruch leben. [...] Der Staat als Repräsentant der indigenen Bewegung und der Bauern, der den Gemeinden ihr Recht auf Landbesitz sichert, muss aber auch das kollektive, allgemeine Interesse im Auge haben.“ (Linera 2009) Was aber das allgemeine Interesse ist, kann nur in demokratischen Diskursen herausgefunden werden. Ausgehend von diesen Überlegungen bemüht sich die Regierung um enge Kontakte mit den entsprechenden Gemeinden, auf deren Territorium Öl- und Gasförderung prospektiert wird, allerdings mehr, um ihr Einverständnis für die Exploration einzuholen, als um zwischen Alternativen abzuwägen. Dazu wurden Gespräche mit der Zentrale der indigenen Völker von La Paz (CPILAP – Central de los Pueblos Indígenas de La Paz) geführt und Einvernehmen erzielt. Beschlossen wurde, ökologisch sensible Gebiete nicht anzurühren und dort keine Förderung vorzunehmen. Es wurden weder Konzessionen an die Repsol noch an die Petrobras vergeben.“ (Wahl 2011: 20 f.)

In einem Interview erklärt Correa seine Position und meint, dass die Führung der indigenen Dachorganisation CONAIE (Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador) seit 2009 eine mehr und mehr korporative, wenig flexible Position einnimmt: „Sie nehmen nicht an der demokratischen Debatte teil und wollen nicht akzeptieren, wenn das Volk eine Partei wählt, die das Land im Sinne ihres Programms regieren soll. Sie glauben, dass ihr Mandat legitim ist, nur weil sie Opfer gewesen sind.“ (Correa 2010)

Nach Álvaro García Linera entsteht „die Spannung zwischen Sektoren, die eine korporative Variante des Nutzens von Staatseinnahmen suchen und denen, die für deren allgemeine Nutzung sind“, das heißt zwischen partikulären Interessen und solchen, die als allgemeine Interessen definiert werden (Linera 2011).

Die so sichtbar werdenden Konflikte zwischen Bewegungen und Regierung ergeben sich auf dem Hintergrund tiefer Entwicklungs- und Interessenwidersprüche in starkem Maße aus dem gewachsenen Selbstbewusstsein indigener bäuerlicher Bewegungen und sind nur durch mehr Dialog und Kompromissbereitschaft beiderseits zu lösen. Gesichert wird das bisher Erreichte nur, wenn Klarheit über die Langfristigkeit der Transformationsprozesse besteht, in denen bedeutende Herausforderungen zu bewältigen sind, die aber auch Rückschritte und

Niederlagen mit sich bringen können. Der regierenden Partei kommt nicht nur die Aufgabe zu, gemeinsam mit allen progressiven Kräften die Kräfteverhältnisse zu ändern, sondern – wie Marta Harnecker schreibt: „pädagogische Arbeit zu leisten. Oftmals wird angenommen, dass, wenn über Schwierigkeiten gesprochen, das Volk entmutigt und unlustig wird. Ganz im Gegenteil. Wenn offen über Probleme informiert wird, sie erklärt werden und begründet wird, warum nicht alles Gewünschte schnell erreicht werden kann, hilft dies, die Prozesse besser zu verstehen und bestimmte Forderungen im Moment nicht zu stellen.“ Und mit dem Verweis auf organische Intellektuelle: „Auch sie müssen mit ausreichend Informationen versorgt werden, damit sie befähigt werden, die Veränderungen zu begleiten und Kritiken in seriöser und konstruktiver Form vorzubringen.“ (Harnecker 2013)

Die Regierung Ecuadors hatte aufgrund eines von Alberto Acosta erarbeiteten hochinnovativen umweltpolitischen Vorschlags einen äußerst ungewöhnlichen Vertrag mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik abgeschlossen. Diese Vereinbarung wurde international als bahnbrechend gefeiert. Sie öffnete einen Weg, um mit internationaler Unterstützung die Ausbeutung von Naturressourcen in besonders sensiblen Regionen im Menschheitsinteresse zu verhindern und gleichwohl den betroffenen Ländern größere strukturpolitische und soziale Handlungsräume zu öffnen. In der vertraglichen Vereinbarung wurde vorgesehen, etwa 20 Prozent der gesamten Erdölreserven Ecuadors, die im Nationalpark Yasuní liegen, nicht auszubeuten. Als Gegenleistung für diesen Verzicht zugunsten der Umwelt und des Weltklimas sollten Ecuador während 30 Jahren jährlich 350 Millionen US-Dollar aus einem Treuhandfonds bei den Vereinten Nationen erstattet werden, der vor allem durch die wohlhabenden Länder der Erde aufgebracht werden sollte. Das hätte etwa 50 Prozent der entgangenen Erdöleinnahmen ausgemacht. Der finanzielle Wert der durch die Initiative vermeidbaren CO₂-Emissionen hätte 7.188 Milliarden US-Dollar entsprochen. Als aber 2013 lediglich 13,3 Millionen US-Dollar – nach anderen Angaben 40 Millionen – tatsächlich eingezahlt waren, beschloss das Parlament von Ecuador mit 108 gegen 25 Stimmen, Ölbohrungen im Yasuní-Park unter Auflagen zu erlauben (http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalpark_Yasuní).

Der Nationalpark Yasuní gilt als eines der Gebiete mit der größten Artenvielfalt weltweit. Dort existiert der größte Reichtum an Amphibien-, Säugetier-, Vogel-, Insekten- und Pflanzenarten im ganzen Amazonasgebiet. Der Park beheimatet zwei indigene Bevölkerungsgruppen, deren Lebensraum durch die Ausbeutung der Erdölvorkommen bedroht ist. Widerstand in Ecuador gegen die Regierungs- und Parlamentsentscheidung zur Ölförderung im Yasuní-Park ist deshalb sehr verständlich und verdient Solidarität.

Aber die Protestierenden in Europa sollten sich vorwiegend auf die Überwindung ihrer eigenen Schwäche konzentrieren und ihre Kritik an die eigenen Regierungen adressieren, die eine einmalige umweltpolitische Innovation engstirnig zu Fall gebracht haben. Mehr noch, eine derartige Chance fordert zu einer neuen Welle von Kämpfen für ihre Nutzung in der sprichwörtlichen letzten Minute heraus. Diese Kämpfe haben die Umwelt- und Klimabewegungen und die mit ihnen verbundene plurale Linke vor allem in ihren Nationalstaaten, in der Europäischen Union und auf anderen internationalen Ebenen zu führen. In Lateinamerika gehen die Kämpfe um die Balance von Wirtschaftsentwicklung, Umweltpolitik und Sozialpolitik weiter.

Edgardo Lander verweist zur Begründung seines Protests gegen die Unterdrückung von KritikerInnen durch linke lateinamerikanische Regierungen auf die unheilvolle Entwicklung des sowjetischen Staatsparteisozialismus. Die Unterdrückung von Kritik im Interesse des Machterhalts war der Weg in den Untergang. Diese Erfahrung der internationalen Linken darf nie vergessen werden. Die europäischen Linken haben aber nicht vorschnell von außen zu urteilen. Auch für sie gilt die Mahnung des portugiesischen Philosophen Boaventura de Sousa Santos, der die Aufbrüche in Lateinamerika seit Jahren theoretisch begleitet: „Man muss kritisch sein, aber nicht überkritisch, weil die Rechte uns ständig im Auge hat und über jede Kritik erfreut ist, die wir, die wir letzten Endes auf der Seite der Veränderung stehen, gegen unsere eigene Sache, gegen uns selbst richten.“ (de Sousa Santos 2010: 196)

In diesem Sinne sind die von der Fraktion der Partei der LINKEN im Bundestag 2013 verabschiedeten „Entwicklungspolitischen Richtlinien“ formuliert, in denen es unter anderem mit Bezug auf den „Aufbruch in Lateinamerika“ heißt: „Im Rahmen demokratisch organisierter Verfassungsprozesse werden neue Formen der politischen Teilnahme und soziale Rechte verankert. Einnahmen aus dem Rohstoff-Reichtum wie in Venezuela und Bolivien werden zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen eingesetzt. Der Staat übernimmt wieder die Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige wie Energieversorgung oder Transport.“ Und weiter: „Für DIE LINKE verknüpft sich damit die Hoffnung auf einen konkreten Gegenentwurf zur herrschenden Weltwirtschaftsordnung.“

Ernesto Kroch bestreitet beispielsweise nicht das höchst problematische, die Umwelt belastende Übergewicht der extraktiven Wirtschaftssektoren und die andauernde Abhängigkeit auch Venezuelas, Boliviens und Ecuadors von Rohstoff- und Agrarexporten. Aber er gibt den radikalen KritikerInnen des Extraktivismus zu bedenken, dass die koloniale Deformation der Wirtschaftsstruktur Lateinamerikas nicht in ein oder zwei Legislaturperioden überwindbar ist. Die Konzentration der Produktion auf nur wenige Güter, unterentwickelte Verkehrsnetze, die oft nur vom Landesinneren beziehungsweise von den Förderstätten der Rohstoffe und von monokulturellen Anbaugebieten agrarische Exportgüter zu den Häfen führen, und das Fehlen endogener Infrastrukturen sind historisch verwurzelte Hindernisse, die einer raschen Loslösung vom Extraktivismus entgegenstehen. Zudem dominieren in den Primärsektoren häufig internationale Konzerne, die in ihrem Profitinteresse am Extraktivismus festhalten. Aber die Begrenzung ihrer Macht liegt nicht im freien Ermessen progressiver Regierungen, weil ihre Vertreibung zu einem nicht so schnell ausfüllbaren wirtschaftlichen Vakuum führen würde (Kroch 2008: 11).

Helma Chrenko macht auf Schritte der linksorientierten Regierungen aufmerksam, die zu einer Loslösung vom Extraktivismus beitragen sollen, zum Beispiel auf die Förderung von Genossenschaften und der kommunalen Wirtschaft sowie auf Versuche einer Arbeiterselbstverwaltung in aufgegebenen Betrieben außerhalb der Rohstoffwirtschaft in Ecuador. „Ihre Entwicklung und ihr transformatorisches Potenzial, nicht ihre Begrenztheit oder Unzulänglichkeit sollte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der internationalen Linken stehen.“ (Chrenko 2011: 4)

Die Behauptung, in Venezuela, Bolivien und Ecuador würden die Regierungen nur das alte kapitalistisch-extraktive Wirtschaftssystem reproduzieren, trifft so pauschal nicht zu, obwohl natürlich in der kurzen Zeit seit dem Zustandekommen linker Regierungen der dominant kapitalistische Charakter der Wirtschaft nicht überwunden werden konnte. Doch die

linksregierten Staaten sind dabei, den neoliberalen Entwicklungsweg zu verlassen. Zwar wurden in Venezuela den Kräfteverhältnissen entsprechend die Anlagen und Investitionen ausländischer Erdölkonzerne nicht enteignet. Aber die Förderkonzessionen wurden neu ausgehandelt, die Abgaben für Konzessionen erhöht, die Gewinne stärker besteuert, die Preisgestaltung in staatliche Hand genommen und eine progressive Arbeitsgesetzgebung eingeführt. Telefongesellschaften, Eisen- und Stahlwerke, Zementfabriken, Elektrizitätswerke und die größte Glasfabrik wurden verstaatlicht, überleben allerdings in vielen Fällen nur mit Hilfe von Subventionen aus den Erdölgewinnen.

In Bolivien wurden außerdem die Elektrizitätserzeugung, Telekommunikation und die Zementindustrie nationalisiert. Die Wasserversorgung wurde den ausländischen Unternehmen entzogen. Im Ergebnis dessen verfügt die Regierung Morales über 34 Prozent der industriellen Wertschöpfung. Beim Antritt der Regierung Morales waren es 17 Prozent. Diese Zahlen weisen ebenso auf die noch andauernde Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse wie auf den Beginn ihrer Zurückdrängung hin – aber eben nicht auf die pure Fortsetzung der kapitalistischen oder gar neoliberalen Wirtschaftspolitik. Das gilt ebenso für die gesetzliche Begrenzung des Landeigentums auf 5.000 Hektar, wenn auch der bestehende Grundbesitz aufgrund der Kräfteverhältnisse nicht angetastet wurde. Immerhin wurden aber Barrieren gegen eine weitere Aneignung von Kleinbauern- und Gemeindeland durch Großagrarier und ausländische Investoren geschaffen – auch wenn eine einschneidende Agrarreform kaum vorangekommen ist.

Im Ergebnis solcher und anderer Veränderungen konnten die verfügbaren Staatshaushaltsmittel erheblich erhöht werden und marktradikalen Tendenzen wurde entgegengewirkt. Bereits im ersten Jahr nach der Neuregelung der Erdölwirtschaft Venezuelas erhöhten sich die staatlichen Erdöleinnahmen vor allem dank der gestiegenen Erdölpreise um mehr als 320 Millionen US-Dollar. Fünf Jahre nach ihrem Antritt konnte die Regierung Morales die öffentlichen Investitionen verdoppeln und fast die Hälfte davon in die Infrastruktur lenken – vor allem zugunsten der Integration einzelner Regionen und der Landbevölkerung. In Ecuador stiegen die verfügbaren Staatshaushaltsmittel – nicht allein aus Erdöleinnahmen – von 6 Milliarden US-Dollar im Jahre 2006 auf 21 Milliarden 2011 an. In den ersten vier Jahren der Präsidentschaft Correas waren die öffentlichen Ausgaben in Höhe von 74 Milliarden US-Dollar höher als die gesamten Staatsausgaben der 14 Jahre vor Correas Wahl zum Präsidenten. Dies deutet durchaus auf erhebliche Veränderungen in der Wirtschaftspolitik hin, die überdies nicht getrennt von der Verwendung der erwirtschafteten Ressourcen und von ihrer Verteilung im Rahmen der Sozialpolitik zu bewerten ist. Die schon erwähnte Entwicklung der *misiones*, der Sozialprogramme Venezuelas, zu demokratischen Institutionen in der Selbstverantwortung populärer Kräfte von unten vorbei am etablierten Staatsapparat macht das noch deutlicher. Dass diese Art paralleler Staatlichkeit auch neue Tendenzen der Bürokratisierung, der Vereinnahmung durch die vorhandene Bürokratie, der Korruption und des Klientelismus birgt, hebt ihre Bedeutung für die demokratische Neukonstituierung der Staatlichkeit nicht auf, verweist allerdings auf die Dringlichkeit wachsender Anstrengungen zum Erhalt des Demokratiepoteziels anfänglicher Selbstermächtigungsprozesse.

Venezuela ist laut CEPAL das Land mit den größten Erfolgen bei der Armutsbekämpfung und dem niedrigsten Gini-Koeffizienten in Lateinamerika. Der Anteil der Armen ist in

Venezuela von 23 Prozent auf 10 Prozent gesunken, in Bolivien von 47,2 auf 29,2 Prozent und in Ecuador von 36,5 auf 18,1 Prozent (CEPAL 2010). Die Arbeitslosenquote ist zwischen 1999 und 2010 von 15,5 auf 7 Prozent gesenkt worden, um mehr als die Hälfte also. In Bolivien wurde eine vollständige Alphabetisierung erreicht. In den ersten fünf Jahren der Präsidentschaft von Evo Morales wurden mehr als eine Million Menschen aus extremer Armut befreit, vor allem betraf dies indigene Familien auf dem Lande. In Ecuador stiegen die öffentlichen Sozialausgaben von 4,8 Prozent des Bruttonationalprodukts im Jahr 2006 auf 7,9 Prozent 2010. Die Patientenzahlungen in Krankenhäusern und in staatlichen Gesundheitseinrichtungen wurden abgeschafft. Die Zahl der Untersuchungen nahm von 14,3 auf 34,6 Millionen jährlich zu.

Insgesamt macht der Extraktivismusstreit deutlich, wie widerspruchsvoll sich die Transformationsprozesse in Lateinamerika vollziehen und wie schwierig es ist, zwischen vielfältigen gegensätzlichen Interessen progressive Kompromisse zu finden. Deutlich wird, wie wichtig dabei die Rolle des Staates ist und wie spannungsreich die Beziehungen zwischen Staat und popularen Bewegungen sind, zumal in den Staatsapparaten selbst alte Kräfte und die Vertreter einer demokratischen Erneuerung des Staates im Widerstreit miteinander liegen.

6 Die Rolle des Staates in lateinamerikanischen Transformationsprozessen

Die Debatte in Lateinamerika um die Rolle des Staates – oder, wie Isabel Rauber fragt: „Machtergreifung, Aufbau der Macht oder Wahlen gewinnen?“ (Rauber 2010: 171) – kann durchaus als Fortsetzung einer anhaltenden, alten Auseinandersetzung unter Linken verstanden werden. Rauber stellt fest, dass „die Transformation der Gesellschaft nicht möglich sein wird, wenn das Neue nicht im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft durch den Widerstand, durch die Kämpfe und das tägliche Erleben in verschiedenen Zusammenhängen des sozialen Lebens, der Familie und des Individuums [...] geschaffen wird.“ (Rauber 2010: 171) Nach ihrer Auffassung besteht ein dialektischer Zusammenhang zwischen der bestehenden Macht, der ausgeübten Macht und der neuen Macht selbst. Sie meint, dass die bloße Machtergreifung und die „Ausrufung des Sozialismus“ keinen radikalen Bruch mit dem Kapital darstellen. Daraus folgt, dass die „Machtergreifung“ nicht die Hauptfrage ist, sondern die Fähigkeit, „eine andere, sich vom Kapital unterscheidende revolutionäre Macht aufzubauen“ (Rauber 2010: 173).

Der Ausgangspunkt der Übergangsprozesse in den Ländern mit Mitte-links-Regierungen ist der übernommene Staat. Aufgabe ist es, den „ererbten“ Staat zu transformieren und einen neuen Staat, einen Staat „von unten“ zu schaffen. Deshalb ist die Feststellung, dass die „kolonial-kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen staatlichen Strukturen sich als erstaunlich erfolgreich [...] erweisen“, außerordentlich wichtig: „Denn die Regierungsübernahme bedeutet eben noch keine Staatstransformation – und die Wirkungsmacht der Institutionen kann Transformationsziele leicht absorbieren“ (Brand 2011). Daraus folgt, dass die Transformation des Staates und seiner Institutionen einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Sie erfordert auch im Sinne Isabel Raubers die Entwicklung der Akteure und Kräfte, die diesen Prozess führen und gegen die Kräfte des Alten durchsetzen.

In Lateinamerika wird das Alte durch die koloniale und abhängige Entwicklung charakterisiert, die den bürgerlichen Staat prägte. Die periphere Lage diktierte die Stellung des Staates in Lateinamerika in der internationalen Arbeitsteilung und schuf eine von außen aufgezwungene Produktionsweise, die vor allem durch Rohstoffexport und Unterentwicklung charakterisiert wird. Nachhaltig wirkten sich diese Umstände auf den Charakter der schon Anfang des 19. Jahrhunderts entstandenen unabhängigen Staaten aus. Auf diesen Umstand verweist Dieter Boris, wenn er feststellt, dass die „unterschiedlichen Produktionsweisen und Ethnien [...] im Vergleich zu den meisten Gesellschaften des Zentrums sich auf die Eigenheiten des Staates niedergeschlagen“ haben (Boris 2013b: 6). Die Herausbildung bestimmter Herrschaftsmechanismen führte historisch in einer differenzierten Klassengesellschaft, die zum großen Teil durch diktatorische Herrschaftsformen geprägt wurde, zu erheblichen Brüchen. In nicht unerheblichem Maße beeinflussten diese Faktoren die Entwicklung des Staatswesens in Lateinamerika.

Lateinamerika wurde zudem in den 1990er Jahren zum Experimentierfeld neoliberaler Politik, in deren Folge die staatlichen Institutionen in einen „Minimalstaat“ verwandelt wurden. Mehr und mehr wurde der Staat dem internationalen Finanzkapital untergeordnet und zur Deregulierung des Marktes eingesetzt. Die neoliberale Ideologie räumte dem Staat nur marginale Bedeutung ein, da er die freie Zirkulation des Kapitals behindere. An seine Stelle wurde der regulierende Markt gesetzt.

Nicht nur dass die historischen Bedingungen von Land zu Land unterschiedlich sind, auch die Einschätzungen der Rolle und des Charakters des Staates sind unterschiedlich.

Dieter Boris unternimmt es, drei Hauptpositionen darzustellen:

- 1) eine „anti-etatistische Position“, die – grob gesagt – den bürgerlichen Staat als „Sitz der Macht“ negiert und ihn – wie Holloway – als „Staatsillusion“ ansieht;
- 2) eine neo-desarrollistische Position, die eine staatliche Regulierung mit sozialen Maßnahmen ohne antikapitalistische Perspektive vorsieht;
- 3) eine Position der „Neugründung“ und „Transformation“, die dem Staat eine wichtige Rolle bei der grundlegenden Veränderung der Gesellschaft zuschreibt. (Boris 2013b: 8)

Im Folgenden wird auf den zweiten und dritten Aspekt Bezug genommen.

Eingebettet in die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in der Welt und in Lateinamerika ist eine Neuauflage der Theorie des Desarrollismus und damit des desarrollistischen Staates (Entwicklungsstaats) zu beobachten. Das betrifft vor allem die Länder, in denen in den letzten Jahrzehnten Mitte-links-Regierungen entstanden sind. Sie gehen davon aus, dass dem Staat bei der Sicherung der Souveränität und der Unabhängigkeit jedes Landes eine zentrale Rolle zukommt. Keine der Mitte-links-Regierungen hat im Ergebnis der demokratischen Wahl die „Macht“ errungen beziehungsweise einen neuen Staat geschaffen. Wohl aber wurde die neoliberale Abwertung des Staates beendet, wurde der Kampf darum begonnen, den Einfluss der alten Machteliten in den Staatsapparaten zurückzudrängen und staatliche Macht von unten zu schaffen.

Bietet dies Anlass zu der kritisch gemeinten Forderung, dass die „soziale Transformation nicht einfach an den Staat delegiert werden“ kann? (Lang 2012: 13) Wird in dieser Vereinfachung nicht übersehen, dass nach dem Minimalstaat des Neoliberalismus eine Wiederaufwertung des Staates notwendig wurde und der Pragmatismus der neuen Regierungen zwingend realistisch war? Der Neo-Desarrollismus unterscheidet sich dadurch,

dass er sich in seinem Staatsverständnis sowohl von dem des traditionellen Desarrollismus als auch von dem des Neoliberalismus abgrenzt. In der Auseinandersetzung mit den Folgen neoliberaler Politik war die „Wiederkehr des Staates, seiner Rolle in der öffentlichen Politik, der Industrialisierung ein großer Beitrag Lateinamerikas“ (Ferrer 2010).

Wie bekannt, wird an dieser Aufwertung des Staates Kritik laut: „Um Verteilungspolitik zu betreiben, wird (sie) oft genug assistenzialistisch in Form von Zuwendungen durch den Staat“ realisiert, und da „mit dem Extraktivismus ein spezielles Modell von Staatlichkeit einhergeht, wird Demokratisierungs- und Emanzipationsbestrebungen zuwider gehandelt“. Diese Argumentation setzt sich auch im Folgenden in Bezug auf Bolivien und Ecuador fort: „Trotz aller gesellschaftlichen Dynamiken bleibt bislang offenbar eine Restriktion, kapitalistische und extraktivistische Wirtschaftsweisen (oft genug in Form staatlicher Betriebe) kaum in die Schranken weisen zu können und damit solidarische und genossenschaftliche Ansätze wirklich zu stärken.“ (Brand 2011) Ähnliche Argumentationen finden sich bei Gudynas und Zelik.

Trotz der sicher berechtigten Kritik an Defiziten staatlichen Handelns in den hier betrachteten Ländern ist zugleich zu fragen, ob diese linke Kritik ausreichend die Ausgangslage der Mitte-links-Regierungen berücksichtigt und nicht weit stärker die Widersprüchlichkeit dieses Entwicklungsmodells aufgearbeitet werden sollte. Denn unter anderem wurde nicht zuletzt durch staatliches Handeln eine bedeutende Absenkung der Armut 2012 auf 28,8 Prozent der Gesamtbevölkerung in diesen Ländern erreicht und eine Erhöhung der Arbeitseinkommen geschafft. Die Armutsraten sind die niedrigsten, die in den letzten drei Dekaden festgestellt wurden (CEPAL 2012).

Daraus lässt sich schlussfolgern, dass der neo-desarrollistische Staat „die Möglichkeit eröffnete, die öffentliche Sphäre aufzuwerten, Sozialpolitik (die durchaus ‚assistenzialistisch‘ ist und ihre Grenzen hat) zu realisieren, die Stärkung gewerkschaftlicher Rechte zu ermöglichen, Bildungsmöglichkeiten zu erweitern und zum anderen die Handlungsbedingungen der Linken deutlich zu verbessern.“ (Boris 2013b: 19) Nicht übersehen werden kann, dass bei allen Einschränkungen (koloniales Erbe im Staats- und Rechtswesen) ein Mehr an Demokratie errungen wurde.

Unklar bleibt in antistaatlichen Positionen von links, wie Bürger- und soziale Rechte garantiert werden sollen, wie ohne Staat die Kapitalzirkulation zu kontrollieren ist und wie Privatisierungen verhindert werden können. Geschehen kann das nur via Neugründung des Staates, wie dies einige Mitte-links-Regierungen begonnen haben. „Der Staat ist die politische Repräsentanz der Gesellschaft, durch den alle Menschen zu Bürgern (Citoyens) gemacht werden [...]. Das Agieren des Staates ist immer politisch und drückt die Machtbeziehungen zwischen den Klassen aus. Sein Charakter und seine Tätigkeit lassen erkennen, mit welchem Typ Gesellschaft wir es zu tun haben“ (Sader 2012). Nach David Harvey haben politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen „dem linken Denken einen klaren Anstoß gegeben. Die Volksbewegung in Lateinamerika und die Entstehung progressiver Regierungen sind Hoffnungssignale für eine Wiederbelebung einer neuen Form eines anderen linken Etatismus.“ (Harvey 2013)

In einer Veröffentlichung des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito werden im Text „Den Staat erneuern oder Emanzipation erringen?“ („Recuperar el estado o buscar la

emancipación?") drei mögliche Wege genannt, die gegenwärtige Entwicklungen in Lateinamerika einschlagen können:

- Die wahrscheinlichste Variante wäre angesichts der Geschichte linker Regierungen eine „Sozialdemokratisierung“ des Wandlungsprozesses.
- Das Ergebnis könnte aber auch ein „Staatssozialismus“ sein, der „Gefahr läuft zu scheitern“, wie das in Osteuropa der Fall war.
- Oder möglich wäre – wie Rosa Luxemburg dachte – auch „ein großes Laboratorium von Alternativen, das die Volksmassen beständig in ihrer Diversität einschließt.“ (Lang 2010: 12–15)

Im zitierten Artikel wird konstatiert, dass es über die zweite Variante wenig Diskussionen gebe und die Gefahr des Staatssozialismus unterbelichtet bleibe. Die Welle von Wahlerfolgen progressiver Kräfte in Lateinamerika habe die Konzentration der Linken auf den Staat als Akteur der Veränderung bewirkt und zugleich die Frage des Verhältnisses von sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Regierungen aufgeworfen. Es müssten grundsätzliche Fragen wie die nach der Macht, nach dem Staat oder den politischen Parteien und sozialen Bewegungen gestellt werden.

In der Tat müssen die Gefahren, die in Tendenzen zu autoritärer Herrschaft, Diskreditierung und Unterdrückung von KritikerInnen aus populären Bewegungen und unzureichender Transparenz der Regierungspolitik liegen, kritisch benannt und mit großen Anstrengungen zur Demokratisierung von unten und der Demokratisierung des Staates selbst beantwortet werden. Sie könnten sonst zu Entwicklungen führen, die in der Sowjetunion und in Osteuropa in den Untergang des Staatssozialismus führten. Gleichwohl sind problematische Tendenzen in den progressiv regierten Ländern Lateinamerikas nicht ohne Einschränkung wie die früheren staatssozialistischen Herrschaftsverhältnisse zu bewerten. Wenn wie in Venezuela zivilgesellschaftliche demokratische Organisationen nur schwach entwickelt und stabile demokratische Institutionen nicht herausgebildet sind, wenn linke Politik anfänglich mit einem sehr niedrigen Volksbildungsniveau umzugehen hatte, lag es nahe, dass charismatische Persönlichkeiten diese Defizite zu kompensieren versuchten und versuchen. Doch die Kehrseite dessen sind Tendenzen zur Erosion des Demokratisierungsprozesses, die, wie de Sousa Santos schreibt, gefährlich zum Ausbruch kommen, „wenn ein charismatischer Lider von der Szene abtritt (wie es tragischerweise mit Hugo Chávez geschah) und das politische Vakuum auf Grund des Fehlens institutionelle Vermittlungen unkontrollierte Ausmaße annimmt.“ (de Sousa Santos 2014) Die Gewaltausbrüche in Venezuela zeigen, wie konfliktreich dieser Prozess verläuft. Umso wichtiger ist der Kampf um die von Miriam Lang genannte dritte Variante staatlicher Entwicklung in Lateinamerika.

Länder wie Bolivien, Ecuador und Venezuela sind neue Wege gegangen, die sich von denen europäischer Verhältnisse wesentlich unterscheiden. David Harvey und andere sehen die Herausforderung für linke Staatlichkeit im weiteren Ausgestalten der Macht im Interesse der Menschen. Linke Regierungen in Lateinamerika repräsentieren noch keineswegs „die Macht“, diese liegt ökonomisch noch in den Händen der internen Bourgeoisie und des internationalen Kapitals. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen, um das Kräfteverhältnis im Sinne Gramscis weiter zugunsten der Volksmassen zu verändern und den übernommenen Staat umzugestalten.

Nicos Poulantzas verweist deshalb darauf, dass „der Staat nicht bloß ein Verhältnis [ist], sondern die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses“ darstellt (Poulantzas 2002: 185). Für Mitte-links-Regierungen „ist der Staat der Rahmen, in dem sie ihre Autonomie aufrechterhalten müssen, aber gleichzeitig nicht auf die Macht verzichten“, um Einfluss zu nehmen (Poulantzas 2002: 185). Direkte Unterstützung fand diese Auffassung durch Sader. Nach Sader müssen die sozialen Bewegungen direkt am Staat beteiligt, die partizipative Demokratie ausgeweitet werden, wobei die progressiven Regierungen dafür Sorge zu tragen haben. (Wahl 2011: 58)

Es verwundert, dass in der oben genannten Publikation eine Gegenüberstellung von entweder „Erneuerung des Staates“ oder „Emanzipation“ vorgenommen wird. Im Sinne Gramscis und Poulantzas' geht es um die Durchsetzung anderer Hegemonien im Staat. Dieser ist im gewissen Sinne der „Rahmen“, in dem emanzipatorische Kräfte ihren Kampf austragen und andere Kräfteverhältnisse anstreben. Das schließt ein, dass der Staat verändert und „von unten“ gestaltet werden muss.

Harvey meint deshalb: „Es gibt keine Möglichkeit, dass eine antikapitalistische Ordnung entsteht, ohne die Macht im Staat zu ergreifen, ihn radikal zu transformieren und konstitutionell umzugestalten, da er gegenwärtig das Privateigentum, das Marktsystem und die unbegrenzte Akkumulation des Kapitals stützt.“ (Harvey 2013) Die Linke in ihrer Gesamtheit muss der Veränderung des Staates und der Emanzipation der Massen schon deshalb große Aufmerksamkeit schenken, weil geoökonomische und geopolitische Aspekte, das heißt auch zwischenstaatliche Beziehungen eine Rolle spielen und alternative Entwicklungen möglich machen.

Bisherige Entwicklungen in Lateinamerika zeigen, dass wesentliche Veränderungen nur möglich sind, wenn sich politische und soziale Kräfte und starke Volksbewegungen im Rahmen ihrer Vertretungen aktiv einschalten und neue Formen direkter Demokratie und Selbstverwaltungen entwickeln. Es sind und waren die unterschiedlichsten Akteure, die diese Veränderungen möglich machten, die sich aber fortwährend neu konstituieren müssen. Die Entfaltung der demokratischen, partizipativen Prozesse „von unten“, unterstützt durch den Staat, kann den Prozess der Vervollkommnung des kollektiven Subjekts/Akteurs vertiefen. Maßnahmen wie Alphabetisierungskampagnen, Entstehung und Ausweitung von kommunalen Räten, Verbesserung der sozialen Lage und Beibehaltung der Autonomie der Bewegungen werden den Prozess der Transformation des Staates, das heißt der Institutionalität, vertiefen. Partizipation und Volkskontrolle sind Mittel der Selbstermächtigung, um die übernommenen staatlichen Strukturen nach und nach zu verändern. All das ist nicht frei von Widersprüchen und neuen Konflikten. Partielle und korporative Interessen können den Erfordernissen der Allgemeinheit entgegenstehen. „Alte Identitäten und korporative Gewohnheiten begleiten nicht nur die alten, sondern auch die neuen Akteure, was zum Hemmschuh für die Transformationsprozesse werden kann.“ (Rauber 2010: 199)

6.1 Venezuela

Marta Harnecker, die sich in ihrem Text „Reconstruyendo la izquierda“ („Wiederaufbau der Linken“) am Beispiel Venezuelas mit der Staatsfrage beschäftigt, meint, dass die „linken

Kräfte für die Eroberung der Staatsmacht kämpfen müssen, um den Staatsapparat mit einer revolutionären Perspektive orientieren zu können.“ (Harnecker 2008: 102) Das könnte für manchen bedeuten, dass die Demokratie „von oben“ eingeführt werden soll. Von oben, so meint sie, ist es möglich anzuregen, wie die Demokratie „von unten“ aufgebaut werden kann. Demokratie kann nicht dekretiert werden: „Es müssen immer neue Räume eröffnet werden für die direkte Teilnahme des Volkes, weil nur so in der Praxis die erforderliche kulturelle Transformation möglich wird.“ (Harnecker 2008) Ausgehend von den Erfahrungen der *misiones* und der *consejos* stellt Harnecker fest, dass das venezolanische Volk in den Wahlauseinandersetzungen gelernt hat, den Staat auf neuer Basis – „von unten“ – aufzubauen. Ausgangspunkt sind die *consejos*, die für den Aufbau eines neuen Staates eine Schlüsselrolle spielen. Widerstand gegen diese Entwicklung kommt aus den alten Ministerien. Deshalb ist es erforderlich, den *consejos* und *misiones* den erforderlichen Platz einzuräumen und sie mit entsprechenden Vollmachten auszustatten. Diese Räte können eine Form des dezentralisierten Staates bilden und somit ein Mittel der Machtausübung sein, mit dem eine neue Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Marta Harnecker macht aber auch kritisch auf Tendenzen aufmerksam, die sie als „paternalistisch“ von Seiten der Staatsfunktionäre benennt, die „ihre Ideen aufdrängen, die Menschen ihrer Initiative berauben und oftmals die Tätigkeit der *consejos* nicht kennen. Für sie beginnt die Geschichte in dem Moment, in dem sie in Erscheinung treten.“ (Harnecker 2010) In einer Studie der CLACSO (Juli 2010) wird festgestellt, dass von den chavistischen Kräften die Aufgaben der Staates in seiner klassischen Form gesehen werden, das heißt Sicherung der strategischen Rohstoffreserven, Umverteilung der Gewinne aus der Erdölproduktion, Durchführung einer Agrarreform und interne Entwicklung. Das soll verbunden werden mit der Schaffung einer lateinamerikanischen Gesamtstaatlichkeit. Die Studie schlussfolgert, dass diese Politik „auf Konzeptionen und Tendenzen trifft, die eine Zentralisierung des Staates und einen pyramidalen Aufbau der Staatsmacht anstreben.“ Die Einschätzung der CLACSO-Studie zeigt, dass die Auseinandersetzung um die Rolle des Staates in Venezuela noch nicht abgeschlossen ist.

Es ist sicher ein Phänomen des „bolivarischen Prozesses“, wenn die Frage nach der Entwicklung und Rolle sozialer Bewegungen und danach gestellt wird, wie sich ihre Beziehungen zu Parteien und der Regierung gestaltet haben. Die Entwicklung in Venezuela war nicht Resultat einer Massenbewegung, obwohl die Bevölkerung mit der neoliberalen Politik und der Krise, die das Land durchlebte, unzufrieden war. Erst mit der Durchführung der Sozialprogramme, die vor allem den armen Schichten zugutekamen, verstärkten diese ihre politischen Aktivitäten und wurden zu aktiven Unterstützern des „bolivarischen Prozesses“. Auch in Venezuela war zu beobachten, dass die sozialen Bewegungen im Staat immer einen Feind sahen, nun aber vor der Herausforderung standen, die Macht selbst auszuüben. Erst die Initiativen Hugo Chávez’ erreichten eine Mobilisierung der sozialen Bewegungen „von oben“. Das heißt aber auch, dass sie in starkem Maße von seiner Person abhingen und daher auch Gegenteilstendenzen von „Bevormundung“ hervorbringen.

6.2 Bolivien

Der bolivianische Prozess hat politisch und ideologisch andere, spezifische Vorstellungen eines Modells der Staatsmacht, basierend auf Multikulturalität und Multinationalität, hervorgebracht. Der multinationale Staat ist danach Ausdruck für die Transformation in einen modernen Staat: neue Form des Zusammenlebens der Menschen, bewusster Umgang mit der Umwelt, neue Form der Ausübung der Macht. Álvaro García Linera geht von den Widersprüchen aus, die der neue Staat zu bewältigen hat. Nach ihm ist es ein Widerspruch, der ausgelebt werden muss, wenn vom bolivianischen Staat als Regierung der sozialen Bewegung gesprochen wird. Staat heißt Machtmonopol. Soziale Bewegung heißt demokratische Vielfalt und Partizipation. Wenn der Staat priorisiert wird, bedeutet das, dass sich eine neue Elite herausbilden kann. Werden die sozialen Bewegungen priorisiert, kann das zum Nachteil notwendiger Funktionen des Staates geraten. „Die Lösung besteht im permanenten Nebeneinander und in der Beachtung dieses Widerspruchs.“ (Linera 2010) Insofern befindet sich der Staat in einem Übergangsstadium: „Seit acht Jahren ist Bolivien in diesem Stadium der beschleunigten und antagonistischen Transformation ein lebendes Laboratorium von einer Staatsform in die andere.“ (Ebd.)

In der Auseinandersetzung mit dem rechten Block, der nicht bereit war, sich der Entwicklung eines nationalen Projektes anzuschließen, entstand die Möglichkeit der Selbstermächtigung der sozialen Bewegungen. Im entscheidenden Moment der Auseinandersetzung konsolidierte sich der nationale Volksblock und wurde zur hegemonialen Kraft. Für Linera ist wichtig, dass der Staat in der Lage war, entscheidende Vorteile durch die teilweise Ausübung wirtschaftlicher Macht zu erringen. Er beschnitt durch die Nationalisierung der Erdölindustrie die Macht der Bourgeoisie. Mit der Kontrolle von unten (Gewerkschaft, Kooperative, kommunitäre Gruppen) soll verhindert werden, dass sich neue (Macht-)„Eliten“ herausbilden. Der Staat im Übergang ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch „ein kollektiver Unternehmer“. Seit 2005 hat sich der Anteil des Staates am BIP von 15 auf 31 Prozent 2009 erhöht. (Ebd.)

Linera benennt deutlich die entstehende Konfliktlinie, wenn er einschätzt: „Offensichtlich müssen wir mit diesem Widerspruch leben. Wir brauchen das Gas und das Erdöl aus dem Nordamazonas, weil wir die ökonomischen Strukturen verändern müssen. Der Staat als Repräsentant der indigenen Bewegung und der Bauern, der den Gemeinden ihr Recht auf Landbesitz sichert, muss aber auch das kollektive, allgemeine Interesse im Auge haben.“ (Linera 2009)

Der bolivianische Staat ist plurinational, kommunitär und autonom. Nach Prada ist der Plurinationalismus, die Wiedergeburt der kommunitären traditionellen Gemeinschaften und ihrer Modernisierung die Grundlage für die Sicherung der Territorialität mit ihren ökologischen Nischen. (Prada 2010) Die demokratische Legitimation der politischen Institutionen ermöglicht die Durchführung ökonomischer und politischer Reformen, die die Grundlagen für ein neues ökonomisches und ökologisches Entwicklungsmodell schaffen. Prada stellt sich dieses Modell als polyzentrisches System nachhaltiger Produktionsformen vor, in dem die bestimmende Rolle des Staates gewährleistet ist (z. B. Nationalisierung der Naturreichtümer).

6.3 Ecuador

Eine besondere Rolle wird in Ecuador dem Staat zugeschrieben. Er hat das Recht zu regulieren, zu kontrollieren und strategische Wirtschaftssektoren zu lenken. Das sind Energiewirtschaft, Telekommunikation, Naturressourcen, Transportwesen, Verarbeitung des Erdöls/Erdgases, Biodiversität, genetische Ressourcen, Wasser und anderes, was noch durch Gesetze zu bestimmen ist. Nach den öffentlich propagierten Leitvorstellungen der Regierung bedeutet dies:

Aufgebaut werden muss ein Staat, der die Interessen der gesamten Gesellschaft vertritt und nicht nur die einiger weniger Sektoren. Seine Hauptaufgabe ist es, den Transformationsprozess zu sichern. Der bourgeoise Staat muss dafür in einen revolutionären Staat verwandelt werden.

Grundlage des Staatsaufbaus sind Basisorganisationen, die sich aus BürgerInnen unterschiedlichster Orientierungen und Interessen zusammensetzen, die aber die „Bürgerrevolution“ unterstützen und „Komitees der Bürgerrevolution“ in Fabriken, der Landwirtschaft, an Universitäten oder territorial bilden. „Wir nehmen Abstand von der alten Tradition politischer Parteien und nehmen Kurs auf die Schaffung von sozialen Netzwerken, um vor allem die Jugend, Umweltgruppen, studentische Gruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen zu erreichen. Vermieden wird eine strikt vertikale Organisation.“ (Patiño 2011)

Das Transformationsprojekt wird ausschließlich von „uns selbst geschaffen“ und berücksichtigt die unterschiedlichen Ursprünge, Ideen und Vorstellungen der Beteiligten. (Ebd.)

Boaventura de Sousa Santos fürchtet jedoch, dass wichtige Seiten der tatsächlichen Regierungspolitik die Realisierung dieser Prinzipien unterlaufen: die Intensivierung des Extraktivismus, die Missachtung partizipativer Demokratie („Der beste Bürger ist der, der dem Staat vertraut, weil der besser weiß, worin seine wirklichen Interessen liegen“), die Behandlung der Indigenen als manipulierte Gegner notwendigen Wirtschaftswachstums und die Betrachtung von Plurinationalität und Bewahrung der Natur eher als ferne Zukunft denn als Maßstäbe gegenwärtiger politischer Orientierung.

Die in Venezuela, Bolivien und Ecuador vollzogenen Verfassungsprozesse sind dagegen ein wichtiger Ausgangspunkt für die Transformation des Staates und seiner Institutionen. Sie knüpfen an die Erfahrungen der indigenen Gemeinschaften und ihre kommunitären Wurzeln an: Die Gemeinschaft erzeugt ihre Produkte gemeinsam, sie kontrolliert ihre Verteilung. Für die Mitglieder der Gemeinschaft ist es erforderlich, den gegenwärtigen Staat nach und nach infrage zu stellen. Eine neue Gesellschaft wird nur zustande kommen, wenn sie eine Kontrolle über den Reichtum und die Staatsmacht realisiert, ein anderes Denken und andere Kultur entwickelt und die Geschlechterfrage lösen kann. Erste Aufgabe ist es, den Staat und die Gesellschaft zu dekolonialisieren und den multinationalen Staat zu konstituieren, wie dies in Bolivien geschieht und auch in Ecuador in der Verfassung verankert ist. Venezuela, Bolivien und Ecuador können als Beispiele für eine Neugründung des Staates angesehen werden, in denen der „Staat von unten“ über Selbstverwaltungsprozesse neu geschaffen wird. Dieser Prozess ist in der Auseinandersetzung mit den noch in den Staatsapparaten vertretenen alten Machteliten und auch mit autoritären Tendenzen in den neuen Eliten im Gange. Die Stärke

der Kräfte, die dem entgegenwirken, veranlasst allerdings nicht wenige Linke zu der Einschätzung, dass eine staatliche Erneuerung von unten ein deklariertes Ziel, aber nicht oder nur unvollkommen Realität sei.

Trotz aller Befürchtungen, dass sich auch in progressiv regierten Staaten ein etatistisches demokratiefernes Staatsmodell durchsetze, muss der Staat in der gegenwärtigen Phase wichtige wirtschaftliche Funktionen übernehmen, die „einerseits die Kontrolle des Staates über die Gewinne aus der Vermarktung des Gases und Erdöls erfordern und andererseits sichern, dass diese Mittel für die Förderung der Gemeinschaften, der Völker, kleiner und mittlerer Unternehmen und der öffentlichen Dienstleistungen eingesetzt werden.“ (Quijano 2006) Die Herausforderung besteht darin, den Staat auf den ihm zukommenden Platz im Demokratisierungsprozess zu verweisen.

Die Erfahrungen der Länder des lateinamerikanischen Subkontinents vermitteln auch zu Übergangsprozessen, die die staatliche Sphäre betreffen, reichhaltige Anregungen für die Transformationsforschung. In einer ersten Phase der Umgestaltung ihrer Gesellschaften ist es unabdingbar, dass der Staat in der Wechselwirkung mit dem Erstarken emanzipatorischer Bewegungen zentrale Bedeutung gewinnt. Im Rahmen des Nachdenkens über ein „Szenario sozial und ökologisch regulierter postneoliberaler Kapitalismus“ wird dafür plädiert, „demokratische, soziale und ökologische Tendenzen eines postneoliberalen Kapitalismus gegen dessen Herrschaftsstrukturen derart zu stärken, dass diese Entwicklungsvariante einen Übergangscharakter annimmt.“ (Klein 2013: 48) Auf die Transformation des Staates bezogen zeichnet sich in einigen lateinamerikanischen Staaten ab, dass dieser Prozess einen Übergangscharakter hat und durchaus in der Lage ist, gegebene Herrschaftsstrukturen zu verändern. „Der Staat verschwindet als Institution über der Gesellschaft. Er verwandelt sich in ein (Dienstleistungs-)Instrument der Gesellschaft und wird durch sie kontrolliert. Es ist aber im Moment der starke Staat, der alle internationalen Bedingungen schafft, um sowohl die nationale Souveränität und den Fortgang der kontinentalen Integration zu garantieren als auch intern den Wandel der übernommenen Institutionen einzuleiten (das heißt eine neue Verfassung, neue Gesetze, maximale Entwicklung der lokalen Macht etc.)“. (Harnecker 2013)

Die Auseinandersetzung um die Rolle des Staates ist nicht abgeschlossen. Sie vollzieht sich zwischen den übernommenen, traditionellen Kräften und den neuen Akteuren, die einen anderen, einen Staat „von unten“ aufbauen wollen. Ausgeschlossen bleibt in dieser Auseinandersetzung nicht, dass die neuen Kräfte anfällig für Missbrauch sind.

7 Brasilien – Wege einer komplizierten und offenen Transformation

Mit den bisher vorwiegend behandelten Ländern Venezuela, Bolivien und Ecuador hat das mächtigste Land Lateinamerikas, Brasilien, manche progressive Entwicklung gemein, andere Seiten jedoch nicht.

Mit dem Wahlsieg Inácio Lula da Silvas im Oktober 2002 übernahm ein Vertreter der linken Partei, Partido dos Trabalhadores (PT), das Präsidentenamt, und nach ihm wurde Dilma Rousseff, ebenfalls PT, als erste Frau ins Amt des Präsidenten, nun der Präsidentin, gewählt. Nach mehr als zehn Jahren PT-Regierung stellt sich die Frage nach den Wegen, Konflikten und Erfahrungen eines komplizierten Transformationsprozesses.

In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts vollzog sich unter der Dominanz des Neoliberalismus eine Umorganisation des brasilianischen Kapitalismus, gekennzeichnet durch die Privatisierung und Umverteilung des brasilianischen Staatseigentums. 30 Prozent des Staatseigentums gingen in private Hände. Begleitet wurde dieser Prozess von bedeutenden Fusionen im Banken- und Agrarbereich. Im Ergebnis entstanden ein Finanzkapitalismus und neue Fraktionen der Großbourgeoisie. Die Funktionen des Staates wurden minimiert und das Land weitgehend dem Auslandskapital geöffnet, das sich die Filetstücke (Telekommunikation, Energie, Bergbau, Finanzsektor) aneignete: „Auslandskapital, Privatisierungen und Fusionen schufen eine neue Bourgeoisie und destabilisierten die politischen Kräfte.“ (de Oliveira 2009) Deregulierung und Freiheit des Marktes bewirkten, dass die brasilianische Gesellschaft eine Kontinuität der wirtschaftlichen Ordnung als faktische Kolonie und abhängige Nation aufwies, das Land in seiner Abhängigkeit vom Außenmarkt verharrte und – wie historisch entstanden – „für den Weltmarkt produzierte“ (Prada). Es vollzog sich eine Verschmelzung der bisher dominierenden Form der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft, den Latifundien, mit dem Industrie- und Bankkapital zum sogenannten Agrobusiness. Dessen charakteristisches Merkmal ist die territoriale Expansion und die Produktion von nachwachsenden Pflanzen für die Energie- und Treibstoffherzeugung und die Ausdehnung des Anbaus von Mais, Zuckerrohr, Soja und anderen Produkten für den Export, wodurch die brasilianische Landwirtschaft fast vollständig auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse reorganisiert wurde. Diese Umstrukturierung der Wirtschaft verschaffte Brasilien auf dem Weltmarkt eine herausragende Position auf dem Sektor der Bioenergie und der Alkoholproduktion. Monokultur und Export sind Quellen neuen Reichtums und neuer Abhängigkeiten.

Verschiedene Analysen verweisen auf die Tatsache, dass sich eine interne Großbourgeoisie herausbildete, die ihre eigene Basis der Kapitalakkumulation besitzt und sich im Konkurrenzverhältnis mit Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Alliierten befindet. (Boito 2012) In verschiedenen Publikationen wird zunehmend der Begriff „interne Bourgeoisie“ benutzt, der nicht mit dem herkömmlichen Begriff der „nationalen Bourgeoisie“ verwechselt werden sollte. Als „nationale Bourgeoisie“ wurden Teile der herrschenden Klasse vor allem in den Ländern der Peripherie bezeichnet, die nach Auffassungen der Komintern an einer bürgerlich-demokratischen Revolution in diesen Ländern gemeinsam mit werktätigen Schichten gegen feudale Strukturen und dem Auslandskapital kooperierende Sektoren vorgehen könnten. Letztlich erwies sich diese Annahme als Irrtum.

Diese Widersprüche charakterisieren die Risse im bourgeois Herrschaftsblock und die Interessengegensätze zwischen dem Bankkapital, das besonders stark mit dem internationalen Finanzkapital verbunden ist, dem Industriekapital und dem Agrobusiness. Die interne Bourgeoisie verfügt über eigene große international konkurrenzfähige Unternehmen. Der Anteil der internen Bourgeoisie am Wirtschaftsvolumen Brasiliens wird auf 1,33 Billionen US-Dollar beziffert und erhöhte sich von 41 Prozent im Jahre 2008 auf 44 Prozent 2009. Bezeichnend für die Position der internen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Industrieföderationen und Handelskammern sind direkte Interessenvertreter verschiedener Kapitalfraktionen.

Parallel zur Stärkung der internen Bourgeoisie bildete sich, besonders auch infolge der von der Linksregierung realisierten Sozialprogramme, eine Mittelklasse heraus, die in sich stark differenziert ist. Begünstigt wird ihre Entwicklung durch die Erhöhung von Reallöhnen, der Ausweitung von Kreditangeboten und auch durch finanzielle Transferleistungen des Staates (Bolsa Família, Minha Casa u. a.). Verringert wurde der Anteil der informell Tätigen und der armen und extrem armen Bevölkerung. Verändert wurde die Verteilung des Reichtums, ohne dass der gravierende Unterschied zwischen Arm und Reich aufgehoben wurde.

Transformationen struktureller Art unterstreichen zusätzlich die Veränderungen, die in der brasilianischen Gesellschaft vor sich gingen. Beginnend in den 1960er Jahren vollzog sich eine umfassende Urbanisierung der Gesellschaft: 1960 lebten 45 Prozent der Bevölkerung in Städten, im Jahr 2000 waren es 81 Prozent. Begleitet wurde dieser Prozess von der Zunahme der wirtschaftlich aktiv tätigen Bevölkerung. Noch 1960 betrug der Anteil der aktiv tätigen Bevölkerung nur 32 Prozent, erhöhte sich aber bis zum Jahr 2000 auf 48 Prozent. Verändert hat sich ebenfalls das Verhältnis zwischen aktiv tätigen und nicht aktiv tätigen Personen: Auf eine aktiv tätige Person kommt heute nur eine nicht aktiv tätige Person, die vom gleichen Einkommen lebt (1960 kamen zwei nicht aktiv Tätige auf eine aktiv tätige Person). Verändert hat sich auch die Stellung der Frauen im Erwerbsleben: Ihr Anteil erhöhte sich von 19 Prozent 1960 auf fast 50 Prozent im Jahr 2000. Diese Entwicklung wirkte sich direkt auf das Bevölkerungswachstum aus. Während 1960 die Fruchtbarkeitsrate bei 6,26 Prozent lag, so fiel sie auf 1,90 Prozent in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Diese „Modernisierung“ hat direkte Folgen für den Lebensstil, die Qualifikation und das Konsumverhalten der Menschen. Zusammengekommen mit anderen Indikatoren kennzeichnen diese Transformationsprozesse im Kapitalismus Brasilien als industriell entwickeltes, stark auf Rohstoffexporte ausgerichtetes Land (Carta Capital, 28.10.2013).

Die Lula-Regierung, die 2003 als Mitte-links-Koalition entstand, war Ausdruck dieser Veränderungen. Mit der Entstehung der internen Bourgeoisie wurde die Bildung einer breiten Allianz ermöglicht, die sowohl diese Fraktion der Bourgeoisie als auch wesentliche Sektoren der Volkskräfte umfasste, die mit dem Widerstand gegen die neoliberale Politik und ihre Auswirkungen wesentlichen Anteil am Zustandekommen der Mitte-links-Regierung hatten. Die unmittelbar mit dem internationalen Kapital verbundenen Sektoren verloren ihre hegemoniale Stellung und gerieten sich als neokonservative Opposition. Während der Vorgängerregierung Fernando Henrique Cardosos hatte die mit dem internationalen Großkapital verbundene Fraktion der Bourgeoisie die hegemoniale Position inne. Die interne brasilianische Großbourgeoisie verdrängte nun die neokonservative Fraktion und wurde selbst politisch hegemonial. Das erklärt die Veränderung vom orthodoxen Neoliberalismus hin zu einer neo-desarrollistischen Politik. (Boito 2013) „Ein linker Präsident in der Hauptstadt Brasiliens verfügt dafür über einen Spielraum, der für jedes andere Land der Region undenkbar wäre. Wenn Brasilien aus der neoliberalen Falle nicht herauskommen und postneoliberale Politik einleiten könnte, wer sollte es dann tun?“ (Borón 2003)

Die neue Allianz ist ihrem Charakter nach heterogen und in sich widersprüchlich. Repräsentiert wird sie politisch durch die PT. Sie umfasst die interne Bourgeoisie, verschiedene Schichten der Mittelklasse, Teile der urbanen Arbeiterklasse und große Teile der Bauernschaft. Ihre neo-desarrollistische Politik befindet sich in scharfer Auseinandersetzung mit dem konservativen Desarrollismus, hinter dem sich das internationale Finanzkapital, die

GroßgrundbesitzerInnen und die oberen Teile der Mittelklasse gruppieren. Ohne das Land mit den internationalen neoliberalen Kräften zu konfrontieren, ging die Regierung Lula Allianzen mit dieser Fraktion der Bourgeoisie ein und kombinierte wirtschaftliches Wachstum mit sozialen Programmen als kompensatorische Maßnahmen zur Bekämpfung der schlimmsten Armut. Auch die gegenwärtige Regierung Dilma Rousseffs befindet sich mitten in dieser Auseinandersetzung. Als Mitte-links-Regierung stellt sie eine breite Koalitionsregierung dar, in der sowohl VertreterInnen der Gewerkschaften wie auch RepräsentantInnen des Agrobusiness agieren.

Die in Brasilien entstandene Situation ist vergleichbar mit der im Institut für Gesellschaftsanalyse erarbeiteten Vorstellung von dem möglichen Entwicklungsszenario eines „sozial und ökologisch regulierten postneoliberalen Kapitalismus“, der „einen Richtungswechsel auf erneuerter bürgerlicher Grundlage, das heißt postneoliberaler Transformation im Rahmen des Kapitalismus zu einem veränderten Akkumulationsregime und zu einer veränderten Regulationsweise gegenüber dem neoliberalen Kapitalismus bedeuten“ würde (Klein 2013: 48). Fraktionen der brasilianischen Bourgeoisie haben Züge von einem „flexiblen Teil der Machteliten, die affin für solche Wandlung sind.“ (Ebd.) Allerdings ist in Brasilien auch zu beobachten, wie sehr neoliberale Beharrungskräfte einer postneoliberalen Entwicklung entgegenwirken. Und die ökologische Dimension dieser Entwicklungsvariante ist in Brasilien kaum entwickelt.

In Brasilien entstand eine Situation, in der sich die Interessen großer Teile der Bevölkerung mit wichtigen Interessen der Fraktion der internen Bourgeoisie deckten. Die einen waren nicht mehr bereit, die Folgen neoliberaler Politik zu ertragen, die anderen wollen sich nicht mehr den Interessen des internationalen Finanzkapitals und seiner konservativen VertreterInnen in Brasilien unterordnen. Diese zeitweilige Interessenübereinstimmung ist zweifellos der Ansatzpunkt für die Affinität dieser Kapitalfraktion für eine Wendung hin zu einem postneoliberalen Modell, charakterisiert durch neo-desarrollistische Politik:

- Wiederherstellung der Autorität des Staates, Förderung der industriellen Entwicklung und der Infrastruktur durch Aktivitäten des Staates und seiner Institutionen in Partnerschaft mit dem brasilianischen Privatkapital (Public-private-Partnership, PPP), Stärkung des Binnenmarktes und bessere Anbindung der Wirtschaft an den internationalen Markt, Realisierung von Sozialprogrammen und Schaffung von Arbeitsplätzen, Entwicklung der regionalen Integration, aber auch Förderung extraktivistischer Aktivitäten und ihrer Ausweitung. (CLACSO 2013)

Diese Variante neo-desarrollistischer (national-desarrollistischer) Politik deckt sich im Wesentlichen mit den Vorstellungen Celso Furtados, eines Vordenkers desarrollistischer Politik. Für Furtado bedeutet Entwicklung (*desarrollo*), ein gesellschaftliches Projekt zu entwerfen, das die existierenden sozialen Probleme neben den strukturellen der Gesellschaft als grundlegend und prioritär behandelt. Nicht die Kapitalakkumulation darf im Mittelpunkt stehen, sondern die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse des Volkes. Nach Furtado kommt es darauf an, in einer Phase der Transformation der Gesellschaft die Entwicklung des Landes zu einer fortschrittlichen Demokratie und der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu realisieren. Die Überwindung der Unterentwicklung wird deshalb nur in einem längerfristigen

demokratischen Prozess möglich sein, in dem der Staat und die Gesellschaft die im Lande vorhandenen Potenzen zu ihrem Nutzen umsetzen. (Guillén 2006)

Ergänzt werden kann diese Position durch Emir Sader, der Postneoliberalismus als „Ablehnung der Deregulierungen, der Finanzialisierung, Ablehnung der Schwächung der Arbeitsbeziehungen und Ablehnung des Freihandels“ begreift (Sader 2009: 174). Als Beispiel steht dafür die Ablehnung der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) durch Brasilien und andere Länder. Nach Sader sind Antworten auf die Frage zu geben, ob der Postneoliberalismus antikapitalistische Elemente enthält und der Neo-Desarrollismus Impulse für alternative Entwicklungen geben kann. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wege, die die Regierungen Lula und Dilma beschritten haben, sich konfliktreicher und komplexer gestalteten als zu erwarten war. Deshalb die Frage: Wie ist es möglich, eine postneoliberale Politik unter den Bedingungen des Neoliberalismus einzuleiten? (Sader 2013)

Die zentralen Elemente der postneoliberalen Politik, vergleichbar auch mit ähnlichen Tendenzen in Argentinien, Uruguay, Venezuela, Bolivien und Ecuador, bestehen, zusammengefasst, im Folgenden:

- Priorisierung sozialer Politiken im Gegensatz zu fiskalischen Anpassungsmaßnahmen (Konjunktur- und Haushaltssteuerung), Förderung regionaler Integration gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA, Stärkung des Staates als Akteur des wirtschaftlichen Wachstums gegen den neoliberalen Minimalstaat und Durchsetzung einer gerechteren Einkommensverteilung.

Obwohl während Lulas Amtszeit Privatisierungen (vor allem von Bundesstraßen) erfolgten, wurde eine Privatisierung staatlicher (oder halbstaatlicher) Unternehmen wie der Banco do Brasil, der Petrobras und der Föderalen Wirtschaftsbank (Caixa Econômica Federal) verhindert. Die Sicherung der Geld- und Währungsstabilität ging unter vorteilhaften internationalen Wirtschaftsbedingungen einher mit einer Wiederbelebung der wirtschaftlichen Entwicklung und einer gezielten Sozialpolitik, die zu einem wesentlichen Bestandteil der Regierungspolitik wurde. Etwa 40 Millionen Menschen wurden aus der schlimmsten Armut geholt. Verschiedentlich trugen Maßnahmen der Regierung jedoch konservative Züge – so die gegen den Widerstand der Gewerkschaften durchgeführte Reform des Sozialversicherungswesens. In der zweiten Legislaturperiode Lulas (ab 2006) erfolgte eine stärkere Hinwendung zum neo-desarrollistischen Wirtschaftsmodell. Stärker als bisher entwickelte sich der Staat zum Finanzier, Investor und Sozialstaat. Die staatliche Nationale Bank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (BNDES), die Zentralbank (Banco Central) und die Föderale Wirtschaftsbank (Caixa Econômica Federal) übernahmen die Aufgabe, private Großunternehmen zu kapitalisieren und direkte Beteiligungen staatlicher Banken an diesen Unternehmen zu forcieren. Die Regierung engagierte sich aktiv und aggressiv auf den Kapitalmärkten. Sie verfolgte eine vom Staat bestimmte und orientierte Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt industrieller Entwicklung (Produktion von Kapitalgütern), die den privaten Sektor direkt einbezieht und mit Nachhaltigkeit einen neuen Zyklus wirtschaftlicher Entwicklung einleitet. Durchgesetzt wurde damit eine veränderte Regulationsweise auf erneuerter kapitalistischer Basis.

Mit der Gründung des Rates für ökonomische und soziale Entwicklung durch die Regierung Lula wurde der Versuch unternommen, eine neue Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen. An der Arbeit des Rates beteiligen sich VertreterInnen aller

Bevölkerungsschichten. Der Rat hat in den zehn Jahren seiner Existenz landesweit Konsultationen mit allen Bevölkerungsschichten durchgeführt und Ansätze für partizipative Demokratie entwickelt. Damit wurden Ausgangspunkte für mehr Kontrolle durch die Gesellschaft geschaffen.

Charakteristisch für diese Jahre ist eine Veränderung der Position Brasiliens im lateinamerikanischen und internationalen Maßstab. Angesichts der Krise 2008 optierte die Regierung Lula für antizyklische Politik, die im Unterschied zu den Ländern des Zentrums Kapitalabfluss verhinderte. Nach einem Zeitraum von 50 Jahren, die seit 1964 geprägt waren durch Militärdiktatur, durch zwölf Jahre neoliberaler Politik und die Unterordnung unter das internationale Finanzkapital, wurde ein Bruch mit dieser Vergangenheit vollzogen. Im Gefüge der existierenden internationalen Ordnung stellt diese Veränderung ein Gegenstück zu den weltweiten Tendenzen der Neoliberalisierung dar. Die Elemente einer Transformation vom neoliberalen System zu einem postneoliberalen können zum Ausgangspunkt für weitere antineoliberale Schritte (Einschränkung des Finanzkapitals und seiner Spekulationen, produktive Investitionen in Wissenschaft und Technologie, Realisierung einer sozial ausgerichteten Steuerreform, aktive Rolle der öffentlichen Banken, Schaffung hochspezialisierter Arbeitsplätze usw.) werden. Das sind Bestandteile eines zukunftsweisenden nationalen Projektes. Sie weisen über den Postneoliberalismus hinaus. Zu einem solchen Projekt gehören die Durchführung einer auf Nahrungsmittelsicherheit und Agrarreform ausgerichteten Landwirtschaftspolitik und die Förderung der Familienwirtschaften. Im Hinblick auf die im Herbst 2014 stattfindenden Wahlen steht die Durchsetzung einer politischen Reform auf der Tagesordnung. Die laufende Kampagne zur Einberufung einer konstituierenden Verfassungsversammlung ist der Kernpunkt der politischen Auseinandersetzungen dieser Zeit. Die Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft und der Massenmedien sind integraler Bestandteil dieser politischen Agenda. „Die Überwindung einer Gesellschaft, die auf der Macht des Geldes, der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit beruht, setzt voraus, mit dem Bewusstsein und der Mobilisierung des Volkes zu rechnen, was die Demokratisierung der Massenmedien und der politischen Repräsentation erfordert.“ (Sader 2013: 143) Im Sinne eines Transformationsprozesse ist das eine gradualistische Politik, die „gekennzeichnet ist durch postneoliberale Hegemonie bis zu einem Punkt, der als ‚demokratischer Kapitalismus‘ charakterisiert werden kann, das heißt mit mehr Demokratie und sozialem Wohlstand als in der neoliberalen Periode.“ (Pomar 2010)

Hier setzt Kritik an der Politik der PräsidentInnen Lula und Dilma ein, die diesen Postneoliberalismus, ergänzt durch soziale Maßnahmen, als unzureichend bewertet. Der linke Flügel der PT (u. a. vertreten durch Valter Pomar) und vor allem auch soziale Bewegungen sehen einen Unterschied zwischen dem national- und dem „populär-demokratischen Desarrollismus“. Sie gehen davon aus, dass mit der Regierung Lula eine Übergangszeit in Brasilien begonnen hat, die neue Möglichkeiten für eine antikapitalistische Entwicklung eröffnet. „Mit der brasilianischen Linken in der Bundesregierung eröffnet sich ein neuer historischer Zyklus eines ‚populär-demokratischen Desarrollismus‘, der auf eine sozialistische Alternative orientiert.“ (Pomar 2007) Der „populär-demokratische Desarrollismus“ im weiteren Sinne umfasst die Vertiefung der Demokratie, die Agrarreform und Demokratisierung des Staates. Für eine Übergangszeit ist Voraussetzung, dass die Kontrolle des Staates, strukturelle Veränderungen der Gesellschaft, die Kontrolle der Wirtschaft und der

Produktionsmittel durchgesetzt werden müssen. Aber selbst der Staat ist in seinen Möglichkeiten zur Veränderung der materiellen Basis im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft eingeschränkt wirksam. Jedoch kann er in bestimmtem Maße die kapitalistische Entwicklung zugunsten eines Übergangsprojektes beeinflussen.

Die Linke muss eine strategische Position vertreten, die es ihr in der Regierung ermöglicht, auf diesem Wege graduell einen Transformationsprozess einzuleiten. In einem Land der Peripherie ist ein Kapitalismus „demokratischen“ Charakters, der weniger transnationale Unternehmen zulässt, aber den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Unterstützung zusichert, den Werktätigen mehr Rechte gibt, mehr Demokratie und mehr nationale Souveränität garantiert, eine Möglichkeit zur Transformation der Gesellschaft. Für linke emanzipatorische Kräfte entstehen Freiräume, die von ihnen zur Durchsetzung weiterer Reformen genutzt werden können. Die Mitte-links-Regierung steht einerseits unter dem Druck neo-konservativer Kräfte. Andererseits ist sie gezwungen, sich die Unterstützung linker Kräfte und sozialer Bewegungen zu sichern, um keinen Bruch mit ihnen herbeizuführen. Deshalb wäre es ein Fehler, diese Freiräume nicht zu nutzen und sich in dieser Allianz heterogener Kräfte zu isolieren. „Die sozialen Bewegungen müssen an dieser ‚neo-desarrollistischen Front‘ teilnehmen, weil der Versuch, ein unabhängiges Programm durchzusetzen, im gegenwärtigen Moment unweigerlich in die Isolation führen würde. Die Erfahrungen in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zeigen, dass Kräfte, die dies versuchten, sich sowohl im Wahlkampf oder in den Gewerkschaften als auch im Kampf der Volkskräfte isolierten oder sich, unabhängig von ihrem Wollen, den konservativen Kräften annäherten. Kritisch teilzunehmen heißt zuallererst, nicht von den eigenen Zielen abzulassen, selbst wenn das innerhalb dieser Allianz zu Konflikten führt. Kritik zu üben heißt, die negativen Aspekte dieser Politik des Desarrollismus aufzuzeigen. Denn die interne Bourgeoisie hängt nicht zuletzt von den Stimmen der Arbeitenden ab, um neo-desarrollistische Regierungen abzusichern.“ (Boito 2012) Diese Überlegungen Boitos und die nachfolgend zitierten Auffassungen Boróns kommen dem Konzept einer doppelten Transformation sehr nahe: der Orientierung auf eine progressive postneoliberale Entwicklung bereits im Rahmen des Kapitalismus, die aber nicht von den eigenen Zielen der Linken ablässt. Das heißt, jeden möglichen Einstieg in eine systemüberschreitende weiter gehende Transformation zu nutzen.

Die interne Bourgeoisie kontrolliert nach wie vor die nationale Wirtschaft und nutzt den nationalen Reichtum in ihrem Interesse. Erreicht wurde ein Zustand, der als Kompromiss oder als instabiles Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit kapitalistischer Akkumulation und den Forderungen der Volkskräfte bezeichnet werden kann. Die zentrale Frage, die sich stellt, ist, die Möglichkeiten und Grenzen auszuloten, die ein „demokratischer Kapitalismus“ bietet, um den Kampf um Gleichheit, Freiheit und Bürgerbeteiligung mit dem Kampf gegen die Vorherrschaft des Kapitals zu verbinden: „Mehr Demokratie heißt notwendigerweise weniger Kapitalismus.“ (Borón 2003: 19)

Verschiedenste Anzeichen deuten darauf hin, dass der – wie oben benannt – komplizierte und offene Transformationsprozess neue Konflikte geschaffen hat oder alte nicht überwinden konnte. Brasilien erlebte im Juni/Juli 2013 – seit 20 Jahren erstmalig wieder – große Massendemonstrationen. Anlass war eine Fahrpreiserhöhung für öffentliche Transportmittel, initiiert durch die Bewegung Movimento Passe Livre (etwa „Freie Fahrt“). Die Proteste

weiteten sich aus und richteten sich zunehmend auch gegen die enormen Aufwendungen für die Fußballweltmeisterschaft im Juni 2014. Sie trugen unmittelbar politischen Charakter, weil sie auf die Zustände in den großen Stadtzentren, die fehlenden Mittel für Bildung und Gesundheit und die fehlende Beteiligung der Bevölkerung an demokratischer Meinungsbildung aufmerksam machten. Soziale Bewegungen wie die MST (Landlosenbewegung), die MAB (Bewegung der Staudambetroffenen) und andere protestierten gegen die schleppende Realisierung der Agrarreform bzw. gegen die Folgen für Bevölkerung und Umwelt bei großen Staudammvorhaben (Beispiel Belo Monte). Die Proteste zeigen die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile. Sie sind Ausdruck für die Forderung nach demokratischen Veränderungen der brasilianischen Gesellschaft. Offenkundig stößt das gegenwärtige Entwicklungsmodell einer einfachen systeminternen Transformation ohne weiter reichende Perspektiven an Grenzen, die nur durch die Vertiefung des Entwicklungsprozesses erreicht werden können. Das Wahljahr 2014 bietet der gegenwärtigen Regierung die Möglichkeit, den begonnenen Transformationsprozess zu vertiefen.

Es zeigt sich, dass die bisher realisierten sozialen Maßnahmen positiv, aber nicht genügend waren. Sie reduzierten die Armut, integrierten aber die prekär Beschäftigten nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt. Teile der Mittelklasse, die sich an den Protesten beteiligten, finden nicht ausreichend qualifizierte Arbeitsplätze. Die Positionen des Agrobusiness sind so stark, dass sie die Demarkation indigener Gebiete verhindern. Große Bergwerksunternehmen wie Vale do Rio Doce richten starke Umweltschäden an. Die internationale Konjunktur entwickelt sich nicht zugunsten Brasiliens, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben sich verschlechtert. Brasilien ist betroffen von der Abwanderung spekulativen Kapitals. Negativ wirkt sich eine Tendenz zur Deindustrialisierung aus. Das verändert die Position der Fraktion der internen Bourgeoisie, die möglicherweise die Allianz mit der PT-Regierung infrage stellt. Die Konflikte und Widersprüche sind vielfältiger Natur. Im Juni/Juli 2013 traten sie offen zutage. Die Proteste gegen die Tarifierhöhungen waren erfolgreich, die Volksbewegung musste seitens der Regierung erhört werden. Neue Sektoren der Bevölkerung wurden einbezogen. Eine neue Phase des Volkskampfes steht bevor, der Einfluss auf die Wahl 2014 haben wird. Die „Straße“ forderte: „mehr Staat“ für urbane Reformen, für die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und politische Reform, mehr partizipative Demokratie, mehr soziale Rechte. Die Reaktion der Regierung auf die „Straße“ war positiv, da Maßnahmenpakete für urbane Reformen, Bildung und Gesundheitswesen angekündigt wurden. Ihre Realisierung allerdings trifft auf starken Widerstand neo-konservativer Kräfte. Sie nutzen ihre Positionen im Kongress und Senat, um zum Beispiel die angestrebte politische Verfassungsreform zu verhindern. Die Ereignisse deuten darauf hin, dass die neo-desarrollistische Politik an ihre eigenen Grenzen stößt. „Die Erfahrungen mit dem gegenwärtig verfolgten Entwicklungsmodell zeigen, dass ein weiterführendes nationales Entwicklungsprojekt, das strukturelle Veränderungen anstrebt, erarbeitet und erkämpft werden muss.“ (Belluzo 2013) Gelingt es der Linken und der PT, den Kurs auf Umsetzung des von Präsidentin Dilma angekündigten „Nationalen Paktes“ zu konzentrieren, kann die gesamte Entwicklung in Richtung links verschoben werden. Die Zukunft dieser PT-Regierung wird von ihrer Fähigkeit abhängen, die Forderung der Protestierenden umzusetzen, um die in mehr als zehn Jahren PT-Regierung erreichten politischen Veränderungen nicht aufs Spiel zu setzen. (Wahl 2013: 16)

8 Eigene Charaktere lateinamerikanischer Transformation

8.1 Das *vivir bien* (oder *buen vivir*), das Gute Leben, als Leitmotiv

Das *vivir bien* hat Eingang in die Verfassungen Venezuelas, Ecuadors und Boliviens gefunden und bietet Orientierungen für die Regierungstätigkeit. Es entspricht der Lebensweise indigener Gemeinschaften, die über die Jahrhunderte kolonialer Unterdrückung hinweg ihre Vorstellungen vom *vivir bien* erhalten haben. Zweifellos wird damit eine Debatte angestoßen, die inmitten der Zivilisationskrise neue Aspekte für Entwicklung und Wachstum aufwirft.

„Die Fraktion DIE LINKE begrüßt, dass die Regierungen von Venezuela, Ecuador und Bolivien den Ansprüchen und Anregungen aus dem Konzept politisch Geltung verschaffen. Inwiefern sich Buen Vivir auch als Orientierung für Gesellschaften mit hochkomplexer Arbeitsteilung taugt, ist unter LINKEN umstritten. Schnittpunkte wie solidarische Gemeinschaftsgüter und die Kritik an der Kommerzialisierung der Natur bieten Anknüpfungspunkte im gemeinsamen Kampf gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur im Kapitalismus.“ (Fraktion DIE LINKE 2013: 15)

Nach David Choquehuanca ist das *vivir bien* das Leitmotiv des Modells, das die Regierung Morales realisieren will: Ein Leben in Harmonie mit der Natur. Nach den indigenen Vorfahren ist das menschliche Wesen sekundär in Beziehung zur Natur. Der Mensch selbst ist Teil der Natur. *Vivir bien* heißt in der Gemeinschaft leben, in der jeder sich um jeden kümmert, was heißt, die Identität der Gemeinschaft zu erneuern. Im Zentrum steht die *pachamama* (Mutter Erde), sie muss erhalten werden. Deshalb ist die Einheit der einzelnen Völker (*abya yala*) für die große Gemeinschaft eine wichtige Voraussetzung. (Choquehuanca 2010) In dieser Denkweise sind weder der Sozialismus des 20. Jahrhunderts, der in seinen Proklamationen allein den Menschen zulasten der Natur in den Mittelpunkt stellte, noch der Kapitalismus, der nur das Geld als erstrebenswert betrachtet, Modelle, die mit der indigenen Betrachtungsweise verträglich sind.

Soziale Bewegungen und AnhängerInnen des *vivir bien* sehen sich zunehmend in Opposition zu ihren Regierungen, weil diese die in der Verfassung festgeschriebenen Prinzipien angeblich und teils auch tatsächlich missachten. In Bolivien und Ecuador haben sich erhebliche Spannungen zwischen Regierung und sozialen Bewegungen ergeben.

Außenstehende BeobachterInnen, die sich intensiv mit den Entwicklungen in Lateinamerika auseinandersetzen, übersehen nicht die Probleme, Widersprüchlichkeiten und Konflikte, die sich in den letzten Jahren seit Bestehen der Mitte-links-Regierungen ergeben haben. Immanuel Wallerstein beispielsweise stellt treffend fest, dass „eine Linke des Vivir Bien und eine desarrollistische Linke existieren. Die eine in den Andenländern vertritt die Idee einer alternativen und nachhaltigen Gesellschaft, basierend auf einem Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Natur. Die andere, die in Brasilien dominiert, stellt sich das wirtschaftliche Wachstum als Hauptaufgabe. Aber selbst in den Anden gibt es heftige Konflikte zwischen den beiden Richtungen“, das heißt zwischen dem Prinzip des *vivir bien* und dem Desarrollismus (Carta Maior 2012).

AnhängerInnen und KritikerInnen des *vivir bien* stimmen darin überein, dass die Zivilisationskrise eine Änderung in der Lebensweise der Menschheit und des Wachstumsparadigmas erforderlich machen. Das *vivir bien* kann und müsste in dieser

Auseinandersetzung ein Ausgangspunkt für eine konstruktive Wertedebatte sein. Jedoch – und darauf wird auch in den Leitlinien der LINKEN hingewiesen – muss die Frage beantwortet werden, ob und wie das Konzept auf „Gesellschaften mit hochkomplexer Arbeitsteilung“ angewendet werden kann. Kann es in kapitaldominierten Gesellschaften Veränderungen schaffen? Wie kann das *vivir bien* für die Gestaltung konkreter ökonomischer Zusammenhänge, der Arbeitsverhältnisse, von Innovationsprozessen und Technologie, von Rahmensetzungen für den Markt und von konkreten Veränderungen der Produktionsverhältnisse wirksam werden, das heißt als Projekt einer postneoliberalen und perspektivisch postkapitalistischen Entwicklung?

Selbst ein Vertreter des *vivir bien* wie Alberto Acosta meinte auf dem Attac-Kongress in Berlin im Juni 2011, dass es sich dabei eher um Diskurse als um konkrete Sachverhalte handelt. Nach Acosta überwindet das *vivir bien* den Begriff der „alternativen Entwicklung“ und versucht, „eine Alternative zu sein“ (Acosta 2011). (Auf den von Acosta verwendeten Entwicklungsbegriff wird weiter unten eingegangen.)

In den andinen Ländern stößt der Veränderungsprozess tagtäglich auf Überbleibsel der kolonialen und abhängigen Vergangenheit, wird konfrontiert mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung, bei der Überwindung der Armut, im Gesundheits- und Bildungssystem etc. – Fragen, auf die praktische Antworten gegeben werden müssen. In der Realität muss für Bolivien und Ecuador beantwortet werden, welches Produktionsmodell realisiert werden kann, wenn das *vivir bien* keine reale Alternative außer einer utopischen Vorstellung bereithält.

Das *vivir bien* ist in den Verfassungen Boliviens und Ecuadors als Prinzip des pluralen Wirtschaftens verankert, ohne zu beschreiben, wie kommunitäre Wirtschaftsformen mit dem staatlichen und privaten Sektor auskommen sollen. Lateinamerikanische Gesellschaften, auch die Boliviens und Ecuadors, erleben einen Prozess einer verstärkten Urbanisierung und damit von Landflucht und Migrationsströmen.

Interessant sind die Überlegungen Francois Houtarts, die er im Artikel „Das Konzept des *sumak kawsai* (Vivir Bien) und seine Übereinstimmung mit den Allgemeingütern der Menschheit“ anstellt. Ausgehend von einer historischen Betrachtung und der Wiedergabe von Positionen verschiedener Intellektueller und Politiker (Alberto Acosta, Eduardo Gudynas und andere) analysiert Houtart das *vivir bien* außerordentlich wohlwollend.

Er stellt fest, dass „es einen Diskurs dieser Autoren mit einem hohen Interpretationsniveau hinsichtlich der gegenwärtigen Beunruhigungen gibt. Es wird ein Vokabular gebraucht, das von den Indigenen nicht benutzt wird, das darauf verweist, dass aber der Gebrauch des Konzeptes (des Vivir Bien) über die Gedächtnisarbeit hinaus geht.“ Er hält gleichzeitig fest, dass „keineswegs die präkolonialen Gesellschaften idealisiert werden können, auch nicht die heute existierenden Widersprüche der autochthonen Völker, so wie sie auch in allen menschlichen Gemeinschaften existieren. Die hierarchischen Beziehungen, die Stellung der Frau, der Respekt vor dem menschlichen Leben waren nicht immer vorbildlich in solchen sozialen Gruppen [...] und das, was wir heute ‚imperialistisch‘ nennen, kann für die Inkas und Azteken nicht negiert werden.“ (Ebd.)

Für ihn scheint es klar zu sein, dass die indigenen Organisationen ihre Konflikte im Denken und in Machtfragen haben, auch zweifelhafte Bündnisse mit anderen politischen und ökonomischen Kräften herstellen und „ihre ideologischen Differenzen haben, die vom

Neoliberalismus bis zum Sozialismus gehen.“ Er sieht sie wie andere soziale Gruppen auch mit ihrer Geschichte, ihren Träumen und ihrem Leben: „Deshalb verdienen sie soziale Anerkennung, besonders nach einem halben Jahrtausend Unterdrückung und Zerstörung.“ (Ebd.)

Das Hauptproblem des *vivir bien* ist offenbar, dass seine UnterstützerInnen es nicht verstanden und sich nicht bemüht haben, das *vivir bien*, das aus den indigenen Kosmvisionen entstanden ist, mit der Lebenswirklichkeit und den real existierenden indigenen Gemeinden zu verbinden. Das positive Bestreben, nach Alternativen zu suchen, entbindet nicht von der Pflicht, ein Konzept auf Machbarkeit, Widersprüche und Seriosität zu untersuchen, wenn es um ernste Überlegungen geht, ein postkapitalistisches Denken zu erarbeiten. Die VertreterInnen des *vivir bien* sind im Wesentlichen Intellektuelle und PolitikerInnen, die nach Alternativen zur gegenwärtigen Gesellschaft suchen. Auch sie wissen, dass das Konzept des *vivir bien* nicht einheitlich ist und mit der Realität in den indigenen Gemeinschaften oft nicht übereinstimmt. „In keinem Land stellen die Indigenen einen homogenen Block dar.“ (Ebd.)

Houtart wendet sich aber auch gegen die Auffassung, die unter anderem von Gudynas vertreten wird, dass „der Sozialismus den gleichen materialistischen Aspekt wie der Kapitalismus hat, die Natur als Gebrauchs- und Tauschwert anzusehen.“ Houtart unterstreicht, dass Marx in einigen Schriften, besonders aber in den *Grundrissen*, betont hat, dass der Mensch Teil der Natur ist und erst der Kapitalismus den Menschen von der Natur trennte. Für Houtart ist das *vivir bien* ein Projekt, das er in seinen Ausführungen direkt mit den „Allgemeingütern der Menschheit“ in Verbindung bringt, womit es auf eine reale Grundlage gestellt werden kann und einen praktischen Sinn bekommt.

Mit Recht weist Wallerstein auf diese Auseinandersetzungen in Lateinamerika hin. Sie zeigen, dass die eingeleiteten Prozesse praktisch und theoretisch umstritten sind und eine nüchterne Einschätzung zur Feststellung führt, dass die politische und soziale Linke, vor allem auch Intellektuelle, noch keinen gemeinsamen Weg gefunden haben. Das trifft besonders auch auf Bolivien und Ecuador zu, wo ehemalige Mitstreiter wie Raul Prada oder Alberto Acosta in Opposition zur Regierung stehen.

Der Vergleich der Gegenwart mit der Vergangenheit ergibt, dass „tatsächlich heute alles wesentlich besser ist als in allen historischen Perioden Boliviens. Das, was noch fehlt, ist gewaltig: Es geht nicht nur darum, eine ‚andere Zivilisation‘ aufzubauen, sondern dafür zu sorgen, dass fast die Hälfte der Bevölkerung aus der Armut geholt wird. Das ist die Aufgabe, nicht die Hervorhebung der Exotik der Indigenen, denn diese entfernt sie von der Macht und bringt sie ihr nicht näher.“ (Stefanoni 2012)

Zuzustimmen ist der Feststellung, dass mit dem Begriff des *vivir bien* (*buen vivir*) eine Suche nach Alternativen, nach einem Paradigmenwechsel eingeleitet wird. Dabei wird der Begriff sowohl als „Entwicklungskonzept, als politisches Paradigma, als ethnischer Diskurs und als Geschlechterbegriff“ aufgefasst, „wobei der Rückgriff auf indigene Traditionen oft ohne Erklärung dessen, was daraus übernommen bzw. was darunter verstanden wird, erfolgt.“ (Cortez/Wagner 2010) Ein konkreter Rückgriff für Bolivien und Ecuador ist die Bezugnahme zur Schaffung eines „plurinationalen“ Staates und einer „interkulturellen“ Gesellschaft. Bolivien und Ecuador durchlaufen eine Transformationsphase, in der der Kampf um Dekolonialisierung an erster Stelle steht. Die Konflikte, die sich im Verlauf dieses Prozesses

ergeben, zeigen, wie die Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirkt. Im Sinne der in der Verfassung verankerten Grundsätze der Plurinationalität und Plurikulturalität vollzieht sich ein Prozess der Neugründung dieser Nationen. Boaventura de Sousa Santos bezeichnet diesen Prozess „nicht unbedingt als Konflikt, sondern als Stärkung der Idee einer eigenen Nationalität der Diversitäten [...]. Es sind Nationalitäten, Identitäten, die sich um ein nationales Projekt gruppieren.“ Er sieht das Neue im Konstitutionalismus der Transformation. Zweifellos positiv ist das *vivir bien* auf die Schaffung einer Gesellschaft auf nichtkapitalistischer Basis und in Übereinstimmung mit der Natur ausgerichtet. Unter diesem Aspekt erscheint das Prinzip *vivir bien* als eine Wertedebatte, die gegen den westlichen Begriff des steten Wachstums und der Entwicklung steht. Die Schwierigkeit besteht darin, auf dem Weg weiterer Emanzipation die Werte indigenen Lebens in der heutigen Zeit konstruktiv aufzuheben. Bei allen Missverständnissen, die in der Debatte um das *vivir bien* aufkommen können, und auch bei aller Unterstützung, die das Projekt erhält, ist es Sache der Linken, unterschiedliche Positionen miteinander zu verknüpfen und für einen anderen Umgang mit der Natur, für eine andere Lebensweise und für eine antikapitalistische Transformation zu kämpfen. Für die Linke Europas heißt das, sich konstruktiv und solidarisch an diesen Auseinandersetzungen zu beteiligen.

Die Realität zeigt, wie das kapitalistische System auf die Krise 2008/2009 reagiert. Es wird die alte Logik der Regulierung durch die Märkte angewandt und mit einem „grünen Keynesianismus“ geliebäugelt, womit die Logik des unbegrenzten Wachstums und die weitere Belastung der Umwelt auch weiterhin nicht infrage gestellt werden.

8.2 Entwicklung versus Wachstum

Das *vivir bien* eröffnet damit grundsätzlich die Debatte um das Begriffspaar Entwicklung versus Wachstum. Gudynas spitzt zu und meint, dass „konventionelle Entwicklungstheorien und die Ideologie des Fortschritts durch das Buen Vivir radikal infrage gestellt werden“ (Gudynas o.D.: 4).

Es wird nicht möglich sein, in diesem Zusammenhang umfassend auf dieses Thema einzugehen, da es mindestens seit 1992, durch den Kolumbianer Arturo Escobar ausgelöst, eine Debatte um den Begriff der Entwicklung gibt. Escobars Auffassung verbindet mit dem Begriff Entwicklung die „westliche Ökonomie mit ihrem Produktions-, Macht- und Signifikationssystemen“ und „sie schafft die gegenwärtige Dritte Welt stillschweigend und ohne dass wir es merken [...]“. Ähnlich fungiert auch die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg als allmächtiger Mechanismus zur Produktion und Lenkung der Dritten Welt.“ (Escobar 2008 [1992]) Escobar führt die Unterentwicklung in den Ländern des Südens auf die Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zurück und lehnt eine Entwicklung in diesem Sinne ab. Zweifellos orientieren sich lateinamerikanische VertreterInnen des Post-Development (Postdesarrollo, Postentwicklung) wie Acosta und andere an dieser Interpretation des Entwicklungsbegriffes: nicht „alternative Entwicklung“, sondern „eine Alternative zur Entwicklung“ (Acosta 2011). Inhalt ist das *vivir bien*, bei dem es sich nicht – wie Acosta sagt – um ein neues Entwicklungsprogramm, sondern um die Gestaltung einer neuen Lebensweise handelt.

In einem Bericht der Arbeitsgruppe „Jenseits der Entwicklung“ des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito (Juni 2010) wird von „eine[r] Kritik des immer wieder sich erneuernden Paradigmas der Entwicklung gesprochen. Alberto Acosta sagt in einem Interview, „die These der Entwicklung ist gescheitert [...]. In letzter Zeit spricht man von Post-Entwicklung, [...] es geht um eine Alternative zur Entwicklung [...]. Die Idee des Wachstums wird als der beste Weg infrage gestellt, die Probleme der armen Länder zu lösen. Es geht nicht darum, Wachstumsmöglichkeiten zu verhindern, aber das Wachstum an sich gilt nicht mehr als Lösung.“ (Acosta 2011) In der schon erwähnten Rede Acostas während des Attac-Kongress formulierte er: „Der Begriff des Fortschritts ist eng mit dem Wachstumsbegriff verknüpft. Fast jedes Land hat versucht, Wachstum mit Fortschritt gleichzusetzen.“ (Acosta 2011)

Acosta verwendet „Entwicklung“ und „Wachstum“ offenbar als Synonyme. Acosta schließt „Wachstumsmöglichkeiten“ nicht aus, da er von „einem guten und schlechten Wachstum“ spricht. „Alternativen zur Entwicklung“ sind – unter Beachtung der dargestellten Positionen – demzufolge eine umstrittene und bisher in der linken Debatte ungelöste Fragestellung. Nach Gudynas „zielen Alternativen zur Entwicklung auf einen substantiellen Wandel dieser Grundlagen (gemeint sind materieller Fortschritt, Linearität der Geschichte, Notwendigkeit von Naturaneignung durch Wirtschaftswachstum) von Entwicklung ab.“ (Gudynas 2012b: 145)

So gesehen bedeutet Postentwicklung (Post-Development) die Ablehnung des Begriffs „Entwicklung“, was mit der These Furtados, Entwicklung und Wachstum nicht gleichzusetzen, kaum übereinstimmt. Furtado sieht die Unterentwicklung nicht als eine Vorstufe der Entwicklung, wie in Auffassungen der Cepalisten vertreten, die nach seiner Ansicht „Wachstum mit Entwicklung verwechselten.“ „Für Furtado war Unterentwicklung eine spezifische, strukturelle Bedingung und Ergebnis der Form, wie sich der Kapitalismus als ein aus Zentrum und Peripherie bestehendes Weltsystem historisch entwickelt hatte.“ (Guillén 2006)

Offensichtlich liegt dieser Debatte ein grundlegender Unterschied im Verständnis von Entwicklung zugrunde. Eine Gleichsetzung beider Begriffe erschwert den Zugang zum ambivalenten Verhältnis Entwicklung – Wachstum. Eine Fragestellung des „Jenseits von Entwicklung“ (oder „Alternativen zur Entwicklung“) erscheint zwingend und im Lichte einer Ablehnung von Entwicklung im westlichen hegemonialen Sinne sinnvoll. Deshalb muss es in erster Linie um die Ablehnung des profitdominierten Entwicklungs- und Wachstumsmodells westlicher Prägung gehen. Denn dieses Modell hat Entwicklung verhindert und Ungleichgewichte und wachsende Abhängigkeit geschaffen. Wenn Länder Lateinamerikas eine vom Norden unabhängige Entwicklung anstreben und konkrete Alternativen suchen, muss Entwicklung in einem anderen Sinn verstanden werden: nämlich einer „Entwicklung als Entfaltung von individuellen und gesellschaftlichen Potenzialen hin zu mehr Autonomie, Selbstbestimmung und einem besseren Leben für alle.“ (Bundestagsfraktion DIE LINKE 2013)

Hier wird ein anderer Entwicklungsbegriff eingeführt, der sich deutlich vom Entwicklungsbegriff des Westens abgrenzt und klarmacht, dass die Länder der Peripherie ihre Probleme nur durch einen alternativen Typ von Entwicklung lösen können. Bisher hat das

Wachstum des Nordens immer von den Ressourcen des Südens gelebt. Es geht deshalb eher und richtiger um Postwachstum und eine Postwachstumsökonomie.

Rainer Land definiert „elementar das Wirtschaftswachstum als Zunahme oder Abnahme (Schrumpfung) der Größe des Sozialprodukts als der Gesamtheit aller Güter und Leistungen einer wirtschaftlichen Reproduktionsgemeinschaft“. Im Unterschied dazu versteht er „unter wirtschaftlicher Entwicklung elementar das Auftreten von ‚Neukombinationen‘ (Schumpeter), also das Entstehen neuer Produkte, neuer Produktions- oder Konsumtionsverfahren usw. Entwicklung und Wachstum sind häufig verbunden. Aber es gibt auch Wachstum ohne Entwicklung bzw. Entwicklung ohne Wachstum.“ (Land 2011: 1) Kapitalistische Entwicklung im marxistischen Sinne heißt Entwicklung in Widersprüchen, die sich aus dem Akkumulationsprozess ergeben, krisenhaft verlaufen und von dem Bestehen subjektiver und objektiver Voraussetzungen abhängen. Das gilt auch für den Kapitalismus der Peripherie. Transformationsprozesse zu analysieren heißt, Entwicklungen und Veränderungen im Zusammenhang und vor allem die handelnden Subjekte und ihre Kräfteverhältnisse zu betrachten. Veränderungen sind abhängig von den konkreten historischen und politischen Bedingungen (Einbindung in das Weltwirtschaftssystem, konkrete Bedingungen des Klassenkampfes und des Widerstandes der Eliten). Handelnde Subjekte entstehen in der konkreten politischen und wirtschaftlichen Praxis und in ihrer Auseinandersetzung mit den vorhandenen Systembedingungen. Transformationsprozesse in Lateinamerika stehen nicht isoliert im Raum. Um Armut zu bekämpfen, braucht jedes Land, das dafür die erforderlichen Wirtschaftspotenziale noch nicht hat, mit diesem Ziel auch Wachstum – jedoch ein anderes als jenes, das stets Armut als Kehrseite hervorbringt.

Viele soziale Konflikte entzündeten sich – wie im Abschnitt 4 skizziert – am (Neo)-Extraktivismus. Diese Proteste sind verständlich und verdienen Unterstützung. Aber Fehlentwicklungen können nur im Dialog und unter größtmöglicher Transparenz mit den unterschiedlichen Akteuren gelöst werden. Extraktivismus muss als ein Übergangsstadium begriffen werden, solange die betreffenden Staaten eine notwendige industrielle Entwicklung nicht erreicht haben. So erscheint auch die These nicht haltbar, nach der die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre ausschließlich das Ergebnis der Expansion des Rohstoffexports sei. Die Ausweitung des Binnenmarktes, die Sozialpolitik, die Verbesserung der gewerkschaftlichen Rechte usw. widerlegen diese Annahme. Erforderlich sind neue Produktions- und Konsumtionsverfahren, die sich von bisherigen Entwicklungsparadigmen durch Innovation und weniger Ressourcenverbrauch unterscheiden, die nicht auf Profit für Wenige ausgerichtet sind, sondern direkte materielle und immaterielle Verbesserungen für die Mehrheit bringen. Es geht um eine Entwicklung mit anderen Strukturen, die es ermöglichen, Akkumulationsprozesse zu kontrollieren und lokale, nationale und kontinentale Wirtschaftskreisläufe zu schaffen. Das geht nicht ohne Entwicklung und nachhaltiges Wachstum, sodass es bereits unter noch kapitalistischen Bedingungen auf den Ausbau kooperativer, kommunitärer und staatlicher Unternehmen ankommt, deren Nutzen in der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen bestehen muss.

Ein solcher Mix verschiedener Eigentumsformen zeichnet sich in einer Reihe lateinamerikanischer Länder bereits ab. In Venezuela arbeiten Produktionskooperativen, in denen die Mitglieder EigentümerInnen sind und über ihre Einkünfte gemeinsam verfügen. Parallel werden Einheiten sozialistischer Produktion aufgebaut, die von Finanzinstituten

unterstützt und finanziert werden. In Bolivien existieren, entsprechend der Verfassung, verschiedene Eigentumsformen, die eine *mixed economy* ausmachen: öffentliche und private Unternehmen, kommunitäre und kooperative, die aber auch als Mixform auftreten. In Brasilien hat sich ein breiter Sektor solidarischer Ökonomie in Form von Kooperativen und Familienbetrieben entwickelt, die Produktion, fairen Handel und Finanzierung verbinden. Sie sind auf lokaler Ebene tätig, produzieren aber nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern sind auch Teil lokaler Kreisläufe.

Zunehmend entstehen in Brasilien Unternehmen, die auf agroökologischer Basis produzieren und bestrebt sind, sich regional zu vernetzen. Inzwischen ist ihre Zahl auf 90.000 ProduzentInnen angestiegen. (Tubino 2013) In Rio Grande do Sul (Brasilien) erzeugt eine Kooperative namens Ecocitrus aus Biomasse Elektroenergie, versorgt die angeschlossenen Familienwirtschaften und baut eine komplette Produktions- und Vermarktungskette in Eigenregie auf, eine wesentliche Bedingung, um unter Marktbedingungen als Kooperative existieren zu können.

Der Anteil solcher Produktionsformen an der Gesamtwirtschaft des Landes ist relativ gering. Für viele der Beteiligten sind sie ein erster Schritt zur Selbstermächtigung und Selbstverwaltung. Es sind Keimzellen einer anderen Wirtschaftsform und der Überwindung des Entwicklungsparadigmas des Kapitalismus. Um sie als solche zu erkennen und bewusst in alternativer Richtung zu entfalten, kann ihre Betrachtung aus der Sicht des Konzepts doppelter Transformation hilfreich sein.

9 Eine Zusammenfassung: Transformation linksregierter Länder Lateinamerikas und das Konzept doppelter Transformation

Erstens: Transformationsprozesse in Lateinamerika stehen historisch bedingt vor weit größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Blockaden als Transformationsanstrengungen in Europa. Es fehlt eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur, die es erlauben würde, elementare soziale Aufgaben kurzfristig ohne schwere Belastungen für die Umwelt durch das Übergewicht der Förderung und des Exports von Naturrohstoffen zu finanzieren. Die existenziellen sozialen Probleme in Lateinamerika haben weit dramatischeren Charakter als in Europa und müssen kurzfristig mit spürbaren Verbesserungen beantwortet werden. Es geht um die Überwindung der Erbschaft des Kolonialismus, des Hungers, absoluter Armut und der Arbeitslosigkeit großer Teile der Bevölkerung. Schließlich gilt es, die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Rohstoffexport und die periphere Unterentwicklung zu überwinden. Zu fragen ist, welche Veränderungen der bislang abhängige Kapitalismus durchmacht und inwiefern sich mit dem wachsenden internationalen Gewicht Brasiliens und eigener lateinamerikanischer Wirtschaftszusammenschlüsse bessere Bedingungen für einen progressiven Transformationsprozess ergeben.

Weit schwieriger als in Europa ist es unter diesen Bedingungen, die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Dimension von Transformationsprozessen in Einklang zu bringen – gelingt dies doch nicht einmal in Europa. Die linksorientierten Regierungen Lateinamerikas und linke zivilgesellschaftliche Akteure stehen vor größeren Zerreißproben als bei den

Fragen, die auf die europäische Linke zukämen, wenn diese einen politischen Richtungswechsel zu einer progressiven postneoliberalen Transformation in Angriff nähme. Kritik von europäischen Linken an linksorientierten Regierungen in Lateinamerika, weil sie Sozialprogramme aus Einnahmen des Primärsektors finanzieren, bedarf daher der Einbettung in das Verständnis dieser Situation, verlangt also Empathie. Der Linken in Europa sind vorrangig erfolgreiche Kämpfe gegen den übermäßigen eigenen europäischen Verbrauch von Öl und anderen Naturressourcen abverlangt, dessen negative Umweltfolgen über Importe aus Lateinamerika und anderen Weltregionen dorthin externalisiert werden. Dringlich ist linke Politik für einen sozialökologischen Umbau in Europa, der solidarische Unterstützung progressiver lateinamerikanischer Regierungen für die Schonung ihrer Naturressourcen einschließt. Erforderlich ist linkes Engagement für solche internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die ausgewogene ökonomische Strukturen in Lateinamerika fördern. Davon ist die Politik in Europa, in den USA und der OECD-Welt insgesamt jedoch weit entfernt.

Gilt nach unserer Überzeugung – formuliert in dem Konzept doppelter Transformation – schon für Europa, dass die Größe, Komplexität und Kompliziertheit der zu lösenden gesellschaftlichen Probleme einen langen Übergangsprozess, zunächst im Rahmen neu konditionierter kapitalistischer Verhältnisse, erfordern wird, so ist ein solcher langer Zeithorizont trotz revolutionärer Aufbrüche in Lateinamerika angesichts der noch komplizierteren Aufgaben auf dem Subkontinent sicher auch für den Transformationsprozess dort zu erwarten.

Vermutlich gilt also eine wesentliche Annahme in dem Konzept doppelter Transformation trotz sehr unterschiedlicher Bedingungen in Europa und Lateinamerika für beide Regionen gleichermaßen: dass lange Zeit auch ein progressiver Verlauf der Transformation den bürgerlich-kapitalistischen Rahmen (noch) nicht sprengen wird. „Wir haben es mit einer zivilisatorischen Debatte zu tun, und alle solche Debatten dauern Jahrzehnte an. Wir rechnen mit der Zeitskala des Menschen, die nicht der sozialen und historischen Zeitskala entspricht. Es gibt eine große Anzahl von Übergangsprozessen, die länger dauern als wir uns vorstellen können.“ (de Sousa Santos 2010: 196). Gleichwohl sind unerwartet tiefe revolutionäre Brüche als dynamisierende Ereignisse innerhalb längerer Prozesse nicht auszuschließen.

Und ein wichtiger Unterschied in diesem innersystemischen Transformationsverlauf Lateinamerikas im Vergleich zu Europa ist hervorzuheben. In Europa ist eine postneoliberale progressive Transformation – soweit überhaupt diskutiert – viel mehr Projekt als Realität. Die neoliberale, finanzmarktgetriebene Entwicklung dauert nach der jüngsten Mehrfachkrise weiter an, selbst die repräsentative Demokratie erodiert. Gegenteilstendenzen sind nur schwach ausgeprägt. In einer Reihe lateinamerikanischer Länder zeichnen sich dagegen postneoliberale Entwicklungen und einschneidende demokratische Erneuerungsprozesse ab – wenn auch noch im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse. In einem in Rio de Janeiro veranstalteten Seminar *Linksregierungen – Die Regierungen und die Wege zum Sozialismus* wurde eingeschätzt, dass Lateinamerika in einen progressiven, antiimperialistischen und demokratischen Zyklus eingetreten ist (Fundação Perseu Abramo 2011).

Zweitens impliziert das Projekt doppelter Transformation, dass im Verlauf der innersystemischen Transformation bereits Einstiegsmöglichkeiten in eine weiter gehende Große Transformation über den Kapitalismus hinaus zu suchen sind. Deshalb ist es auch

legitim, wenn KritikerInnen von den linksorientierten Regierungen in Lateinamerika ein volles Ausschöpfen solcher Einstiegschancen einfordern und ihre Stimme erheben, wo dies nach ihrer Ansicht nicht genügend stattfindet. Die jüngsten Protestbewegungen in Brasilien weisen darauf hin, dass linke Politik in gefährliche Gewässer gerät, wenn Teile der Bevölkerung sie als festgefahren empfinden, als unempfänglich für berechnete Erwartungen und Kritiken von unten, als unentschlossen, einen begonnenen sozialen und demokratischen Entwicklungspfad mit neuen Impulsen weiter zu gehen. Doppelte Transformation heißt eben, progressive bürgerliche Transformationsprozesse mit dem Einstieg in radikalere Perspektiven zu verbinden.

Doch in den verfassungsgebenden breiten gesellschaftlichen Diskursen in Bolivien und Ecuador, in den Verfassungen dieser Staaten und Venezuelas, im Wirken der *consejos comunales* und der *misiones*, in den – mit Vergemeinschaftung allerdings noch nicht identischen – Verstaatlichungen wichtiger Unternehmen und in anderen Prozessen wie der Entwicklung der solidarischen Wirtschaft und des Kooperativismus, der Einführung partizipativer Haushalte und von Formen partizipativer Demokratie in Gestalt von Entwicklungsräten zeichnen sich stärker als in West- und Osteuropa bereits politische Überschreitungen der Grenzen des Kapitalismus ab. Das Konzept einer doppelten Transformation orientiert darauf, solche Ansätze einer systemüberschreitenden Großen Transformation ihrem oft noch beschränkten Nischendasein zu entreißen und ihre alternativen Potenziale voll zu entfalten. Nachdem gerade die ungünstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für progressiven Wandel auf dem lateinamerikanischen Subkontinent hervorgehoben wurden, mag dies zunächst merkwürdig klingen.

Doch für die Radikalität progressiver Transformationsprozesse im Rahmen des Kapitalismus und erst recht für den Einstieg in systemüberschreitende Transformationsverläufe sind die Verfasstheit und Wirkungsmacht alternativer Akteure entscheidend. Und diese entwickeln in Lateinamerika eine in Europa bisher nicht erreichte erhebliche Durchsetzungskraft. Die transformatorischen Kämpfe in Lateinamerika verlaufen allerdings wellenförmig wechselnd zwischen rebellischer Massenmobilisierung, veränderungsstarker populärer Selbstermächtigung und ihrer subversiven Wirkung auf verkrustete und autoritäre Strukturen einerseits und zeitweiligem Abebben dieses Elans sowie ambivalenter Befriedung des „Unten“ in der Gesellschaft durch die Integration progressiver Akteure in die staatlichen Mechanismen andererseits. Doch per Saldo agieren die alternativen Kräfte in Lateinamerika radikaler und in breiteren Bündnissen als in Europa.

Vielleicht sind deshalb die realen Chancen der Verflechtung innersystemischer emanzipatorischer Transformation mit dem Einstieg in systemüberschreitende Transformationsprozesse in Lateinamerika gegenwärtig größer als in Europa. Vielleicht können Transformationsprozesse in Lateinamerika daher künftig auch schneller als in Europa verlaufen – trotz der wirtschaftlich weit schwierigeren Ausgangslage. Doch sie sind angesichts ihres widerspruchreichen Verlaufs und der starken Machtpositionen konservativer und reaktionärer Kräfte ständig gefährdet und bedürfen gerade deshalb größter Solidarität. Drittens: Ein wesentlicher Unterschied bereits im gegenwärtigen Verlauf emanzipatorischer Übergangsprozesse in einigen lateinamerikanischen Ländern im Vergleich zu Europa wurzelt darin, dass zum Beispiel in Bolivien und Ecuador große indigene Teile der Bevölkerung von kapitalistischer und kolonialer Ausbeutung doppelt betroffen waren: als Unterdrückte wie alle

anderen subalternen Klassen und Schichten, aber außerdem mit besonderer Härte als national und ethnisch Diskriminierte. Ihr Selbstverständnis als Teil der Naturkreisläufe, ihre Jahrhunderte alten Kulturen, Weltsichten, kommunitären und mit Gemeineigentum verbundenen Lebensweisen sind durch die kapitalistische Industrialisierung besonders extrem bedroht. Aber sie bergen ebenso ein besonderes Kraftpotenzial für eine produktive Verbindung von progressiven Veränderungen mit traditionellen Erfahrungen und Wissensformen jenseits westlicher Denkstrukturen und Verhaltensweisen – auch wenn diese durch Modernisierungsprozesse zum Teil erodiert werden.

Daraus erwuchs ein besonders großer Anteil der indigenen Bevölkerung in beiden Ländern an den Kämpfen gegen die alten Regime und an progressiven Neuerungen bis zur Neukonstituierung dieser Staaten durch neue Verfassungen, in denen die Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen und der Mutter Erde erstmals festgeschrieben wurden. Die progressive Transformation in einer Reihe lateinamerikanischer Länder wurde durch diese Besonderheit in den Widerspruchs- und Kräftekonstellationen erheblich gestärkt.

Umso empfindlicher und heftiger reagieren indigene Bevölkerungsteile und ihre Organisationen auf eine Fortsetzung der Bedrohung ihrer Lebenswelten durch die nicht zuletzt mit ihrer Unterstützung zu partieller politischer Macht gelangten progressiven Präsidenten und Regierungen. Umso dringlicher ist eine empathische und kompromissbereite Politik ihnen gegenüber. Doch zugleich geht es auch darum, Kompromisse mit ihnen zu erreichen, wenn Regierungen für eine begrenzte Zeit Sozialpolitik zulasten von Naturressourcen betreiben und dabei tief in die Lebensräume indigener Teile der Bevölkerung eingreifen. Allerdings werden solche Kompromisse nur zu finden sein, wenn glaubhaft größte Anstrengungen unternommen werden, um in kürzestmöglicher Zeit Wirtschaftskapazitäten außerhalb des Primärsektors aufzubauen, die eine progressive Sozialpolitik auf ökologische Weise zu tragen vermögen.

Viertens: Der wiederholt hervorgehobene radikale Charakter des Handelns progressiver lateinamerikanischer Akteure und die nachweisliche Auslösung demokratischer Umgestaltungen, sozialer Programme und der Abwehr konterrevolutionärer Umsturzversuche durch das massive Aufbegehren großer Teile der Bevölkerung gegen die herrschenden Zustände verweisen auf die Richtigkeit einer Grundannahme in dem Konzept doppelter Transformation: dass wesentliche, tiefgreifende Transformationsprozesse nur unter der Voraussetzung der Formierung von kämpferischer Gegenmacht, nur getragen von einem emanzipatorischen Wandel in der öffentlichen Massenstimmung, nur durch die Herausbildung breiter Bündnisse erreicht werden können.

Nur unter diesen Voraussetzungen vollziehen sich Veränderungen im Charakter des Staates als „materialisiertes Kräfteverhältnis“ (Poulantzas), die auch in Europa erforderlich sind. Populäre Bewegungen eignen sich – wenn auch nicht selten durchkreuzt von Gegentendenzen – in einigen lateinamerikanischen Ländern staatliche Macht von unten an und schaffen dabei unter anderem räteähnliche Strukturen mit Verfügungsmacht über beachtliche Anteile an den Staatsfinanzen oder zumindest mit Einfluss auf sie. In welchen Formen könnten sich ähnliche Prozesse in Europa vollziehen? Wie können gegen die Dominanz neoliberaler Denkweisen und Verhaltensnormen eine öffentliche Wechselstimmung und die Überzeugung von der Möglichkeit alternativer Entwicklungen herausgebildet werden?

Die lateinamerikanischen Erfahrungen bieten Anregungen dafür. Erfolgreiche Kämpfe wurden um konkrete Projekte geführt. In den Verfassungsdiskursen wurden konkrete Schritte mit breiten öffentlichen Diskussionen über die in den Verfassungen zu verankernden Konturen einer besseren Gesellschaft verbunden. Die Vorstellungen davon speisten sich zum Teil aus Erzählungen vom *buen vivir*, *sumak kawsay* oder *suma qanana*, von einem erfüllten Leben. Auch in Europa bedarf die Linke einander Erzählungen, die das Gemeinsame der vielen Kämpfe und Projekte hervorheben und den voneinander getrennt handelnden Akteuren eine Gemeinsamkeit des Wirkens ermöglichen.

Die große Bedeutung von öffentlichen verfassungsgebenden Prozessen und schließlich der Verfassungen selbst in Bolivien, Ecuador und Venezuela entsprang dort gewiss spezifisch historischen Bedingungen. Gleichwohl sollte die Linke in Europa trotz des Scheiterns einer europäischen Verfassung erwägen, welche Bedeutung Verfassungsdiskurse womöglich auch für europäische Transformationsprozesse haben könnten (Brie 2014).

Fünftens: In den lateinamerikanischen Transformationsprozessen tritt deutlich der komplexe Charakter von Übergängen hervor. Sie sind nicht die bloße Summe zusammenhangloser Einzelmaßnahmen. Es kann zudem davon ausgegangen werden, dass die Summe der Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern Lateinamerikas ihre Wirkungsmacht erhöht. Darauf machen sowohl de Sousa Santos als auch Pomar, die zu unterschiedlichen politischen Kräften gehören, aufmerksam: „Die Transformationsprozesse in Gesamtheit auf dem Kontinent sind wesentlich als die in den einzelnen Ländern [...]. Der Prozess in Lateinamerika ist in seiner Gesamtheit qualitativ wichtiger als das, was in den einzelnen Ländern vor sich geht. Das zeigt uns, dass der Transformationsprozess einen potenziell mehr antiimperialistischen (national-kapitalistischen, antineoliberalen) als sozialistischen Charakter trägt.“ (Pomar 2010)

Der Extraktivismusdiskurs macht exemplarisch den engen Zusammenhang von Wirtschaft, Umwelt und Sozialem deutlich. Dieser Zusammenhang ist durchflochten von Weltsichten, im Falle Boliviens und Ecuadors nicht zuletzt von historisch tief verwurzelten Vorstellungen über Lebensqualitäten, Wertschätzung der Natur, menschliches Dasein als Teil der Natur und Ansprüche an zwischenmenschliche Beziehungen. Die boliviarische Revolution in Venezuela, die Bürgerrevolution in Ecuador und die bolivianische Revolution sind von kulturellen Vorstellungen in kritischer Distanz zur westlichen Moderne getragen. Eduardo Gudynas sieht in dieser Dimension des Kulturellen „eine Plattform, die die Welt auf andere Füße stellt“ (Gudynas 2012c: 37). Gewiss waren und sind beispielsweise für die Landlosenbewegung in Brasilien und in den Andenstaaten der Zugang zu Boden, für große Teile der Bevölkerung die Überwindung des Hungers oder für die BetriebsbesetzerInnen der Gewinn von Arbeitsplätzen primäre Interessen. Aber immer wieder scheint in den einzelnen Kämpfen eine kulturelle Grundkomponente auf, gibt die Vorstellung von einem erfüllten guten Leben den Akteuren Rückhalt und ist in gewissem Sinne der moralische Boden für ihr Handeln. Michael Brie betont in seinem Aufsatz „Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen“ (2014), dass der volle Reichtum menschlicher Persönlichkeitsentfaltung als eigentlicher Dreh- und Angelpunkt einer solidarischen gerechten Gesellschaft nur erreichbar ist, wenn der natürliche Reichtum, sozialer Reichtum menschlicher Beziehungen, gesellschaftlicher Reichtum, der durch die gesellschaftlichen Institutionen Vertrauen und Sicherheit stiftet, und kultureller Reichtum das Ganze von Transformationsprozessen

bestimmen. Die lateinamerikanischen Erfahrungen bestätigen dies. Sie legen der europäischen Linken eine entschieden größere Zuwendung zu kulturellen Dimensionen emanzipatorischer Transformation nahe.

Sechstens: Das Konzept einer doppelten Transformation schließt die Annahme ein, dass sich progressive Transformationsprozesse in Europa für längere Zeit wahrscheinlich im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse vollziehen werden. Als sich in Gestalt des New Deal in den USA und kapitalistischer Wohlfahrtsstaaten in Skandinavien eine innersystemische Transformation vollzog, wurde dies möglich, weil sich auch Teile der Machteliten einer solchen Entwicklung zuwendeten. Für Brasilien wurde in dem hier vorliegenden Beitrag festgestellt, dass sich Teile der internen Bourgeoisie mit der Politik Lulas arrangierten. Seine Regierung hielt internationale Verträge ein, leitete eine Außen- und Außenwirtschaftspolitik zugunsten der nationalen Souveränität Brasiliens ein, kam damit – unter anderem durch Industrieförderung und Exportsubventionen – den Selbstbehauptungsinteressen der internen Bourgeoisie gegen Herrschaftsbestreben der USA und internationale Konkurrenz entgegen und stützte mit den Anstrengungen zur Überwindung der Armut und zur Stärkung der Massenkaufkraft auch den Binnenmarktabsatz von Unternehmen. Die strikte Regulierung des Bankensystems durch die Regierung und die Beschränkung der Banken auf das Kreditgeschäft bei Ausschluss des Handels mit Derivaten trugen dazu bei, dass Brasilien die jüngste Finanzkrise ohne größere Bankenzusammenbrüche und staatliche Bankenrettungen überstand und sich relativ schnell von der Krise erholte. Das Wirken Brasiliens für eine andere globale Finanz- und Wirtschaftsordnung, für unabhängige Wirtschaftszusammenschlüsse in Lateinamerika und neue Süd-Süd-Bündnisse entsprach ebenfalls wichtigen Interessen auch der internen Bourgeoisie (Schmalz/Ebenau 2011: 59–79).

In Brasilien fand also die Annahme im Rahmen des Konzepts doppelter Transformation Bestätigung, dass unter bestimmten Umständen eine progressive innersystemische Transformation in gewissem Maße von Teilen der ökonomischen Machteliten mitgetragen werden kann. Zu überlegen ist, was dies für linke Politik in Europa bedeuten kann.

Doppelte Transformation – dieses Konzept mag helfen, die Kompliziertheit von Übergangsprozessen auch in Lateinamerika theoretisch besser zu erfassen und Diskurse darüber zu versachlichen. Die Grundthesen dieses Konzepts finden Bestätigung auch in den lateinamerikanischen Erfahrungen. Umgekehrt bergen die Erfahrungen der lateinamerikanischen Linken reiche Anregungen für künftige Transformationen in Europa. Es gibt keinen einseitigen Theorie- und Erfahrungstransfer, wohl aber wechselseitige Bereicherung.

Literatur

- Abed, Ahmed/Jablonowski, Maximilian/Schnell, Lucia/Stotz, Ben (2008): Venezuela und die Bolivarianische Revolution. Ein Land auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus. In: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz Verlag, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Band 47, S. 101–120.

- Acosta, Alberto (2011): Jenseits des Wachstums. Vortrag auf dem Attac-Kongress, 20.–22.5.2011, Berlin.
- Acosta, Alberto (2011): „Ohne Demokratie keine Revolution“. Deutsche Übersetzung de Video-Interviews in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 26.5.2011. Online unter http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Ausland/Lateinamerika/Interview_Acosta_deutsche_Uebersetzung.pdf.
- ALAI (2010): América Latina en Movimiento. Sumak Kawsay – Recuperar el sentido de vida. Februar 2010, Nr. 452.
- Antillano, Andrés (2013): Von der Demokratie der Straße zu den Consejos Comunales. „Demokratie von unten“ in Venezuela. In: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Hamburg: VSA, S. 29–47.
- Belluzzo, Luiz Gonzaga (2013): Os anos do povo. In: Sader, Emir: Lula e Dilma. 10 anos de governos pós-neoliberais no Brasil. Rio de Janeiro: FLACSO, S. 103–110.
- Boito, Armando (2012): Participar de modo independente da frente neodesenvolvimentista. In: Cadernos de Debates, 4. Nacionales Plenum der Consulta Popular, 15–18.11.2012.
- Boito, Armando (2013): Do neoliberalismo ao neodesenvolvimentismo. Análise crítica de uma década. In: Jornal da Unicamp, 21.10.2013.
- Boris, Dieter (2013a): Dogma der Unfehlbarkeit. In: ak – analyse & kritik Nr. 588, 1911.2013.
- Boris, Dieter (2013b): Staatlichkeit und Transformationsprozesse in Lateinamerika – eine aktuelle Debatte. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2013.
- Boris, Dieter/Wahl, Joachim (2013): Die Prozesse in Lateinamerika und die Positionierung der Linken. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, unv. Manuskript. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Ausland/Lateinamerika/A_KLA/Artikel_LA_Linke_wahl_boris.pdf.
- Borón, Atilio (2003): Estado, capitalismo y democracia en América Latina. Buenos Aires: CLACSO.
- Brand, Ulrich (2011): Alternativen zu Entwicklung. <http://www.rosalux.de/news/37436/alternativen-zu-entwicklung.html>, 25.3.2011.
- Brand, Ulrich/Dietz, Kristina (2013): Simples Freund-Feind-Denken. In: ak – analyse & kritik Nr. 587, 15.10.2013.
- Brie, Michael (2014): Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Eine Vier-in-einem-Perspektive. In: ders. (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 194–241.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! Reorganisation der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland. Hamburg
- Choquehuanca, David (2010): 25 postulados para entender el “Vivir Bien”. In: La Razón, 31.1.2010.
- Chrenko, Helma (2011.): Linksregierungen in Lateinamerika – Errungenschaften und offene Probleme. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, unv. Manuskript.
- Chrenko, Helma (2008): Bolivien – Aufbruch in eine neue Zeit. In: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz Verlag, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Band 47, S. 81–100.
- Chrenko, Helma/Wahl, Achim (2009): Die Europäische Union und die lateinamerikanische Linke. Studie für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, August 2009.
- Correa, Rafael (2010): Die kolumbianische Regierung will Lateinamerika in einen neuen Mittleren Osten verwandeln, Interview für Telesur, Caracas, 20.4.2010.
- Cortez, David/Wagner, Heike (2010): Zur Genealogie des indigenen „guten Lebens“ („sumak kawsay“) in Ecuador. In: Gabriel, Leo/Berger, Herbert (Hrsg.): Lateinamerikas Demokratien im Umbruch. Wien: Mandelbaum, S. 167–202.

- de Oliveira, Francisco (2009): Conjuntura da Semana. A reorganização do capitalismo brasileiro. <http://www.ihu.unisinos.br/cepat/cepat-conjuntura/507561-a-reorganizacao-do-capitalismo-brasileiro>, 11.11.2009.
- de Sousa Santos, Boaventura (2010): Conciliar diversas formas organizativas. In Lang, Miriam (Hrsg.): Democracia, Participación y Socialismo – Bolivia – Ecuador – Venezuela, Fundación Rosa Luxemburg, Oficina Región Andina, Quito, octubre 2010, S. 196.
- de Sousa Santos, Boaventura (2012): Plurinationalität – ein entscheidender Beitrag zur Demokratie. In: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 96, S. 17–27.
- de Sousa Santos, Boaventura (2014): A Revolução cidadã tem quem a defende? In: Carta Maior, 7.5.2014.
- Escobar, Arturo (2008 [1992]): Die Hegemonie der Entwicklung. In: Fischer, Karin/Sievers, Wiebke (Hrsg.): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: Mandelbaum, S. 264–277.
- Estrada Álvarez, Jairo (2013): Zur politischen Ökonomie der Sozialpolitik in Lateinamerika. Reflexionen über die progressiven Regierungen des Subkontinents. In: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Hamburg: VSA, S. 151–168.
- Ferrer, Aldo (2010): Interview: “El desarrollo es siempre un proceso de transformación en un espacio nacional” In: Crítica y Emancipación, Juli 2010, S. 121–143.
- Fraktion DIE LINKE (2013): Für eine gerechte und solidarische Welt. Entwicklungspolitische Leitlinien der Fraktion DIE LINKE. Berlin.
- Fundação Perseu Abramo (2011): Seminário Governos de Esquerda – Os governos e os caminhos para o socialismo, 1.7.2011.
- Gudynas, Eduardo (2012a): Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin.
- Gudynas, Eduardo (2012b): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung: In: FDCL/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.): Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. Berlin: FDCL-Verlag, S. 144–161.
- Gudynas, Eduardo (2012c): Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum. In: Lang, Miriam (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 96, S. 28–44.
- Guillén, Arturo R. (2006): Die Notwendigkeit einer alternativen Entwicklungsstrategie. Der Ansatz von Celso Furtado. In: Prokla 142, März 2006.
- Harnecker, Marta (2008): Reconstruyendo la izquierda. Buenos Aires u.a.: siglo xxi editores. Online unter www.rebelion.org/docs/97076.pdf (letzter Zugriff am 30.1.2015).
- Harnecker, Marta (2009): De los Consejos Comunales a la Comunas – Construyendo el Socialismo del Siglo XXI. <http://www.rebelion.org/docs/97085.pdf> (letzter Zugriff am 30.1.2015).
- Harnecker, Marta (2010): América Latina y el Socialismo del Siglo XXI. Inventando para no errar. <http://www.rebelion.org/docs/102813.pdf> (letzter Zugriff am 30.1.2015).
- Harnecker, Marta (2011): La Política Económica de la Izquierda Latinoamericana en el Gobierno: El Caso de la Republica Bolivariana de Venezuela (1999–2006). In Lander/Navarrete <http://www.tni.org/sites/www.tni.org/files/download/venezuelaeconomicpolicy-s.pdf>
- Harnecker, Marta (2013): Un mundo a construir (nuevos caminos). Mataró: El Viejo Topo.

- Harvey, David (2013): Organizarse para la transición anticapitalista. In: Rebelión, 20.3.2013.
- Harvey, David (2014): Das democracias totalitárias ao pós-capitalismo. Beitrag vom 14.3.2014, unter: <http://outraspalavras.net/outrasmidias/destaque-outras-midias/das-democracias-totalitarias-ao-possivel-pos-capitalismo/> (letzter Zugriff am 28.1.2015).
- Houtart, Francois (2011): El concepto de sumak kawsai (buen vivir) y su correspondencia con el bien común de la humanidad. <http://alainet.org/active/47004&lang=es>, 2.6.2011.
- Houtart, Francois (2013): El desafio fundamental para Bolivia, Venezuela y Ecuador es definir la transición bajo un nuevo paradigma poscapitalista. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=176401>, 5.11.2013.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.
- Kroch, Ernesto (2008): Eine neue Ära hat begonnen. Stand und Perspektiven linker Regierungen in Lateinamerika. In: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz Verlag, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Band 47, S. 9–26.
- Land, Rainer (2011): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung. Thünen-Institut für Regionalentwicklung, <http://www.rla-texte.de/texte/1%20Evolution/Wachstum%20oder%20Entwicklung.pdf>.
- Lander, Edgardo (2007): Aonde vai o socialismo de Chávez? In: Biblioteca Diplo, 7.12.2007.
- Lander, Edgardo (2010). Interview. O chavismo em seu curto circuito. <http://outraspalavras.net/mundo/america-latina/o-chavismo-em-seu-curto-circuito/> 28.1.2010.
- Lander, Edgardo (2013): En América Latina no estamos partiendo del cero en la lucha por los comunes. <http://pillku.com/article/en-america-latina-no-estamos-partiendo-del-cero-en/>, 24.6.2013.
- Lander, Edgardo (2014): Extraktivismus in Bolivien, Ecuador und Venezuela – Spannungsfelder und Widersprüche. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, unv. Manuskript.
- Lander, Edgardo/Navarrete, Pablo (2007): La Política Económica de la Izquierda Latinoamericana en el Gobierno: Venezuela. Herausgegeben von Havens Center, Rosa-Luxemburg-Stiftung und Transnational Institute, Amsterdam.
- Lang, Miriam (2010): Recuperar el Estado o buscar la emancipación? In: dies./Santillana, Alejandra (Hrsg.): Democracia, participación y socialismo. Bolivia – Ecuador – Venezuela. Quito: Fundación Rosa Luxemburg, S. 7–22.
- Lang, Miriam (Hrsg.) (2011): Más Allá del Desarrollo. Quito: Fundación Rosa Luxemburg.
- Lang, Miriam (2012): Linke in Europa und Lateinamerika heute: Solidarität, Reziprozität und Internationalismus. In: dies. (Hrsg.): Demokratie, Partizipation, Sozialismus. Lateinamerikanische Wege der Transformation. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 96, S. 7–16.
- Lebowitz, Michael (2007): Las luchas por el socialismo bolivariano. <http://www.rebelion.org/noticia.php?id=55001>, 17.8.2007.
- Linera, Álvaro García (2006): Interview mit Pablo Stefanoni "No estamos pensando en socialismo sino en revolución democratizadora", In: Le Monde Diplomatique (Bolivia). 13.4.2006
- Linera, Álvaro García (2009): Interview in Le Monde Diplomatique (Bolivia, O atual momento político do governo Evo Morales veröffentlicht in Carta Maior, 13.8.2009.

- Linares, Álvaro García (2010): El sujeto revolucionario es el que hace la revolución. Interview in: ALAI, América Latina en Movimiento, www.alainet.org/active/35302&lang=es, 4.1.2010.
- Linares, Álvaro García (2010): La construcción del Estado”, In: Crítica y Emancipación. Revista Latinoamericana de Ciencias Sociales 2/4.
- Linares, Álvaro García (2011), Interview, A Bolívia vive um novo momento da sua história. In: Página/12, 30.5.2011.
- Linares, Álvaro García (2011): „Não haverá nunca mais uma Bolívia sem índios“. Interview in Carta Maior, 21.11.2011.
- Matthes, Sebastian (2012): Eine quantitative Analyse des Extraktivismus in Lateinamerika. In: OneWorld Perspectives, Universität Kassel, Working Papers 02.
- Maya, Margarita Lopez/Lander, Luis E. (2009): El socialismo rentista de Venezuela ante la caída de los precios petroleros internacionales. In: La Izquierda en el Gobierno. Comparando América Latina y Europa. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Brüssel.
- Mayer, Hans (2000): Bürgerliche Endzeit. Reden und Vorträge 1980–2000. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Mokrani, Dunia (2011): Konfliktszenarien in der zweiten Amtszeit von Evo Morales. Papers RLS, Oktober
- Moldiz Mercado, Hugo (2007): Bolivia: Crisis estatal y proceso de transformación. In: Stoliczka, Beatriz (Hrsg.): Gobiernos de izquierda en América Latina – un balance político. Bogotá: Ediciones Aurora.
- Patiño, Ricardo (2011): Reflexiones acerca del instrumento político que hoy se necesita. Entrevista de Marta Harnecker a Ricardo Patiño y Eduardo Paredes. <http://www.rebelion.org/docs/129102.pdf>, 8.11.2011.
- Peralta, Pablo Ospina (2013): Temporäre Versprechen. Der Wandel im Akkumulationsregime in Ecuador. In: Zelik, Raul/Tauss, Aaron (Hrsg.): Andere mögliche Welten? Krise, Linksregierungen, populäre Bewegungen. Eine lateinamerikanisch-europäische Debatte. Hamburg: VSA, S. 108–128.
- Pomar, Valter (2007): Comunicação, In: Portal da Fundação Perseu Abramo, 16.2.2007.
- Pomar, Valter (2010): Rede in der Sitzung des Nationalen Direktoriums der PT, 19.11.2010.
- Pomar, Valter (2010): Analisis de informes latinoamericanos. In: Daiber, Birgit (Hrsg.): América Latina en Marcha – ¿y Europa? La izquierda en el gobierno, comparando América y Europa. Konferenzdokumentation. Brüssel: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Prada, Raul (2010): Abbau des Staates und Neukonstituierung der Gesellschaft. Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat. Vortrag im Seminar „Demokratie, Partizipation, Sozialismus“ des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Quito.
- Prada, Raul (2010): Deconstruir el Estado y refundar la sociedad. Socialismo comunitario y Estado plurinacional. Seminar des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung Quito, Juni 2010.
- Quijano, Anibal (2004): Das Labyrinth Lateinamerikas – Gibt es andere Auswege? In: Revista Venezolana de Economía e Ciencias Sociales, Januar/April, Band 10, Nr. 1.
- Quijano, Anibal (2006): Estado-nación y “movimientos indígenas” en la región Andina: cuestiones abiertas. In: OSAL, Jahrgang 7, Nr. 19.
- Rauber, Isabel (2010): Revoluciones desde abajo – Gobiernos populares y cambio social en Latinoamérica. Buenos Aires: Ediciones Continente.
- Sader, Emir (2009): Postneoliberalism in Latin America. In: Development Dialogue Nr. 51, Januar 2009, S. 171–180.

- Sader, Emir (2009): Izquierda social y politica. La orfandad de la estrategia. <http://www.cetri.be/spip.php?article1317>, 4.9.2009.
- Sader, Emir (2013): Lula e Dilma. 10 anos de governos pós-neoliberais no Brasil. Rio de Janeiro: FLACSO.
- Schmalz, Stefan und Ebenau Matthias, Auf dem Sprung – Brasilien, Indien und China. Zur gesellschaftlichen Transformation in der Krise. Reihe: einundzwanzig. Hg. Dieter Klein/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 4, Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin 2011, S. 59–79.
- Stefanoni, Pablo (2012): Encrucijadas del proceso de cambio boliviano. In: Crítica y Emancipación, Jahrgang 4, Nr. 7, S. 9-27.
- Tubino, Najar (2013): Cooperativismo e agroecologia: Ecocitrus, o despertar de um gigante. In: Carta Maior, 14.12.2013.
- Wahl, Joachim (2008): Die Linke Lateinamerikas und die sozialen Bewegungen. In: Modrow, Hans/Schulz, Dietmar (Hrsg.): Lateinamerika, eine neue Ära? Berlin: Karl Dietz Verlag, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Band 47, S. 121–130.
- Wahl, Joachim (2011): Die Transformationsdiskussion der Linken in Lateinamerika anhand ausgewählter Personen und mit dem Schwerpunkt Brasilien. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, unv. Manuskript.
- Wahl, Joachim (2013): Die Lösung kann nur eine linke sein. In: Zeitschrift Marxistische Blätter, Heft 5/13.
- Wallerstein, Immanuel (2012): Programa neodesenvolvimentista dos dois últimos presidentes mudou a face do país, mas chegou a encruzilhada: ou se aprofunda, ou estagnar. Von Felipe Amin Filomeno. In Carta Maior, 12.8.2012
- Zelik, Raul (2011): Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communitarismus anders denken. Hamburg: VSA.

KOMMENTAR ZUM TEXT: PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?

Der von mir gewünschte „Input“ zur Diskussion des oben benannten Textes beginnt mit der Feststellung, dass mir dieser Beitrag sehr gut gefallen hat und meine Diskrepanzen in Inhalt und Form nur marginal sind. Deswegen werden meine Bemerkungen eher Anregungen, Ergänzungen und vielleicht andere Akzentuierungen enthalten.

Grundsätzlich scheint es mir originell und begrüßenswert zu sein, den Theorieansatz der „doppelten Transformation“ auch auf Lateinamerika zu beziehen, seine Tragfähigkeit und seinen Erklärungswert an herausragenden regionalen Beispielen zu überprüfen. Die damit gemeinte Verschränkung von „reformerischen“ und „revolutionären“ Elementen im Veränderungsprozess, von systemimmanenter und systemtranszendierender Transformation trifft m. E. einen Kern der kontrovers diskutierten Veränderungen in Lateinamerika. Denn es besteht wohl weitgehend Einigkeit darüber, dass die jüngsten Wandlungsprozesse in Lateinamerika, speziell in den sogenannten „bolivarianischen“ Staaten (Venezuela, Bolivien und Ecuador) mit bisher üblichen Kategorien und theoretischen Annahmen, die aus der Analyse sozialdemokratischer, kommunistischer oder früherer linker Umwälzungsversuche in Lateinamerika stammen, kaum adäquat zu fassen sind und daher dieses Novum auch neuer theoretischer Anstrengung und neuer Kategorien bedarf (Ellner 2014: 1 ff.).

Bevor auf Lateinamerika und die darauf bezogenen Passagen bei Klein/Wahl eingegangen wird, sollen noch einige theoretische Fragen des Konzepts der „doppelten Transformation“ angesprochen werden, wobei der Verfasser zugeben muss, die bisherige Debatte nicht sehr intensiv verfolgt zu haben. Ich vermute, dass bei der Konzeptualisierung der „doppelten Transformation“ zum einen ein mehrdimensionaler Prozess auf verschiedenen Ebenen thematisiert wird, zum anderen aber eine Theorie unterschiedlicher Zeitstrukturen oder temporaler Modi äußerst wichtig sein dürfte, da wohl niemals von parallel laufenden Geschwindigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen ausgegangen werden kann. Die Frage, inwieweit sich im Transformationsprozess „gleichzeitige Ungleichzeitigkeiten“ verstärken oder abschwächen, wird wahrscheinlich großen Einfluss auf die Formen und Resultate der Veränderungen haben. Eine weitere sich daran anschließende Frage ist, ob und wenn wie und wer diese differierenden temporalen Muster beeinflussen kann. Anregungen zur Verknüpfung der Analyse von Transformationsprozessen im Lichte unterschiedlicher Zeitstrukturen ließen sich bei Fernand Braudel, Reinhart Koselleck, aber auch schon bei Émile Durkheim und Norbert Elias gewinnen. Ein weiteres, sicherlich schon vielfach bedachtes Problem scheint darin zu liegen, dass zwischen systemimmanenten Veränderungen („Reformen“/Projekten) und systemtranszendierenden Zielen weder lineare Abfolgen noch Ergänzungsverhältnisse bestehen; vielmehr verweisen historische Erfahrungen mit sozialdemokratischen Parteien in Europa darauf, dass im Laufe der Dekaden (oder: sogar nach 100 Jahren) sozialdemokratische Reformen den antikapitalistischen Impetus erlahmen ließen, da gerade diese – qua Konsumsteigerung, Sozialstaat etc. – eine weitgehende Integration großer

Bevölkerungsmehrheiten in die bestehende Gesellschaft bewirken konnten. Die konzeptionelle und danach die praktisch-politische Frage muss daher sein, wie die Reformprojekte angelegt sein müssen und welche politischen Lernprozesse vollzogen werden müssen, um nicht bei systemimmanenten Reformen stehen zu bleiben.

An verschiedenen Stellen des Beitrags von Klein/Wahl wird auf die realen Möglichkeiten der Links- bzw. Mitte-links-Regierungen im nationalen und internationalen Raum hingewiesen, um nicht zu hohe Erwartungen zu hegen. Einmal ist von der Ausgangslage dieser Regierungen die Rede (S. 19). Dieser Punkt scheint mir noch stärker akzentuiert werden zu müssen. Gegen eine unhistorische und unökonomische Sichtweise ist zu betonen, dass manche Gesellschaften bei Regierungsantritt linker Regierungen sich in einem chaotischen und extrem desolaten Zustand befanden, ihre Institutionen, einschließlich des Staatsapparats waren nur in sehr geringem Umfang arbeitsfähig. Hier sei auf Ecuador als Beispiel verwiesen.

Auf politischer Ebene herrschte spätestens von Mitte der 1990er Jahre bis Mitte des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts eine extreme Instabilität in Ecuador (häufige Regierungswechsel, Putschversuche, Aufstände, rasch aufeinander folgende Neuwahlen mit „Siegen“ von Oligarchiepräsentanten etc.); ökonomisch war das Land von einer lang andauernden Rezession und einem starken Rückgang des BIP über mehrere Jahre hinweg, von enormer Arbeitslosigkeit und Armutssteigerung in einem bis dahin kaum gekannten Ausmaß, von Emigration von ca. 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung (in die USA, nach Europa) gekennzeichnet, durch Verlust der Währungshoheit infolge des Übergangs zum US-Dollar als Landeswährung etc. – eine katastrophale Ausgangslage für die seit 2007 amtierende Regierung Rafael Correas.

Mittels einer Fülle von wirtschafts-, finanz-, steuer- und sozialpolitischen Maßnahmen, die allesamt eine gewisse linkskeyensianische Färbung aufweisen, ist es der Regierung Correa gelungen, nicht nur das ökonomische Wachstum aufzunehmen, sondern auch bedeutende soziopolitische Fortschritte zu realisieren. Ohne diese weithin spürbaren und anerkannten Erfolge wäre es schlicht unverständlich, dass dieser Präsident 2009 und 2013 jeweils im ersten Wahlgang wiedergewählt worden ist, 2013 mit 57 Prozent der Stimmen – bei hoher Wahlbeteiligung. Es scheint kaum nachvollziehbar zu sein, wie bei einer derartigen gesellschaftlichen und elektoralen Anerkennung ein so intelligenter sozialphilosophischer und rechtssoziologischer Experte wie Boaventura de Sousa Santos (nur ein Jahr nach dieser triumphalen Wiederwahl) davon sprechen kann, dass Correa riskiere, „eine Bürgerrevolution ohne die Bevölkerung voranzutreiben zu müssen oder – was auf dasselbe hinauslaufen würde – nur mit denjenigen, die sich wie Untertanen verhalten“ (de Sousa Santos 2014: 3). Abgesehen von dem fragwürdigen Demokratieverständnis, welches hier sichtbar wird, scheint die bis dahin diplomatisch gezügelte Sprache völlig zu entgleisen...

Zweifellos gibt es zahlreiche Aspekte in der Politik Correas, die aus linker Sicht problematisch, nicht akzeptabel oder zumindest ambivalent sind (keine konsequente Agrar- und Landreform, gesellschaftspolitisch konservative Positionen bezüglich Abtreibung, gelegentlich rüder Umgang mit der Opposition, relativ starke Personalisierung der Politik – gerade in Bezug auf den Präsidenten etc.). Aber auch wenn dies kritisch zu vermerken ist, darf nicht das Gesamtpanorama aus dem Blick geraten: Aus einem als unregierbar geltenden Land (2006) ist eine politisch stabile Konstellation erwachsen, die ökonomische Regression ist

nicht nur aufgehalten, sondern deutlich über mehrere Jahre hinweg sehr ins Positive verkehrt worden. Wobei dies keineswegs ausschließlich durch vermehrte Rohstoffausbeute/-exporte und bei völliger Vernachlässigung der Umweltschäden sowie in scharfer Konfrontation mit den entsprechenden sozialen Bewegungen geschah. Dies ist ein Zerrbild der Wirklichkeit, das keiner Überprüfung Stand hält und im Übrigen die dauerhaften politischen Erfolge der Regierung Correa völlig unerklärlich erscheinen ließe. Hohe Wachstumsraten des BIP mit entsprechenden Steigerungen der (durchschnittlichen) Pro-Kopf-Einkommen um fast das Doppelte im Zeitraum von 2006 bis 2013, spürbare Realloohnerhöhungen sowie deutlich verbesserte Arbeits- und Sozialgesetze (in die erstmals auch prekär und informelle Arbeitende einbezogen wurden) haben zu einer erheblichen Senkung der Armutsquote sowie zu einer Verringerung der Ungleichheitsrelationen geführt (Becker 2014: 145 f.). Innerhalb dieser sieben Jahre konnte ein fast verdreifachtes Steueraufkommen von der Regierung erzielt werden (2006: 4,5 Milliarden US-Dollar; 2013: 12,78 Milliarden US Dollar), was freilich deren Steuerfähigkeit erheblich erhöht hat. Zentral ist hierbei, dass dieses erhöhte Steueraufkommen – entgegen der stereotypen, aber empiriefern Vorwürfe bestimmter KritikerInnen – nicht nur und vielleicht nicht in erster Linie aus erhöhten Einnahmen aus dem Erdöllexport (gestiegene Royalties/Lizenzgebühren, höhere Steueranteile an den Gewinnen) resultiert, sondern ganz wesentlich auch aus einer Verbesserung des Steuersystems, in welchem höhere Anteile direkter Steuern durchgesetzt, spekulative Finanztransaktionen wesentlich höher besteuert sowie strengere Methoden der Steuereintreibung und rigideres Vorgehen gegen säumige SteuerzahlerInnen praktiziert wurden (Schützhofer 2014). Auf diese Weise konnte der Staatsapparat erst wieder in die Lage versetzt werden, mittel- und längerfristige entwicklungspolitische Konzepte zu entwerfen und mit deren Implementation zu beginnen.

Die Anteile des verarbeitenden Sektors haben sich im genannten Zeitraum – bei hohen Gesamtwachstumsraten – konstant gehalten, was einer entsprechenden Vergrößerung der Industrieproduktion entspricht – und gezielte Maßnahmen der staatlichen Förderung, zum Beispiel von Klein- und Mittelbetrieben und die Einrichtung von Technologie- und Industrieparks (zum Beispiel Yachay) einschließt. Die von den lautstarken „KämpferInnen“ gegen den „Extraktivismus“ und „Neoextraktivismus“ bezeichneten ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachteile und Gefahren werden in der Regel von den meisten BeobachterInnen eingeräumt (zum Beispiel Boris 2013: 118 f.). Die Frage besteht aber darin, unter welchen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen Rohstoffproduktion betrieben wird und wie und in welchem Zeiträumen eine Reduktion der relativen Bedeutung dieser Produktionszweige erreicht werden kann, also eine Variante von „gemäßigtem Extraktivismus“, wie Gudynas es bezeichnet, gefunden werden kann. Eine pauschale Ablehnung von Rohstoffgewinnung überhaupt – wie sie nicht selten augenblicklich zu hören ist – muss erklären, woher die Grundstoffe für Elektrogeräte, Batterien, Fahrzeuge, Möbel Stromleitungen, Kosmetika, verarbeitete Nahrungsmittel, Konsumgüter, Investitionsgüter und Halbfabrikate generell herkommen sollen. Dass die Natur und die von ihr hervorgebrachten Ressourcen endlich sind und der ausschließliche Export unverarbeiteter Rohstoffe entwicklungstheoretisch fatal sein kann, zählt eigentlich zu den Binsenweisheiten, die spätestens seit Anfang der 1970er Jahre ins sozialwissenschaftliche Denken auch hierzulande Einzug gehalten haben; dazu scheint es der „Entdeckung“ andiner Kosmovisionen, die

sympathischerweise den pfleglichen Umgang mit der Natur zum Inhalt haben, gar nicht so sehr bedurft zu haben, wie manche TeilnehmerInnen der Diskussion nun ihr „Erweckungserlebnis“ schildern. Die schrille und pauschale Ablehnung jeglicher Rohstoffausbeute vergisst vielleicht allzu schnell, dass – nach der Vertreibung aus dem Paradies – ein Philosoph und politischer Ökonom des 19. Jahrhunderts die menschliche Arbeit als eherne Bedingung des gesellschaftlichen und individuellen Überlebens, und diese menschliche Arbeit als notwendige „Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur“ bzw. „die Umformung der Natur“ bezeichnet hat.

Natürlich verschwinden bei einer derartig beschränkten Sichtweise bedeutende Veränderungen in der ecuadorianischen Gesellschaft während der letzten Jahre – zum Beispiel die Tatsache, dass der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP von 4,5 Prozent (2006) auf 12,6 Prozent (2012) gesteigert werden konnte, was die bedeutend angestiegenen Ausgaben für Infrastrukturen (Straßenausbau, Häfen, Elektrizitätsversorgung und für das Bildungs- und Gesundheitswesen) reflektiert. Bezüglich der Bildungspolitik ist ein zentrales Ziel der Regierung Correa, für eine hohe Qualität von Ausbildung in öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Universitäten) bei vollständiger Kostenfreiheit zu sorgen, wobei bereits große Fortschritte gemacht werden konnten. In keinem Land Lateinamerikas (außer Kuba) ist die soziale Herkunft ein geringeres Hindernis für Schul- und Hochschulzugang wie in Ecuador. Seit Amtsantritt Correas ist die Zahl der Studierenden signifikant gestiegen und der Anteil von Indigenen und AfroecuadorianerInnen hat sich deutlich erhöht. Der gesellschaftliche Stellenwert des Lehrerberufs wurde durch vielfältige Maßnahmen (unter anderem bessere Ausbildung, Evaluationen, höhere Vergütung etc.) deutlich angehoben.

Umweltpolitische Maßnahmen der Regierung Correa werden von der hier kritisierten – beschränkten – Sichtweise gar nicht ins Visier genommen. Dass in dem Erdölland beispielsweise eine völlige Umstellung auf erneuerbare Stromerzeugung – durch Wasserkraftwerke – geplant ist (und seit Amtsantritt Correas bereits 5,5 Milliarden US-Dollar investiert wurden) dürfte ebenso unbekannt sein wie der Abbau von Subventionen für Flüssiggas (zum Kochen) und die Schaffung von Anreizen für elektrische Kochplatten, was mittelfristig fast eine Milliarde Dollar einsparen würde und zudem die heimische Haushaltswarenindustrie in entsprechender Weise entwickeln helfen kann. Auch Subventionen für Treibstoff sollen reduziert werden; daneben gibt es Recyclingprogramme, die Importe von Rohmaterialien im Wert von hunderten von Millionen US-Dollar einsparen (Schützhofer 2014).

Summa summarum: Erstens hat es nichts mit dem „Hochjubeln“ von Erfolgen der Linksregierungen zu tun, wenn auf Fortschritte aufmerksam gemacht wird und statt der Konzentration auf einen Aspekt („Extraktivismus“) die breite Palette der Gesamtkonstellation – mit allen Vorzügen und Defiziten – ins Visier genommen wird, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit für eine sozialwissenschaftliche Betrachtungsweise sein sollte. Zweitens ist das gebetsmühlenartige – und ziemlich inhaltsleere – Insistieren auf *sumak kawsay* (dem „guten Leben“) wirklich nicht ausreichend, um auch nur annähernd anzudeuten, wer, wie und was produziert werden soll und wie die Gesellschaft sich insgesamt reproduzieren kann. Ein vollständiges, detailliertes „Programm alternativer Wirtschaftspolitik“ (Klaus Meschkat) wird von niemandem gefordert, wohl aber die Präsentation von Ansätzen einer real möglichen und wünschenswerten mittel- und

langfristigen wirtschaftspolitischen Schwerpunktbildung, die über Hinweise auf Subsistenzproduktion, Kunsthandwerk und Ökotourismus hinausgeht. Eine solche Aufgabenstellung sollte man von jedem verantwortlich denkenden Politiker und Wissenschaftler (falls dieser die Politik beraten möchte) erwarten dürfen. Das hat mit „Argumentationen“ aus der Zeit des „real existierenden Sozialismus“ überhaupt nichts zu tun.

An manche Stellen des Textes von Klein/Wahl finden sich Passagen, die eine relativ statische „indigene Gemeinschaft“ suggerieren, wenn zum Beispiel erklärt wird, dass eine bestimmte Wirtschaftspolitik „ihre Jahrhunderte hindurch bewahrte Selbsteinordnung in die Naturkreisläufe der Mutter Erde, ihre ursprünglichen Kulturen und gemeinschaftlichen Lebensweisen zu zerstören droht“ (S. 20). Meines Erachtens wird in diesen Formulierungen – bei allem Festhalten an kulturellen Mustern und Werten – die Historizität der indigenen Gemeinschaften unterschätzt und überdies – implizit – eine Homogenität dieser Gemeinschaften unterstellt, die in dieser Art längst nicht mehr existiert. Urbanisierungsprozesse, technische Neuerungen, moderne Kommunikationssysteme, höhere Bildung und vor allem intensive Migrationsprozesse (zum Teil ins benachbarte Ausland) haben gerade in den letzten Jahrzehnten erhebliche Veränderungen in Richtung auf Hybridkulturen und eine gewisse „mestizische“ Lebensweise mit sich gebracht; ohne diese Impulse scheinen im Übrigen die neuerdings besonders wichtigen indigenen Bewegungen in vielen Ländern Lateinamerikas kaum erklärlich zu sein. So zum Beispiel haben sich offenbar die langwierigen Streitigkeiten um eine „indigene Rechtskultur“ und die Möglichkeit der Wahl indigener Rechtsprechung in bestimmten Regionen mittlerweile relativiert, da insbesondere jüngere Mitglieder von Dorfgemeinschaften die allgemeine Justiz gegenüber der (ohnehin nur für bestimmte Delikte zuständigen) indigenen Justiz vorziehen. Das durchaus dynamische und keineswegs homogene Selbstverständnis als „indigen“ oder „nichtindigen“ kann einem überraschend schnellen Wandel unterliegen. So waren es noch Ende der 1990er Jahre des letzten Jahrhunderts in Bolivien über 60 Prozent der Menschen, die sich selbst als „indigen“ klassifizierten, während eine neue Volksbefragung und Bevölkerungsstudie (2012/13) zutage förderte, dass sich gegenwärtig „nur noch 42 % der BolivianerInnen als Nachfahren und Teil der alten Kulturen bezeichneten, die das Land vor der Kolonisierung durch die Spanier prägten.“ (Archondo 2014: 5)

Das verweist auch auf die Gefahr der Ontologisierung und Idealisierung „indigener Gemeinschaften“, die manche lateinamerikanischen und europäischen Intellektuelle häufig als prinzipiell „Gute“ bzw. „HoffnungsträgerInnen“, die auch durchweg ökologisch und politisch höchst korrekt auftreten, wahrnehmen, während die „bösen Regierungen“ (vor allem die Linksregierungen) nur am kruden Machterhalt und brutaler Modernisierung orientiert sind, einschließlich extremer Umweltzerstörung, zudem sie sich nahe an der notorischen Korruptionsanfälligkeit, dem Klientelismus, Personalismus, Autoritarismus etc. befinden). Gelegentlich erinnern manche Diskurse dieser Art an jene, die im 18. Jahrhundert inmitten der Aufklärung aufkamen und wo man plötzlich für den „bon sauvage“ („guten Wilden“) zu schwärmen begann. (Siehe zur Korrektur solcher Sichtweisen die Zitate von Francois Houtart im Text von Klein/Wahl, S. 44 f.)

Nach diesem „ersten Aufschlag“ von Klein/Wahl, in welchem die gegenwärtigen lateinamerikanischen Veränderungen in das Koordinatensystem des Konzepts der „doppelten Transformation“ eingeordnet wurden und damit interessante theoretische Fragen angeregt

oder zugespitzt wurden, ist freilich noch viel theoretische Anstrengung und einiges an empirischer Arbeit zu leisten. Die sozialstrukturellen Veränderungen im Verlauf des Transformationsprozesses, der Wandel und die Neuprofilierung der verschiedenen sozialen Milieus, der Träger von weiteren progressiven Entwicklungen, der Jugend etc. sowie das genaue Studium der Veränderungen der Kräfteverhältnisse (wie werden diese gemessen und adäquat analysiert?) – sind weitere Desiderate für zukünftige Forschungen, die von diesem Konzept ihren Ausgang nehmen können. Die Probleme von aufsteigenden und vergrößerten Mittelschichten, deren neuen Ansprüche, Orientierungen und Verhaltensweisen sind nicht zuletzt durch die brasilianische Massenbewegung im Juni/Juli 2013 (ein Jahr vor der Fußballweltmeisterschaft) virulent geworden und spielen sicherlich auch in künftigen Wahlprozessen eine erhebliche Rolle.

Die Fortsetzung und Festigung der lateinamerikanischen Integrationsmodelle (MERCOSUR, ALBA etc.) und die damit verbundenen mittel- und längerfristigen ökonomischen Perspektiven sind zum Beispiel weitere Themen, die dringend intensiverer Bearbeitung bedürfen. Die Gefahren, die damit verbunden sind, dass die begonnenen Demokratisierungsprozesse nicht vertieft werden (durch zu starke Zentralisierung von Macht, wie Klaus Meschkat befürchtet) sind ebenso wie die Politikfelder Bildungssysteme, öffentliche Infrastrukturen sowie das Gesundheitswesen Bereiche, die nicht nur für die aktuelle Verbesserung der Lebensumstände der großen Mehrheit der Bevölkerung zentral sind, sondern zugleich auch Felder, in denen neue Projekte, die eine systemtranszendierende Dimension enthalten, für die weitere Zukunft höchst relevant sein dürften.

Literatur

- Archondo, Rafael (2014): Regulierter Kapitalismus. In: Gabbert, Karin (Hrsg.): Bolivien wählt. www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Bolivien_waehlt.pdf
- Becker, Marc (2014): Rafael Correa and Social Movements in Ecuador. In: Ellner, Steve (Hrsg.): Latin America's Radical Left. Challenges and Complexities of Political Power in the Twenty-first Century. Lanham u. a.: Rowman & Littlefield, S. 127–148.
- Boris, Dieter (2013): Im Labyrinth von „Post-Entwicklung“ und „Buen Vivir“. In: LuXemburg 2/2013, S. 115–120.
- Ellner, Steve (2014): Introduction. In: ders. (Hrsg.): Latin America's Radical Left. Challenges and Complexities of Political Power in the Twenty-first Century. Lanham u. a.: Rowman & Littlefield, S. 1–21.
- de Sousa Santos, Boaventura (2014): Die Bürgerrevolution in Ecuador am Scheideweg. Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 14/2014.
- Schützhofer, Timm Benjamin (2014): Arbeitsmaterialien zum Dissertationsprojekt „New Deal in den Anden? Ecuadors Linkswende als Herausforderung für die Rententheorie“ (Arbeitstitel) (unveröffentlicht).

KOMMENTAR ZUM TEXT: PROGRESSIVER WANDEL IN LATEINAMERIKA – DOPPELTE TRANSFORMATION?

Schon der Versuch, endlich eine wachsende Kluft zwischen unterschiedlichen Gedankenwelten wichtiger VordenkerInnen einer kritischen Linken zu überbrücken, verdient Aufmerksamkeit und Anerkennung. Da gibt es auf der einen Seite VerfasserInnen von Theorieentwürfen, die sich ausschließlich um ein Begreifen der sozialen Wirklichkeit des eigenen Landes oder bestenfalls Europas bemühen – und auf der anderen Seite LateinamerikakennerInnen, die sich auf das Verstehen spezifischer Wesenszüge der Entwicklung „ihrer“ bevorzugter Reise- und Studienländer jenseits des Atlantik spezialisiert haben. Einer eurozentrierten Borniertheit steht auf der anderen Seite oft die idealisierende Verklärung möglichst fernliegender Revolutionsprozesse gegenüber, nach deren Scheitern fast immer einem neuen Hoffnungsträger uneingeschränkte Solidarität versichert werden kann.

Internationalismus sollte anders aussehen und zunächst einmal auf Wechselseitigkeit basieren: So wie deutsche TheoretikerInnen gut daran tun, die Entwürfe und Debatten der Linken Lateinamerikas zu rezipieren, sollten wir unseren lateinamerikanischen WeggefährtenInnen behilflich sein, wenn sie zu verstehen suchen, weshalb der sogenannte „reale Sozialismus“ des 20. Jahrhunderts zu unseren Lebzeiten so kläglich zugrunde gegangen ist und ein so schweres Erbe hinterlassen hat. Mir scheint, dass der Begriff der „doppelten Transformation“ bei eben diesem Scheitern vergangener Revolutionskonzepte ansetzt und daraus Konsequenzen für eine künftige Strategie der Linken ziehen möchte. Dass Dieter Klein und Achim Wahl es dann unternehmen, die Entwicklung der progressiven Regime in Lateinamerika unter diesem Blickwinkel zu sehen, bezeugt eine sehr begrüßenswerte Absicht der Überwindung eurozentrischer Beschränktheit.

Lateinamerikanische MarxistInnen haben schon in der Vergangenheit die hiesigen Diskussionen über den Weltzusammenhang von Unterdrückung und Ausbeutung befördert. So war es vor 40 Jahren mit dem Begriff der *dependencia*, der bei uns durch die von Dieter Senghaas herausgegebenen Sammelbände mit Texten lateinamerikanischer Autoren bekannt wurde. Es scheint, dass heute wiederum vergleichbare Impulse von Lateinamerika ausgehen: In den Diskussionen um die neuen Verfassungen von Ecuador und Bolivien wurde aus den indigenen Sprachen der Begriff des *buen vivir* entlehnt, der uns vermutlich dabei helfen kann, eine auf der unbegrenzten Ausbeutung der Natur basierende Vorstellung von Fortschritt und Entwicklung zu überwinden. Von zentraler Bedeutung scheint mir auch die Konkretisierung einer Kritik an „Extraktivismus“ und auch am „Neoextraktivismus“ der progressiven Regime des Subkontinents zu sein. Sie wurden in den letzten Jahren von herausragenden Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern in Lateinamerika geleistet – stellvertretend wären Eduardo Gudynas aus Uruguay, Maristela Svampa aus Argentinien, Edgardo Lander aus Venezuela, Esperanza Martinez und Alberto Acosta aus Ecuador zu nennen, die mit ihren Analysen den in allen Teilen des Subkontinents aufflammenden Widerstand gegen die fortschreitende Naturzerstörung in ihren Ländern theoretisch fundieren,

unterstützen und verstärken wollen. Eine besondere Rolle spielt der Portugiese Boaventura de Sousa Santos, der an den Verfassungsprozessen in Ecuador und Bolivien mitgewirkt hat und in seinen Schriften eine Brücke zwischen Ernst Bloch und dem *buen vivir* schlagen möchte. Es ist sehr zu begrüßen, dass diese lateinamerikanischen AutorInnen, deren Schriften durch die verdienstvolle Publikationstätigkeit der Lateinamerika-Abteilung der Rosa-Luxemburg-Stiftung teilweise in Übersetzungen zugänglich sind, auch von Dieter Klein und Achim Wahl genannt und berücksichtigt werden, obwohl es manchmal bei einer aneinanderreihenden Darstellung von Positionen unterschiedlichen Gewichts bleibt. Im Folgenden möchte ich bei meiner kritischen Auseinandersetzung die obligate Feststellung weitgehender Übereinstimmung aussparen und vor allem herausarbeiten, wo nach meiner Auffassung Widerspruch anzumelden oder Akzente anders zu setzen wären. Und in einigen Punkten will ich versuchen, Überlegungen zu den politischen Konsequenzen des „Neoextraktivismus“ weiterzuführen.

Mein erster Einwand richtet sich gegen die immer wieder durchscheinende Relativierung des „Neoextraktivismus“ als Schlüssel zum Verständnis der inneren Entwicklungsdynamik progressiver Regime. Die drängende Frage, weshalb diese Regime im Gegensatz zu den Postulaten ihrer neuen Verfassungen dem Extraktivismus in der Praxis absolute Priorität einräumen und darin ihren weniger fortschrittlichen Nachbarn gleichen, wird mit Hinweis auf eine ebenfalls zu beobachtende Ausweitung des Binnenmarkts zurückgewiesen oder jedenfalls abgeschwächt. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass die durch eine fortschrittliche Sozialpolitik bedingte wachsende innere Nachfrage jedenfalls im Falle der bolivarianischen Länder größtenteils durch weiter steigende Importe von Nahrungsmitteln und Industrieprodukten befriedigt worden ist – meist eine willkommene Einnahmequelle für eine parasitäre Handelsbourgeoisie. (Im Falle Brasilien mit seiner lange vor Lulas Amtsantritt bereits existierenden Industrie muss allerdings die Bedeutung des Binnenmarkts anders gewichtet werden.)

Gerade die Konfrontationen in Venezuela nach dem Tode von Hugo Chávez und die aktuellen Debatten über die Zukunft des Chavismus legen es nahe, den „Neoextraktivismus“ tatsächlich als Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung dieses Erdölland anzusehen. Gewiss ist die mit dem Wahlsieg von Chávez 1998 beginnende „Linkswende“ in Teilen Lateinamerikas als Reaktion auf das Scheitern des vorangegangenen Neoliberalismus anzusehen. Aber ohne die Leistung von Hugo Chávez, den größten Teil der Gewinne aus dem Erdölreichtum des Landes unter seine Kontrolle zu bringen, wäre eine Abkehr vom Neoliberalismus ohne ökonomische Grundlage geblieben. Die „bolivarianische Revolution“ beruht in dieser Hinsicht auf dem Übergang von einem fremdbestimmten „Extraktivismus“ zum Neoextraktivismus, der den Staat in die Lage versetzt, seine Einnahmen aus den Bodenschätzen des Landes für eine Verbesserung der materiellen Lage der bedürftigen Bevölkerungsmehrheit einzusetzen. Venezuela stellt als Erdölland gewiss eine Ausnahme dar, aber nur als eine solche Ausnahme, auf der Grundlage seines exzeptionellen Erdölreichtums, konnte es eine bisher begrenzte Konfrontation mit der Großmacht im Norden überstehen und zugleich zu einem Vorbild für andere lateinamerikanische Länder werden, die sich der imperialistischen Vorherrschaft entziehen wollen. Chávez konnte sogar finanziell zu deren Unterstützung beitragen und auch die prekäre Lage Kubas durch Erdöllieferungen zu Vorzugsbedingungen erleichtern.

Der Bruch mit der vorhergegangenen Vierten Republik dokumentiert sich aber nicht nur in der Erdölpolitik, sondern auch in einer neuen Verfassung, die den Weg zu einer qualitativ neuen politischen Ordnung freimachen soll. Sie hält an den Grundsätzen repräsentativer Demokratie mit einem pluralen Parteienwesen und freien Wahlen fest, erweitert aber die Demokratie durch rätendemokratische Prozeduren wie die Möglichkeit der Abwahl aller AmtsträgerInnen bis hin zum Präsidenten durch ein Plebiszit schon in der Hälfte der Amtszeit. In dieser und anderer Hinsicht ist die gegenwärtige Verfassung Venezuelas „demokratischer“ als die der meisten europäischen Staaten. Von größter Bedeutung ist die Anerkennung weitgehender Rechte der indigenen Bevölkerungsgruppen im Sinne einer „positiven Diskriminierung“, wie sie schon in der sehr fortschrittlichen Verfassung Kolumbiens von 1992 postuliert worden war. Abgesehen von einer garantierten parlamentarischen Vertretung dieser in Venezuela minoritären Volksgruppen bedeutet sie eine rechtlich abgesicherte Zuweisung von Territorien, auf denen jede Ausdehnung extraktivistischer Aktivitäten seitens der Zentralregierung ohne Zustimmung der dortigen Bevölkerung unmöglich ist.

Auch die nachfolgenden „bolivarianischen“ Regime („bolivarianisch“ dient im Folgenden als Sammelbezeichnung für Venezuela, Ecuador und Bolivien) nach den Wahlsiegen von Evo Morales (2005) und Rafael Correa (2007) haben sich gleich zu ihrem Beginn neue Verfassungen gegeben, in denen sich ein politischer Neubeginn ausdrückt, wobei die autonomen Strukturen der in Bolivien majoritären und in Ecuador zahlenmäßig starken indigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt rücken. Dazu heißt es bei Klein/Wahl auf Seite 14 zutreffend:

„Eine breite Zustimmung zu Verfassungsnormen entstand, die eindeutig auf eine solidarische, plurinationale und pluriethnische Gesellschaft in Harmonie mit der Natur zielen, auf eine Neukonstituierung des Staates, die politisch und kulturell über den Kapitalismus hinausweist.“

Das Neuartige der Verfassungen Ecuadors und Boliviens kommt darin zum Ausdruck, dass das aus dem Quechua bzw. Aymara stammende Konzept des *sumak kwsay* oder *suma qamaña*, spanisch *buen vivir*, allem gesellschaftlichen Zusammenleben und staatlichen Wirken zugrunde gelegt werden soll. Das „gute Leben“ im Einklang mit der Natur und den Mitmenschen, wie es etwa vom bolivianischen Außenminister David Choquehuanca herausgearbeitet und erklärt worden ist, stellt in seiner klaren Frontstellung gegen den Konsumismus und den Zwang zu sich beschleunigender Akkumulation so etwas wie einen allgemeinen Verfassungsauftrag dar, dessen Konkretisierung eine permanente Aufgabe der progressiven Regierungen darstellt – und diese Regierungen müssen sich fortan daran messen lassen, ob sie diesem Auftrag gerecht werden. Es scheint mir verfehlt, den KritikerInnen, die sich auf *sumak kawsay* berufen und es einfordern, ein vollständiges Programm einer alternativen Wirtschaftspolitik abzuverlangen, wie dies Klein/Wahl an manchen Stellen andeuten. Ein solches Argumentationsmuster mit dem fiktiven Gegensatz zwischen „realen Alternativen“ und einer bloß „utopischen Vorstellung“ erinnert an vergangenes Insistieren auf „real existierenden Sozialismus“ und fällt hinter den theoretischen Anspruch der Autoren zurück.

Leider ist die Behauptung, das in den Verfassungen verankerte *buen vivir* sei Grundlage für die Regierungstätigkeit in Venezuela, Ecuador und Bolivien, für die vergangenen Jahre nicht

zutreffend – wenn man nicht eine missbräuchliche Etikettierung wie im Falle Ecuadors, wo der mit Neoextraktivismus verbundene nationale Wirtschaftsplan einfach „Buen-Vivir-Plan“ genannt wird, für bare Münze nimmt. Man kann sich einer genaueren Bestimmung des *buen vivir* vielleicht am besten nähern, wenn man den extremen Gegensatz ins Auge fasst, und dies scheint mir jedenfalls eine gesteigerte Naturzerstörung zu sein, wie sie mit der ungehemmten Fortsetzung extraktivistischer Aktivitäten zwangsläufig verbunden ist. In dieser Hinsicht ist die Preisgabe des Yasuní-Projekts durch Rafael Correa leider symptomatisch für heute vorherrschend gewordene Tendenzen: Eine der möglichen Konkretisierungen des *sumak kawsay* war eben das mutige Vorhaben, in einer besonders gefährdeten Amazonasregion auf Erdölförderung zu verzichten – und die Argumente, die auf die zerstörerischen Folgen des Extraktivismus in diesem Gebiet hinweisen, werden ja dadurch nicht hinfällig, dass auch durch die Sabotage des ehemaligen bundesdeutschen Entwicklungsministers Niebel ein internationaler Kompensationsfonds nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet worden ist. Gewiss ist es zu bedauern, dass alle hiesigen Yasuní-Kampagnen es nicht vermocht haben, die unverantwortliche Politik der letzten Bundesregierung zu verändern – aber das ist kein Grund, die Solidarität mit den „Yasunidos“ aufzugeben, deren Protest gegen die Entscheidung Correas auch international jede Unterstützung verdient.

Grundlage der Regierungstätigkeit der progressiven Regime in den Andenländern ist eben nicht das *buen vivir*, sondern ziemlich eindeutig der Neoextraktivismus. Statt nun sofort moralische Appelle an die Regierenden zu richten, ihre Politik an den eigenen Verfassungspostulaten auszurichten, sollten kritische SozialwissenschaftlerInnen zunächst einmal untersuchen, weshalb die Führer proklamierter Revolutionen bei der Fortsetzung und Steigerung des Extraktivismus eine gleichgerichtete Politik verfolgen, die sich allerdings in Hinblick auf die Aneignung und Verwendung der erzielten Gewinne von der ihrer reaktionären Nachbarn durchaus unterscheidet. Es geht also um ein besseres Verständnis der politischen Voraussetzungen und Folgen des Neoextraktivismus.

Zentralisierung der politischen Macht

In den bolivarianischen Ländern ist es den durch breite Wahlbündnisse an die Regierung gelangten Staatsführern gelungen, die Kontrolle über den extraktivistischen Wirtschaftssektor zu erlangen oder sich wenigstens einen beträchtlich größeren Anteil an den erzielten Gewinnen zu sichern. Dies bietet ihnen einen direkten Zugang zu den wichtigsten Quellen des Reichtums ihrer Länder und die Möglichkeit, diesen Reichtum von oben zu verteilen, vor allem durch großzügige Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsprogramme, die der großen Bevölkerungsmehrheit spürbare Verbesserungen bringen. Dadurch kann sich die einmal gewählte Führung bei Aufrechterhaltung einer repräsentativen Demokratie eine ziemlich problemlose Wiederwahl mit überzeugenden Mehrheiten sichern – so bereits mehrfach geschehen in allen bolivarianischen Ländern.

Es liegt auf der Hand, dass diese Konstellation eine beispiellose Stärkung der Exekutive auf Kosten aller bisher vorhandenen Kontrollinstanzen ermöglicht. Dies betrifft nicht nur die parlamentarische Kontrolle des Regierungshandelns, sondern das Umgehen der in liberal-repräsentativen Verfassungen vorgesehen Instanzen, die (analog etwa zum

Bundesrechnungshof) über die Verwendung staatlicher Finanzen wachen könnten. Wenn etwa im Falle Venezuelas Überschüsse der staatlichen Erdölgesellschaft nicht erst in den Staatshaushalt fließen, sondern direkt zur Finanzierung der neu geschaffenen „Missionen“ eingesetzt werden können, so mag dadurch ein rasches, kampagnenartiges Vorgehen auch schnellere Ergebnisse zeitigen – zugleich aber bieten sich trotz demokratischer Mitbestimmung an der Basis im Zuge der Verteilung von oben nach unten viele Möglichkeiten, Mittel zu nicht vorgesehenen Zwecken abzuzweigen. Dies ist eine der Ursachen für eine ausufernde Korruption, die von Hugo Chávez selbst immer wieder angeprangert worden war und dennoch gigantische Ausmaße erreicht hat. Es fehlt nicht an Kommentaren aus dem linken Lager, die dies für die ernsteste innere Bedrohung des chavistischen Projekts halten. Solange die alten Kontrollinstanzen ausgeschaltet sind und eine neue rätendemokratische Kontrolle von unten nicht bis zur Staatsspitze hinaufreicht, ist zunehmende Korruption wohl eine unvermeidliche Folge des Neoextraktivismus.

Der direkte Zugang zu den Quellen des Reichtums befreit die Regierenden auch von dem Zwang, mit ihren BürgerInnen angemessene Steuern auszuhandeln oder den unmittelbaren ProduzentInnen einen Teil ihres Produkts durch Zwangsmaßnahmen zu entziehen. Absolutistische Herrscher mussten sich mit ihrem Bürgertum ins Benehmen setzen, wenn sie neue Abgaben brauchten, den Bolschewiki im frühen Sowjetrussland blieb nichts anderes übrig, als den widerspenstigen Bauern und Bäuerinnen einen Teil ihrer Ernte zu beschlagnahmen, wenn sie überleben oder sogar ehrgeizige Industrialisierungsprojekte beginnen wollten. Die bolivarianischen Führer sind auf vergleichbare Maßnahmen nicht angewiesen, sondern können die alten privilegierten Klassen schonen und dennoch die Lage der Bevölkerungsmehrheit verbessern. So ist es wohl zu erklären, weshalb es nach dem missglückten Widerstand der traditionellen Eliten in Bolivien und Ecuador zu einem Arrangement gekommen ist, das zum Beispiel in Bolivien einen Verzicht auf die Weiterführung der Agrarreform im Osten des Landes impliziert: Jonas Wolff hat dies 2014 in einem Papier für den Kongress der Latin American Studies Association für die zurückliegenden Jahre dargelegt. In Venezuela allerdings haben Zugeständnisse an Sektoren der Bourgeoisie nicht zu deren Befriedung geführt: Nach dem Tode von Hugo Chávez kam es zu neuen Konfrontationen mit antichavistischen Kräften, die sich ohne Zweifel im Einklang mit den Bestrebungen der USA befinden, das Ausscheren von Chávez aus ihrem Machtbereich rückgängig zu machen und die Kontrolle über das Erdölland zurückzugewinnen.

Der an recht ambivalente lateinamerikanische Traditionen anknüpfende „Hyperpräsidentialismus“, der sowohl von rechtsgerichteten Diktatoren wie auch von progressiven Volksführern in Dienst genommen worden ist, erscheint bislang als eine fast notwendige Begleiterscheinung des Neoextraktivismus. Es ist mehr als unklar, wie sich diese Konzentration politischer Macht an der Spitze mit einer von den neuen Verfassungen geforderten Ausweitung von Basisdemokratie vereinbaren lassen soll. Die Ereignisse nach dem Tode von Hugo Chávez haben deutlich gemacht, wie problematisch es ist, wenn eine Bewegung auf die physische Fortexistenz einer einzigen Person baut. Und es scheint in der Regel nicht zu den Prioritäten sich unentbehrlich dünkender Staatsführer zu gehören, beizeiten kongeniale Nachfolger aufzubauen.

Neben den lateinamerikanischen Bräuchen der Herrschaft eines Caudillos mit einem engeren Kreis bedingungsloser Gefolgsleute gibt es noch eine andere Tradition, die in den progressiven Regimen fortwirkt, obwohl sie sich dies kaum eingestehen und im Gegenteil mit der Losung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts vorgeben, sich von dem des 20. Jahrhunderts entschieden gelöst und eine neue Seite der Geschichte aufgeschlagen zu haben. Eurozentrismus drückt sich aber wohl nicht nur in der Nachahmung eines seit Thatcher in Europa grassierenden Neoliberalismus aus, sondern auch in der meist unreflektierten Übernahme bestimmter Organisationsmodelle, die sich als eine Art „linker“ Eurozentrismus interpretieren lässt – wenn man daran denkt, dass Moskau als ehemalige Zentrale des Weltkommunismus eben auch in Europa liegt. Hier sollte die Entstehung und Entwicklung der gegenwärtig staatstragenden Parteien in den bolivarianischen Ländern näher betrachtet werden.

Und wieder die Partei?

Für Hugo Chávez, Rafael Correa und Evo Morales waren eigene Parteien anfangs nicht mehr als (leider) notwendige Instrumente, um Wahlbündnisse zu schließen und in allgemeinen freien Wahlen an die Regierung zu gelangen. Correa führte seine Präsidentschaftskampagne gegen die „Partidocracia“: Man sollte Alianza País wählen, um die überkommene Parteienherrschaft zu überwinden. In Bolivien wollte sich der MAS (Movimiento al Socialismo) nicht als herkömmliche Partei, sondern als Zusammenschluss sozialer Bewegungen verstanden wissen. Und für Chávez spielte die zu Wahlzwecken geschaffene eigene Partei anfangs eine untergeordnete Rolle, bis er sich, gleichzeitig mit der Verkündung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts, 2006 zu einem Neuanfang entschloss: die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) sollte alle Kräfte zusammenführen, die sich dem chavistischen Lager zurechnen. Zu seinem Missfallen beharrten allerdings kleinere linke Parteien, darunter die KP, auf ihrer organisatorischen Unabhängigkeit und Fortexistenz, die er ihnen schließlich zugestehen musste. Dennoch wuchs die PSUV in wenigen Monaten auf eine Mitgliederzahl von über fünf Millionen – mehr allerdings, als bei bestimmten allgemeinen Wahlen dazu bewogen werden konnten, für das chavistische Projekt zu stimmen.

Bei den Betrachtungen der politischen Veränderungen in den bolivarianischen Ländern bleiben die Parteien als Herrschaftsinstrumente meist außer Betracht: Im Falle Venezuelas konzentriert sich alle Aufmerksamkeit auf die *consejos comunales* und *comunas*, wohl dem Kern des noch von Hugo Chávez entworfenen Revolutionskonzepts, in denen viele den Beginn einer rätedemokratischen Transformation des politischen Systems Venezuelas sehen möchten. Wer sich aber auf die Rätedemokratie und ihre Geschichte beruft, darf das Problem des Verhältnisses von Partei(en) und Räten nicht außer Acht lassen: Das warnende Beispiel ist die Entmachtung der Räte durch die Kommunistische Partei im frühen Sowjetrussland. Ein solcher Bezug auf historische Vorbilder und vergangene Debatten wird erfreulicherweise auch von einem führenden chavistischen Politiker befürwortet. Reinaldo Iturriza López, damals noch Minister der Volksmacht für die Kommunen (heute Minister für Kultur), bezog sich in einem bemerkenswerten Artikel auf die Kritik von Rosa Luxemburg an der russischen

Revolution und auf Christian Rakowski, einem frühen Kritiker der Bürokratie in der Sowjetunion, der selbst eine Opfer des stalinschen Terrors wurde. Iturriza betont die Notwendigkeit, sich mit der ausgedehnten Literatur über vom Volk getragene Revolutionen vertraut zu machen:

„Sie stellt einen wesentlichen Teil des Erbes der Menschheit dar. Man kann sie nicht besser bewahren, als Zeit für ihr Studium aufzuwenden, um fähig zu werden, Fehler zu korrigieren, die zu ihrer Zeit auch Völker begingen, die so würdig und kampferfahren sind wie das unsere. Diese Literatur kommt zu der übereinstimmenden Feststellung, dass die Endkrise der Volksrevolutionen in einer direkten Beziehung steht zur Schließung der Räume für eine Partizipation des Volkes und zum Aufstieg einer bürokratischen Kaste.“

(López 2014)

Dieser Aufstieg einer bürokratischen Kaste vollzog sich in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Staaten auch und in erster Linie im Inneren der herrschenden Staatspartei. Nun lässt sich kaum bezweifeln, dass die dominierenden Parteien der bolivarianischen Regime bisher keinen Grad der Bürokratisierung erreicht haben, wie er in der KPdSU oder auch in der SED zu beobachten war, wo die Partei das gesellschaftliche Leben weitgehend unter ihre Kontrolle gebracht hatte und dem Staatsapparat übergeordnet war. Noch erscheint der Weg in die „staatssozialistische Parteidiktatur“, den Dieter Klein mit der Niederwerfung des Kronstädter Aufstands 1921 für Sowjetrußland besiegelt sieht (Klein 2013: 112), für die progressiven Regime Lateinamerikas nicht als unausweichlich vorgezeichnet. Aber der Neoextrakivismus verstärkt Tendenzen in dieser Richtung, ebenso die kritiklose Übernahme von Organisationsmodellen und Ritualen des vorgeblich real existierenden Sozialismus, die seine Stärke demonstrieren sollten und in Wahrheit seinen Untergang herbeigeführt haben. Dazu gehört eine erst einmal unschuldig erscheinende Symbolik wie die Uniformierung der AnhängerInnen, etwa mit Hemden einer bestimmten Farbe als Ausdruck erklärter Militanz, aber auch der ritualisierte Ablauf von Parteitag ohne wirkliche Diskussion unter VertreterInnen von Strömungen und Tendenzen mit erkennbar unterschiedlichen Vorschlägen für die weitere Politik. Stattdessen wird „Einheit“ zelebriert, mit vorgefertigten programmatischen Resolutionen und Personalentscheidungen, wobei die Parteitagsdelegierten zu einem bloßen Akklamationsforum degradiert werden. Dies bietet ein Gegenbild zum Reichtum kontroverser parteiinterner Debatten, wie er noch die Parteitage der Bolschewiki bis 1922, vor der Machtübernahme Stalins, ausgezeichnet hat.

Es gibt also gute Gründe, das innere Leben der Parteien kritisch zu betrachten, die für sich in Anspruch nehmen, die Massen auf dem Weg zum Sozialismus anzuführen. Wie soll eine Analyse der politischen Strukturen von Regimen mit revolutionärem Anspruch möglich sein, wenn die real existierende Partei ein Tabu bleibt? Das bloße Nachzeichnen von Praktiken und Erfolgen eines *poder popular* an der Basis bleibt ohne Aussagekraft, wenn das manipulative Einwirken einer nach den Regeln eines Geheimordens agierenden Instanz unberücksichtigt bleibt. Dies trifft leider bis heute für viele Studien über die progressiven Regime Lateinamerikas zu. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb kritische WissenschaftlerInnen gerade hier auf das bereits entwickelte Instrumentarium parteiensoziologischer Forschung mit besonderem Gewicht auf eine empirische Untersuchung parteiinterner Demokratie willentlich verzichten sollen.

Gesamtinteresse der Nation versus Partikularinteressen?

„Partielle und korporative Interessen können den Erfordernissen der Allgemeinheit entgegenstehen“ (Klein/Wahl, S. 31). Gegen eine derart allgemeine Aussage lässt sich auf den ersten Blick nichts einwenden – nur sollte bedacht werden, an welchen Stellen sich Partikularinteressen verorten lassen, und wer bestimmen kann, was die Erfordernisse der Allgemeinheit sind. Für die Herrschenden in den progressiven Regimen steht das nicht infrage: Da sie durch eindeutige Mehrheiten in freien Wahlen an die Regierung gelangt sind und den Staat im ganzen lenken, sind sie schon dadurch legitimiert, das Gesamtinteresse der Nation uneingeschränkt zu vertreten. Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa bringt sein Demokratieverständnis drastisch zum Ausdruck, wenn er sagt, „die größte Gefahr für unser Projekt waren und sind nach unserem Sieg über die Rechte an den Wahlurnen die kindische Linke, die infantile Umwelt- und Indigenenbewegung“ (zitiert bei Klein/Wahl, S. 23). Und zur Gesamtvertretung der Indigenen Ecuadors CONAIE bemerkt er, „sie wollen nicht akzeptieren, wenn das Volk eine Partei wählt, die das Land im Sinne ihres Programms regieren soll“ (ebd.). Weniger polemisch spricht der bolivianische Vizepräsident Álvaro García Linera von einer „Spannung zwischen Sektoren, die eine korporative Variante des Nutzens von Staatseinnahmen suchen, und denen, die für deren allgemeine Nutzung sind“ (zitiert ebd.). Aber auch er lässt keine Unklarheit darüber zu, wer zur Wahrnehmung des Gesamtinteresses befugt ist.

In der Auseinandersetzung der progressiven Staatslenker mit den gesellschaftlichen Organisationen, denen sie vielfach ihren Aufstieg zu verdanken haben, lässt sich in jüngster Zeit eine entscheidende Akzentverschiebung erkennen. Wurde noch in den neuen Verfassungen die Notwendigkeit betont, die auf allgemeinen Wahlen gegründete repräsentative Demokratie in vielfältiger Weise durch demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ergänzen, soll jetzt eine mit großer Mehrheit gewählte Staatsspitze keinen Einschränkungen mehr unterliegen. Symptomatisch ist die Abwehr von Plebisziten bei Entscheidungen von nationaler Tragweite, wie im Falle der Erdölförderung im Nationalpark Yasuní in Ecuador. Einzig der Präsident, allenfalls gestützt auf das Votum einer ihm bedingungslos folgenden Parlamentsmehrheit, kann das Gesamtinteresse der Nation erkennen und wahrnehmen – autonome gesellschaftliche Kräfte müssen sich im Konfliktfall unterordnen, weil sie nur Partikularinteressen vertreten.

Unterschiedslos werden inzwischen oppositionelle Gruppierungen als „korporatistisch“ angeprangert, in dem Sinne, dass sie Interessen einer selbstbezogen agierenden Gruppe auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen wollen. Man soll an das abschreckende Beispiel von mafiaähnlichen Organisationen einer Arbeiteraristokratie denken, die sich von der Masse der Lohnabhängigen abheben wollen und ihre Privilegien mit allen Mitteln verteidigen. Es scheint indes völlig verfehlt, die Zusammenschlüsse indigener Völker, wie in Ecuador CONAIE, in diesem Sinne als bloße Verteidiger egoistischer Sonderinteressen abzuwerten. Sie sind legitime VertreterInnen zuvor diskriminierter Bevölkerungsteile, deren Emanzipation in den neuen Verfassungen zum Angelpunkt der Neuordnung des ganzen Staats erklärt worden ist. Die Argumentation lässt sich sogar umkehren: Wenn indigene Organisationen und deren UnterstützerInnen, wie im Falle des Yasuní-Konflikts, zu Trägern des Widerstands gegen fortschreitende Zerstörung einer besonders gefährdeten Regenwaldzone werden,

verteidigen sie damit nicht nur die Lebensgrundlagen kleiner indigener Gruppen, sondern das wohlverstandene Gesamtinteresse des ganzen Landes. Und eventuell sogar das einer imaginären Weltgesellschaft, wenn man etwa der Argumentation des weltweiten Klimabündnisses folgt.

Bei näherer Betrachtung erweist sich das vorgeblich nationale Gesamtinteresse an der hemmungslosen Fortsetzung des Neoextraktivismus wohl eher als Ausdruck des Partikularinteresses einer Führungsgruppe, die auf diese Weise ihre Herrschaft am leichtesten perpetuieren kann, ohne neue Konflikte mit mächtigen ökonomischen WidersacherInnen zu riskieren. Auch die verdienstvollen Staatsführer, die den Übergang von einem fremdbestimmten Extraktivismus zum Neoextraktivismus angeleitet und damit das materielle Los der Mehrheit ihrer Landsleute entscheidend verbessert haben, sind Zwängen unterworfen, die sich nicht durch bessere Argumente von UmweltschützerInnen außer Kraft setzen lassen. Ihr Vorgehen bei exemplarischen Konflikten wie dem um Yasuní in Ecuador oder um die Fernstraße durch den TIPNIS in Bolivien lassen darauf schließen, dass ohne eine starke Gegenmacht nicht einmal ein Übergang zu einem eingeschränkten, „vernünftigen“ Extraktivismus zu erwarten ist: Eventuelle Konzessionen in diese Richtung werden sofort rückgängig gemacht, wenn sich die Gelegenheit dazu ergibt. Der einmal eingeschlagene Weg der Abhängigkeit von Rohstoffexporten fordert von den Regierenden eine beständige Steigerung der Ausbeutung aller noch vorhandener Naturressourcen, ohne Rücksicht auf mögliche bessere Einsichten.

Angesichts dieser Konstellation sind ständige innere Konflikte ein notwendiges Merkmal der „progressiven Regime“, so sehr man sich eine planmäßige harmonische Fortentwicklung positiver Ansätze auch wünschen mag. Innere Widersprüche treten sogar stärker zutage, nachdem der Gegenangriff einer reaktionären Rechten zurückgeschlagen werden konnte. Unvermeidlich werden einstige Verbündete oder MitträgerInnen der progressiven Staatsführung zu deren zeitweiligen GegnerInnen, wenn sie den Widerstand gegen exzessive extraktivistische Projekte propagieren. Die Legitimität einer solchen Opposition wird von offizieller Seite zunehmend infrage gestellt, oft mit der demagogischen Anklage, die GegnerInnen wollten dem Staat die notwendigen Mittel entziehen, um seine fortschrittlichen Sozialprogramme fortzusetzen. Schnell erscheinen dann widerständige indigene Organisationen, vor allem aber deren UnterstützerInnen in bestimmten Nichtregierungsorganisationen, als „objektiv“ im Sinne oder sogar im Auftrag des Imperialismus handelnd, sie sehen sich einer existenzgefährdenden Diskriminierung, zunehmend auch repressiven Maßnahmen ausgesetzt. Ein in Bolivien bereits erprobtes Verfahren ist die Schaffung rivalisierenden staatsnaher indigener Organisationen mit tatkräftiger Unterstützung der regierenden Partei.

Solidarität mit wem?

Wie kann unter diesen Bedingungen die Solidarität einer europäischen Linken mit den Emanzipationsprozessen in den bolivarianischen Ländern aussehen? Es geht nicht an, deren innere Konflikte zu ignorieren und sich darauf zu beschränken, die nachweisbaren Errungenschaften der progressiven Regime hochzujubeln. Vorbehaltlose Zustimmung zur

jeweils propagierten offiziellen Politik stellt ja ebenfalls eine Intervention zugunsten der gerade Herrschenden dar. Sie erinnert zudem an schlechte Traditionen einstiger „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten vorgeblich realsozialistischer Staaten auf Kosten der damaligen DissidentInnen. Leider liegt die Empfehlung, „die Protestierenden in Europa sollten sich auf eine Überwindung ihrer eigenen Schwäche konzentrieren und ihre Kritik an die eigenen Regierungen adressieren“ (Klein/Wahl S. 24) auf eben dieser Linie. Glücklicherweise halten sich die Autoren selbst nicht an solche selbstauferlegte Beschränkung und Beschränktheit, wenn sie in großen Teilen ihrer Analyse der Kritik an den progressiven Regierungen durchaus Raum geben.

Leider verzerren sie aber andere kritische Positionen, die sie als „unangemessen“ bezeichnen. Für jeden Linken stellt der Übergang vom fremdbestimmten Extraktivismus zum Neoextraktivismus, der für eine Bevölkerungsmehrheit große Verbesserungen ihrer Lebenssituation mit sich bringt, einen gewaltigen Fortschritt dar, der gegen eine reaktionäre Rechte immer zu verteidigen ist. Aber der Neoextraktivismus hat eben auch die oben geschilderten Übersteigerungen und politischen Folgewirkungen, gegen die sich eine legitime und ebenfalls unterstützenswerte linke Opposition richten muss. Solidarität von außen muss diesen notwendigen Widerspruch erkennen und aushalten.

Für die weitere Entwicklung in den bolivarianischen Staaten dürfte es entscheidend sein, ob und wie in einer Übergangszeit ein „vernünftiger“ Extraktivismus (im Sinne der Definition von Eduardo Gudynas) gestaltet werden kann. Konkret: Wie lässt sich eine Staatsführung beeinflussen oder kontrollieren, die nach allen Erfahrungen immer dazu neigen wird, die Erschließung weiterer Einnahmequellen durch Ausdehnung des Extraktivismus höher zu bewerten als die damit verbundenen Gefahren für die Umwelt und die unmittelbar betroffene Bevölkerung? Wo wird entschieden, ob ein von der Exekutive geplantes neues extraktivistisches Projekt verwirklicht oder fallen gelassen wird – durch Befragung der unmittelbar Betroffenen, durch ein nationales Plebiszit, als Ergebnis einer Diskussion und Abstimmung im Parlament? Wie kommt dabei die Meinungsbildung in der Mehrheitspartei zustande? Oder entstehen jenseits der Parteien und Parlamente neue Formen einer Basisdemokratie, von denen man die Abwehr extraktivistischer Exzesse und sogar Ansätze zu einer alternativen Ökonomie erwarten kann? Es scheint, die Frage nach der Zukunft der Länder des Neoextraktivismus mündet zwangsläufig in die Frage nach der Demokratie.

Literatur

Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg: VSA.

López, Reinaldo Iturriz: La vitalidad de la revolución.

<http://www.rebelion.org/noticia.php?id=189140>, 2.9.2014.

DIE BUNDESTAGSWAHL – ANSTOSS FÜR KONZEPTIONELLES NACHDENKEN IN DER LINKEN!

Der Ausgang der Bundestagswahlen im September 2013 hat deutlicher denn je gemacht: Erst wenn die Sozialdemokratische Partei und Grüne sich wirklich entschieden auf einen Politikwechsel einlassen, könnte die plurale Linke die Merkel-Union aus dem Sattel werfen. Sonst bleibt es dabei, dass einzelne Reformen wie der Mindestlohn in die neoliberale Politik integriert werden, die Macht des herrschenden Blocks jedoch im Kern unangetastet bleibt. Von der Partei DIE LINKE verlangt dies ebenso Eigenständigkeit wie Kooperationsfähigkeit. Sie verfügt durchaus über ein Angebot für rot-rot-grüne Cross-over-Gespräche.

Daraus jedoch zu schließen, die Linkspartei könnte ihre Politik unverändert fortsetzen, wäre ein schwerwiegender Irrtum. Die rechnerische „linke“ Mehrheit im Bundestag trägt. Weder in der Gesellschaft noch im politischen Raum gibt es diese Mehrheiten wirklich.

So richtig viele der Vorschläge der LINKEN auf den einzelnen Politikfeldern sind – viele Bürgerinnen und Bürger stimmen ihnen zu und können in ihnen doch keinen gangbaren Weg erkennen, der zugleich wirtschaftlich sinnvoll und machtpolitisch durchsetzbar ist. Viele Forderungen der Linkspartei werden gemessen an der scheinbaren Alternativlosigkeit der gegebenen Verhältnisse als realitätsfern empfunden. Von den außen- und sicherheitspolitischen Positionen wird eine internationale Isolation Deutschlands befürchtet. Daher ist das merkelsche „Weiter so mit begrenzten Anpassungen“ so verführerisch und die Anpassung der SPD an eine „sozialdemokratisierte“ Union eine – wenn auch auf längere Sicht für sie halsbrecherische – Versuchung. Gerade deshalb wäre eine von vielen Segmenten der gesellschaftlichen wie politischen Linken getragene gemeinsame Grundvorstellung darüber, wie ein Politikwechsel eingeleitet werden könnte, ein wichtiges Element des Aufbruchs.

Die Linke in Deutschland und in vielen anderen Ländern muss mit einem gravierenden Widerspruch umgehen. Das ist der Widerspruch zwischen dem Mehrheitsgefühl, in einer ungerechten, umweltzerstörenden Gesellschaft mit großen Demokratiedefiziten zu leben und einem dieser Einsicht ganz und gar nicht entsprechendem Wahlverhalten zugunsten jener Parteien, die für diese Entwicklung verantwortlich sind. Die Linkspartei hat zu prüfen, was sie zu einer produktiven Auflösung dieses Widerspruchs beitragen kann und wie Blockaden gegen einen Richtungswechsel der Politik zu durchbrechen sind. Ohne Veränderung der Strategie der parteiförmigen Linken und der pluralen Linken insgesamt und ohne eine Verständigung über die konzeptionellen Grundlagen dafür könnten die Chancen für einen wirklichen Politikwechsel auch künftig ungenutzt bleiben. Das Konzept einer doppelten Transformation könnte sich als eines der theoretischen Fundamente einer solchen Strategie erweisen.

Der Begriff der doppelten Transformation verbindet die Umgestaltung im Kapitalismus mit der Umgestaltung über den Kapitalismus hinaus, dies in der Gestalt sehr konkreter Projekte und mit der Fähigkeit, sich dabei auf langfristige Prozesse einzulassen. Dazu vier Bemerkungen.

Erstens: Gerade weil die Wirtschaftslage der Bundesrepublik im Vergleich zum übrigen Europa relativ günstig ist, könnte die Bundesrepublik einen besonderen Beitrag zum Einstieg in eine Transformation des gegenwärtigen neoliberalen und finanzmarktgetriebenen Kapitalismus hin zu einer sozial und ökologisch regulierten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft leisten. Mehr repräsentative und direkte partizipative Demokratie, ein erneuerter Sozialstaat als Basis von Sicherheit und Freiheit, ein größeres Gewicht der öffentlichen Daseinsvorsorge und eine verantwortungsvolle Umweltpolitik im Rahmen eines zu verändernden Kapitalismus sind das Gebot der nächsten Zukunft. Der Ausbau des öffentlichen Eigentums und die Stärkung des öffentlichen Banksystems und seiner demokratischen Kontrolle gehören dazu.

Angesichts der Machtfülle der herrschenden Eliten, der Schwäche der Linken, der Größe und Kompliziertheit der aufgestauten Probleme und der tiefen Verankerung bürgerlicher Denkweisen und Maßstäbe in der Mentalität der Bevölkerungsmehrheit wäre diese progressive postneoliberale Transformation ein enormer Fortschritt. Auf diesem Weg könnte erfahren werden, was eigentlich alles wirklich möglich ist. Wir leben doch weit unter unseren Möglichkeiten. Die Chancen, die heute schon für ein erfülltes Leben, individuelle Selbstbestimmung, soziale Sicherheit und Solidarität existieren, werden gar nicht ausgeschöpft. Eine solche systeminterne progressive Transformation wird eine gravierende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach links voraussetzen und fordert der Linken viel ab. Die Linkspartei würde mit einer solchen strategischen Selbstverortung auch für progressive demokratische Kräfte, die vor allem Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus anstreben, als verlässlicher Bündnispartner erkennbar werden. Zugleich aber kann und muss die LINKE mehr sein, sonst wäre sie nicht links und sozialistisch.

Der Begriff doppelte Transformation weist zweitens darauf hin, dass die Strategie einer modernen Linken im 21. Jahrhundert auf mehr zielen muss als auf einen systeminternen Wandel des Kapitalismus. Die monopolistischen und finanzkapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse sind die entscheidende Ursache dafür, dass wir unter den gesellschaftlich erarbeiteten Möglichkeiten leben, dass Unsicherheit und Ungleichheit zunehmen, dass eine Klimakatastrophe droht und die Artenvielfalt unrettbar reduziert wird. Hunger, Kriege, die Kluft zwischen Arm und Reich und die Verwandlung von Demokratie in eine Fassade für neoliberale Notprogramme haben vor allem hier ihren Ausgangspunkt. Alleinstehende Frauen mit Kindern haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt kaum eine Chance. Nach amtlichen Angaben leben in der reichen Bundesrepublik 13,5 Prozent der Deutschen in Armut. Deshalb muss die kapitalistische Zivilisation mit ihrer Produktions- und Lebensweise und ihren Geschlechterverhältnissen bereits mitten im Übergang zum progressiveren Gestalten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften infrage gestellt werden. Transformation im Kapitalismus und Transformation über ihn hinaus gehören zusammen. Eine sozialistische Linke hat auch insofern ein Alleinstellungsmerkmal. Sie muss zugleich fähig zur Kooperation mit reformorientierten Kräften wie zur Auseinandersetzung mit Profitdominanz und Primat der Kapitalverwertung sein.

Dies ist auch die Lehre aus der Ablösung des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg, der „sozialen Marktwirtschaft“, durch den gegenwärtigen finanzmarktgetriebenen neoliberalen Kapitalismus in den letzten 40 Jahren. Eine mögliche künftige sozial und ökologisch regulierte bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft muss sich vor einem solchen Rollback schützen. Die Macht- und Eigentumsverhältnisse müssen vom Standpunkt einer transformatorisch orientierten Realpolitik deutlich verändert werden, damit es nicht wieder eine Wende hin zum entfesselten Kapitalismus geben kann. Das fordert der SPD und den Grünen erhebliche Lernprozesse ab. Drittens verweist die Orientierung auf eine doppelte Transformation auf die Dialektik linker Strategie. Dazu gehört, um jede unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Verbesserung und Reform zu kämpfen und zugleich in diesen Verhältnissen praktische solidarische, potenziell sozialistische Elemente, Tendenzen, Eigentumsverhältnisse und politische Formen zu erkennen, aufzugreifen und als Ansätze gesellschaftlicher Transformation zu entfalten. Dass sich die ostdeutsche Gemeinde Feldheim mit ihren Windrädern, einem kleinen Solarpark, einer Holzhackschnitzelheizung und einem eigenen Ortswärmenetz vom Eon-Konzern unabhängig gemacht hat, sprengt die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht. Aber die Gemeinde arbeitet nach einer solidarischen Logik. Die Elektrizitätswerke Schöna, nach zwei Bürgerentscheiden durch Netzkauf von der EnBW-Tochter KWR entstanden und genossenschaftlich basiert, liefern 100 Prozent Ökostrom an über 95.000 KundInnen in ganz Deutschland. Die Bürgerinitiative Stuttgarter Wasserforum hat nach achtjährigem Kampf erreicht, dass die Stadt das Auslaufen der EnBW-Konzession für die vollständige kommunale Rückübernahme der Wasserversorgung nutzt. Die Kämpfe des Energie- und des Wassertischs in Berlin weisen in die gleiche Richtung der Kommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Zugleich ist in Deutschland die Zahl der Ökostromgenossenschaften auf 650 angestiegen. Sie haben 130.000 Mitglieder. 2,2 Millionen Menschen arbeiten im Non-Profit-Sektor.

Wenn öffentliche Güter wie Gesundheit, Bildung, Information, Wasser, Energie und Mobilität in einer Gegenbewegung zum neoliberalen Privatisierungsrausch in öffentlicher Hand gehalten, in sie zurückgeführt werden, genossenschaftlich bewirtschaftet oder als Gemeingüter von den NutzerInnen im gemeinsamen Interesse verwaltet werden, überschreitet zwar auch dies den Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaft noch nicht. Doch es werden Chancen dafür eröffnet, dem Gemeinwohl den Vorrang vor dem Profit zu geben. Wenn durch Bankenregulierung, mehr Souveränität der Parlamente und mehr Mitbestimmung in den Unternehmen, durch Sozial- und Ökoräte, Stadtteilversammlungen wie in Madrid, partizipative Bürgerhaushalte nach dem Beispiel Porto Alegres, Kiezfonds und Bürgerjurys wie in Berlin-Lichtenberg, wenn durch solidarische Versorgungsgemeinschaften, Gemeinwohlfunktionen, Fair-Trade-Läden, Gemeinschaftsgärten und zusammenführende Projekte wie Transition Town Erfurt Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen, kann dies zu einem Einstieg werden, der über den Kapitalismus hinausweist. Noch sind es nur einzelne Elemente, aber sie haben ein Potenzial für mehr. Die jüngsten Krisenprozesse machen deutlich, dass viel weiter gehende Schritte möglich und notwendig sind. Dem Finanzmarktkapitalismus kann das Genick gebrochen werden – auch und gerade im Interesse einer stabilen Wirtschaft, sicherer Arbeitsplätze und einer umfassenden Wende in der Energiepolitik.

Zur Voraussetzung dafür gehört, dass soziale, ökologische, feministische und Gewerkschaftsbewegungen, dass Solidarität mit Migrantinnen und Migranten und mit den Ausgebeuteten im globalen Süden entschieden stärker werden und die plurale Linke ihre Differenzen solidarisch austrägt und konkrete gemeinsame Projekte entwickelt.

Wirkliches Überschreiten der Gegenwart, so schrieb Ernst Bloch, „begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt.“ Nicht herkömmliche Reform allein, nicht revolutionärer Bruch allein, sondern doppelte Transformation als ein „Aufheben“ der Stärken von beiden und als Abschied von ihren Begrenzungen – das könnte eine konzeptionelle Grundlage langfristiger Strategie der gesellschaftlichen Linken und nicht zuletzt der Linkspartei sein.

Viertens fordert das Konzept einer doppelten Transformation der Linken stärker als bisher eine strikte Orientierung auf das Prozesshafte in der Politik ab. Es bedarf der Fähigkeit, die realen Widersprüche von links her in Bewegung zu versetzen. Die Forderung der LINKEN nach Auflösung der NATO beispielsweise stößt auf den Einwand, dass der Bruch mit einem über 60 Jahre etablierten Vertragssystem Deutschland aus festen Verankerungen herausreißen, seine Verlässlichkeit verspielen und internationale Kräftekonstellationen destabilisieren würde. Gerade die östlichen Nachbarn könnten dies nicht akzeptieren. Dies muss auch die Linke in Deutschland in Rechnung stellen. In der Linkspartei stimmen deshalb viele der Auffassung zu, dass die Ersetzung dieses Militärbündnisses durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands als ein längerer transformatorischer Prozess zu verstehen sei, der nicht in einer oder zwei Legislaturperioden abgeschlossen sein wird. Im Ukraine Konflikt ist ein gefährlicher Rückfall der NATO und der Europäischen Union auf der einen Seite und Russlands auf der anderen Seite in alte imperiale Machtpolitik, in wechselseitige militärische Bedrohungen und ist eine Abkehr von dem friedensstiftenden Konzept Gemeinsamer Sicherheit zu beobachten. Im Rahmen eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands wäre dies nicht möglich.

Aber offenkundig ist der Weg dahin lang. Er erfordert Empathie für die jeweils andere Seite anstelle von Drohungen und Sanktionen. Sicherheitspolitische Realpolitik wird die vertraglichen Ausgangssituationen anerkennen müssen. Vertrauen muss wachsen. Zu entscheiden wäre nach Einzelprüfungen zwischen UN-mandatierten friedenssichernden Formen von Auslandseinsätzen und abzulehnenden Kampfeinsätzen der Bundeswehr. Solange die NATO noch existiert, könnte die Mitgliedschaft Deutschlands im Bündnis bei gleichzeitiger Verweigerung gegenüber Kampfeinsätzen ein Kompromiss sein, den DIE LINKE eingeht, ohne ihre Identität als Antikriegspartei aufzugeben. Deutschland würde sich nicht aus dem Bündnis lösen, sondern mit einem hohen Einsatz für zivile sozialökologische Befriedung von Konfliktsituationen eine zentrale Aufgabe bei der Herausbildung kollektiver Sicherheit wahrnehmen. Eine solche länger währende Übergangssituation wäre ein Fortschritt, wenn sie erkennbar in Schritte zu Abrüstung und zu einem kollektiven Sicherheitssystem eingebettet wird, dessen Struktur dem komplexen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen, ethnischen, demografischen und auch militärischen Inhalt menschlicher Sicherheit entspricht. Die Linkspartei verlangt das Verbot aller Waffenexporte, aber als ersten Schritt fordert sie das sofortige Verbot aller Exporte von Kleinwaffen und von Waffenfabriken – für die Friedenspolitik auch einer bürgerlichen

Republik gewiss nicht unzumutbar, aber lebensrettend für Hunderttausende und ein Schritt zu einer Welt der Abrüstung.

Selbst auf dem am meisten umstrittenen Feld der Sicherheitspolitik ist also die Verknüpfung machbarer Reformschritte mit weiter reichenden Transformationsprozessen möglich. Der SPD würde dies die Einsicht abverlangen, dass langfristig nicht ein Militärbündnis unter Dominanz der USA, sondern ein kollektives, nicht ausschließendes Sicherheitssystem den Herausforderungen friedlicher Entwicklung angemessen ist.

Walter Benjamin sprach von Dialektik als der Fähigkeit, Segel zu setzen, um – mit dem Wind – gegen den Wind anzusteuern. Linkes transformatorisches Denken bietet dafür wesentliche Voraussetzungen. Über den Kapitalismus hinaus zu zielen, ist das Richtige. Den Weg dahin im Kapitalismus zu suchen, ist das Notwendige. Beides zu verbinden ist das Mögliche. Der Widerspruch zwischen beiden Momenten ist mit Vernunft und Entschiedenheit produktiv zu machen, um das bisher noch Unmögliche zu erreichen – einen demokratischen grünen Sozialismus, der die Ausbeutung von Mensch und Natur für immer beendet.